D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 27
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

3. Juli 1981
Preis 1 DM



Brandts Ostpolitik und sowjetischer Expansionismus

von Lutz Plümer

Vor 2 Wochen war Bahr in Moskau. Jetzt ist Brandt dort. Im November wird Breschnew in Bonn erwartet. Brandt ist mit der erklärten Absicht nach Moskau gefahren, dazu beizutragen, daß in Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR ein Nullergebnis herauskommt; das heißt: Nichtstationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa, Abbau der sowjetischen SS 20 im europäischen Teil der UdSSR. Daß es dazu kommt, wird freilich immer unwahrscheinlicher. Vor einer Woche erst hat der neue amerikanische Abrüstungschef Rostow erklärt, vor März 1982 werde es zu keinerlei substantiellen Verhandlungen mit der Sowjetunion kommen.

Daß die Gefahr einer sowjetisch geführten Intervention zwischen der Commecon-Tagung am 2. Juli und dem angesetzten Datum für den Beginn des PVAP-Parteitages am 19. Juli zur Wirklichkeit wird, muß man inzwischen Tag für Tag mehr befürchten. Zumindest fragt man sich, was sonst die Logik der sowjetischen, DDR- etc. Pressekommentare, der unermüdlich dort wiedergegebenen Warnungen eines Grabski vor einer antisozialistischen Unterwanderung, Entartung und Spaltung der PVAP ist, wenn nicht die Schaffung von Tatsachen vor Beginn des polnischen Parteitages.

Kommt es zu einer sowjetischen In-

Vor 2 Wochen war Bahr in Moskau. Jetzt ist Brandt dort. Im November wird Breschnew in Bonn erwartet. Brandt ist mit der erklärten Absicht nach Moskau gefahren, dazu beizutragen, daß in Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR ein Nullergebnis herauskommt; das heißt: Nichtstationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa, Abbau der sowjetischen SS 20 im europäischen Teil der UdSSR. Daß es dazu kommt, wird freilich immer unwahrscheinlicher. Vor einer Woche erst hat der neue amerikanische Abrüstungschef Rostow erklärt, vor März 1982 werde es zu keinerlei substantiellen Verhandlungen mit der Sowjetunion kommen.

Daß die Gefahr einer sowjetisch geführten Intervention zwischen der Commecon-Tagung am 2. Juli und dem angesetzten Datum für den Beginn des PVAP-Parteitages am 19. Juli zur Wirklichkeit wird, muß man inzwischen Tag für Tag mehr befürchten. Zumindest fragt man sich, was sonst die Logik der sowjetischen, DDR- etc. Pressekommentare, der unermüdlich dort wiedergegebenen Warnungen eines Grabski vor einer antisozialistischen Unterwanderung, Entartung und Spaltung der PVAP ist, wenn nicht die Schaffung von Tatsachen vor Beginn des polnischen Parteitages.

Kommt es zu einer sowjetischen In-tervention in Polen, dann sind die Hoffnungen des von Brandt repräsentierten SPD-Flügels erst einmal hin, durch Forcierung des Dialogs zwischen den Supermächten Entspannung in Europa fortsetzen zu können. Und die Teile der Bewegung gegen den imperialistischen Krieg, die davon ausgehen, den Frieden durch einseitige Ausrichtung gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen sichern zu können, werden, so ist zu befürchten, erst einmal gelähmt sein.

Brandt ist als Vertreter der von ihm eingeleiteten und geführten „neuen Ostpolitik" nach Moskau gefahren. Vor 11 Jahren hatte er dort den ersten der Ostverträge unterzeichnet, später folgten das Viermächteabkommen über Berlin und die Verträge mit Polen, der CSSR und der DDR. Wir hatten damals – den KBW gab es damals noch nicht, aber seine Vorläuferorganisationen – dise Ostpolitik angegriffen mit dem Argument, dies sei nur eine neue Form zur Durchsetzung alter expansionistischer Ziele des deutschen Imperialismus in Richtung Osten, alter Wein in neuen Schläuchen. Das war sie aber nicht.

Die BRD hat damals in völkerrechtlich gültiger Form die bestehenden, nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Grenzen der Staaten in Europa anerkannt und erklärt, daß sie keinerlei Gebietsansprüche habe – wenn auch unter Friedensvertragsvorbehalt und unter Aufrechterhaltung des grundgesetzlichen Wiedervereinigungsgebots. Diese Politik entsprach – obwohl von der Reaktion heftig bekämpft – durchaus den Interessen der herrschenden westdeutschen Bourgeoisie, insbesondere ihrem Interesse an Zugang zu den lukrativen Märkten Osteuropas. Aber dieser Teil der sozialliberalen Politik entsprach auch dem Interesse der westdeutschen Volksmassen, und dies hat nicht unwesentlich beigetragen zu der Basis, die die sozialliberale Regierung in den Volksmassen hatte. Sie hat verschiedene Barrieren aus der Welt geschafft, die von westdeutscher Seite her der Verständigung der europäischen Völker im Wege gestanden hatten und die auch den osteuropäischen Völker ihr Aufbegehren gegen den wirklichen Unterdrücker ihrer nationalen Souveränität erschwert hatte. Eine Bedingung für diese Politik war die vorübergehende Schwächung der amerikanischen Vorherrschaft in Europa, die erst eine realtiv selbständige westdeutsche Ostpolitik ermöglichte. Eine andere Bedingung war die Konsolidierung der sowjetischen Supermacht in Osteuropa, die gerade 2 Jahre zuvor die CSSR überfallen hatte und die sich nun anschickte, gegenüber den USA aufzuholen, um sie schließlich zu überholen – in jeder Hinsicht.

Die Brandtsche Ostpolitik ging von der Aufteilung Europas durch zwei Militärblöcke – die nie in Frage gestellt wurde – aus und war ein Versuch, durch Ausgleich zwischen beiden Supermächten die Lage in Europa zu entspannen. Insofern war sie wohl auch ein Versuch, die Vorherrschaft der USA über Westeuropa zu lockern.

ihrem Interesse an Zugang zu den lukrativen Märkten Osteuropas. Aber dieser Teil der sozialliberalen Politik entsprach auch dem Interesse der westdeutschen Volksmassen, und dies hat nicht unwesentlich beigetragen zu der Basis, die die sozialliberale Regierung in den Volksmassen hatte. Sie hat verschiedene Barrieren aus der Welt geschafft, die von westdeutscher Seite her der Verständigung der europäischen Völker im Wege gestanden hatten und die auch den osteuropäischen Völker ihr Aufbegehren gegen den wirklichen Unterdrücker ihrer nationalen Souveränität erschwert hatte. Eine Bedingung für diese Politik war die vorübergehende Schwächung der amerikanischen Vorherrschaft in Europa, die erst eine realtiv selbständige westdeutsche Ostpolitik ermöglichte. Eine andere Bedingung war die Konsolidierung der sowjetischen Supermacht in Osteuropa, die gerade 2 Jahre zuvor die CSSR überfallen hatte und die sich nun anschickte, gegenüber den USA aufzuholen, um sie schließlich zu überholen – in jeder Hinsicht.

Die Brandtsche Ostpolitik ging von der Aufteilung Europas durch zwei Militärblöcke – die nie in Frage gestellt wurde – aus und war ein Versuch, durch Ausgleich zwischen beiden Supermächten die Lage in Europa zu entspannen. Insofern war sie wohl auch ein Versuch, die Vorherrschaft der USA über Westeuropa zu lockern.

Als Entspannungspolitik ist die Brandtsche Ostpolitik offensichtlich gescheitert. Nicht bloß daran, daß es keiner der beiden Supermächte um Gleichgewicht geht, sondern jeder um Vorherrschaft, demgegenüber die Politik der BRD keine wirksamen Mittel hat. Vor allem aber auch daran, daß sich die Kräfte der beiden Supermächte ungleichmäßig entwickelt haben und in den letzten Jahren zunehmend zugunsten der Sowjetunion. Und das weltweite Vordringen der Sowjetunion schafft den USA zugleich die Möglichkeit, mit Erfolg immer offener auf die Gefolgschaftstreue der westeuropäischen Staaten zu pochen.

Die Warnung Brandts an das polnische Volk vor einigen Monaten, es möge seine geographische Lage nicht vergessen, mit anderen Worten, die sowjetische Vorherrschaft als Schicksal hinnehmen, war wohl eine logische Konsequenz seiner Entspannungspolitik unter den gegebenen Bedingungen.

In Wirklichkeit ist der polnische Emanzipationskampf von wesentlicher Bedeutung für die Kämpfe in Westeuropa gegen die Vorbereitung eines imperialistischen Krieges. Ohne Erschütterungen des Warschauer Paktes durch Kämpfe der osteuropäischen Völker wird es kaum möglich sein, die US-Vorherrschaft und die NATO in Westeuropa zu erschüttern. Um so wichtiger ist es, den Unabhängigkeitskampf des polnischen Volkes zu unterstützen, gerade dann, wenn es in die Lage kommen sollte, sich gegen eine sowjetische Intervention zur Wehr setzen zu müssen.



Zu einer Demonstration nationaler Einheit wurde die Einweihung des Denkmals für die Kämpfer und für die Opfer des Aufstandes von 1956 in Poznan/Polen. *(Bericht Seite 7)*

Tägliche Hetz-Propaganda der Haushaltssanierer

Gerade rechtzeitig legt auch die Transfer-Enquete-Kommission ihren Bericht vor / Schmidt bestätigt Kapitalisten

frb. Wieder einmal kennt der Kanzler die Wünsche der westdeutschen Arbeiter am besten, besser als die Gewerkschaften. Angeblich jedenfalls. Immer lauter werde der Ruf aus den Betrieben, jenen Einheit zu gebieten, die sich

die den Charakter des anvisierten Kahlschlags nochmals deutlich beleuchten. Nahezu 80% der Transferzahlungen kommen Nichterwerbstätigen-Haushalten zugute, Menschen also, die ihre Arbeitskraft nicht mehr



Zu einer Demonstration nationaler Einheit wurde die Einweihung des Denkmals für die Kämpfer und für die Opfer des Aufstandes von 1956 in Poznan/Polen. *(Bericht Seite 7)*

Tägliche Hetz-Propaganda der Haushaltssanierer

Gerade rechtzeitig legt auch die Transfer-Enquete-Kommission ihren Bericht vor / Schmidt bestätigt Kapitalisten

frb. Wieder einmal kennt der Kanzler die Wünsche der westdeutschen Arbeiter am besten, besser als die Gewerkschaften. Angeblich jedenfalls. Immer lauter werde der Ruf aus den Betrieben, jenen Einheit zu gebieten, die sich auf Kosten der Versicherungen ein schönes Leben machen – womöglich noch im Ausland. Dem müsse man Einhalt gebieten, Eile sei geboten.

Selbst angenommen, Helmut Schmidt habe diese Geschichte nicht frei erfunden, so weiß er doch ganz genau, daß die 20 Milliarden Mark, um die der Haushalt 1982 gekürzt werden soll, mit ein paar Schönheitskorrekturen nicht zu holen sind. Er bietet denen eine Brücke, die die wirkliche „Lösung" weisen. *„Prämien für Faulenzer"* nennt Professor Dr. Walter Hamm in der „Frankfurter Allgemeinen" die Sozialausgaben. An der Revision des Leistungsrechts führe absolut kein Weg vorbei, fordert der Kapitalistenverband. So wird die sozialliberale Regierung machen, was nach *ihrer* Vorstellung sonst eine andere Regierung machen würde. Ende Juli will sie ihre Absichten offenlegen.

Rechtzeitig hat auch, nach jahrelanger Tätigkeit, die Transfer-Enquete-Kommission ihren Bericht vorgelegt. Sie hatte die Aufgabe, den Strom und die Wirkung aller Sozialausgaben und deren Finanzierung durch Steuern und Versicherungsbeiträge zu untersuchen. Wissenschaftlich wird hier dargelegt, was die tägliche Agitation in offener Plattheit bietet. Es müßten „Besitzstände" angetastet werden, schreibt auch die Kommission. Die Grenze zwischen kollektiver Vorsorge und privater Eigenvorsorge müsse wieder klarer gezogen werden. Denn die Erfahrung zeige, daß neue Leistungsansprüche unglaublich leichter zu schaffen seien, als alte abgebaut werden könnten.

Doch auch Tatsachen finden sich,

die den Charakter des anvisierten Kahlschlags nochmals deutlich beleuchten. Nahezu 80% der Transferzahlungen kommen Nichterwerbstätigen-Haushalten zugute, Menschen also, die ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen können oder für deren Arbeitskraft sich kein Käufer findet. Altersrenten, Unfallrenten, Invalidenrenten, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe verbergen sich hinter diesen Zahlungen. Weitere 15% des Transfervolumens sind Kindergeld. Macht zusammen 95%. Und die restlichen 5% machen nicht einmal die Hälfte dessen aus, was die Haushaltssanierer streichen wollen. Wehe dem, der seine Arbeitskraft nicht zu Markte tragen und an den vermögenden Mann bringen kann!

Auf dünnen Beinen auch die Lüge von der „Anspruchsinflation". Innerhalb der Transferausgaben haben die Leistungen in den Bereichen Gesundheit und Beschäftigung (= Arbeitslosigkeit) relativ zugenommen, der Anteil der Bereiche Familie (Kindergeld) und Wohnung haben dagegen im Verlauf der letzten zehn Jahre abgenommen, stellt die Kommission fest. Kaum verändert hat sich der Anteil der Altersversorgung. Die Geldleistungen hätten am stärksten bei der Ausbildungsförderung, der Arbeitslosenversicherung, der Sozialhilfe und dem Wohngeld zugenommen. Arbeitslosigkeit als „Wildwuchs", Gesundheitsversorgung, deren höhere Kosten zu einem guten Teil auf gestiegener Invalidität beruhen, als „überzogene Ansprüche"?

Zwei von fünf Rentnern sind auf Wohngeld angewiesen, sieben von zehn Insassen in Pflegeheimen sind auf Sozialhilfe angewiesen, die Hälfte aller Haushalte mit Sozialhilfe sind alleinstehende Frauen, meist Rentner. Auch dies liest man im Kommissionsbericht.

Gegen die Staatsgewalt der IRP

chm. Ein iranisches Sprichwort sagt: Die Antwort von hai ist hui – wenn man geschlagen wird, schlägt man zurück. Seit der Absetzung des iranischen Präsidenten Bani Sadr durch Ayatollah Khomeiny vor zwei Wochen sind zwischen 60 und 70 Menschen durch die Staatsgewalt umgebracht worden. Diese Staatsgewalt, repräsentiert von der Islamisch-Republikanischen Partei und ihren bewaffneten Verbänden, den Revolutionsgarden (Pasdaran), hat überall zugeschlagen: auf den Straßen, indem sie willkürlich in die Demonstrationen hineinschoß, die von den linken und islamischen Oppositionsgruppen zur Unterstützung Bani Sadrs organisiert worden waren; die Staatsgewalt hat im berüchtigten Evingefängnis, das schon dem Schah als Folterkammer gedient hat, zugeschlagen, wo in einer Nacht 35 Gefangene ermordet wurden; die Staatsgewalt hat zugeschlagen in Sabotageaktionen wie den Bombenanschlägen an öffentlichen Plätzen und in Bahnhöfen Teherans und Qoms.

Die Sprengung der IRP-Zentrale, die Hinrichtung des Direktors des Evingefängnisses durch eine „unbekannte Anzahl von Gefangenen" sind von einer anderen Qualität: In der IRP-Zentrale war die jetzige politische Führung des Landes versammelt – das Triumvirat, das seit der Absetzung Bani Sadrs herrscht und aus dem Obersten Richter Beheschti, dem Ministerpräsidenten Radjai und dem Parlamentspräsidenten Rafsanjani bestanden hat, auch vier Minister und ein großer Teil der Parlamentsfraktion der IRP, die die Mehrheit dort besitzt. Tags zuvor ist Ayatollah Chameini ebenfalls von Unbekannten schwer verletzt worden in einer Moschee im südlichen Teheran. Auch das ein Schlag gegen die Staatsgewalt: Cha-

Verbänden, den Revolutionsgarden (Pasdaran), hat überall zugeschlagen: auf den Straßen, indem sie willkürlich in die Demonstrationen hineinschoß, die von den linken und islamischen Oppositionsgruppen zur Unterstützung Bani Sadrs organisiert worden waren; die Staatsgewalt hat im berüchtigten Evingefängnis, das schon dem Schah als Folterkammer gedient hat, zugeschlagen, wo in einer Nacht 35 Gefangene ermordet wurden; die Staatsgewalt hat zugeschlagen in Sabotageaktionen wie den Bombenanschlägen an öffentlichen Plätzen und in Bahnhöfen Teherans und Qoms.

Die Sprengung der IRP-Zentrale, die Hinrichtung des Direktors des Evingefängnisses durch eine „unbekannte Anzahl von Gefangenen" sind von einer anderen Qualität: In der IRP-Zentrale war die jetzige politische Führung des Landes versammelt – das Triumvirat, das seit der Absetzung Bani Sadrs herrscht und aus dem Obersten Richter Beheschti, dem Ministerpräsidenten Radjai und dem Parlamentspräsidenten Rafsanjani bestanden hat, auch vier Minister und ein großer Teil der Parlamentsfraktion der IRP, die die Mehrheit dort besitzt. Tags zuvor ist Ayatollah Chameini ebenfalls von Unbekannten schwer verletzt worden in einer Moschee im südlichen Teheran. Auch das ein Schlag gegen die Staatsgewalt: Cha-meini ist zusammen mit Beheschti und Rafsanjani einer der drei Gründer der IRP, der mächtigsten Repräsentanten der Linie unter den schiitischen Geistlichen, die die Errungenschaften der demokratischen Revolution, den Aufbau eines unabhängigen, wirtschaftlich blühenden und demokratischen Iran,

kurz die Erfüllung der Aufgaben der nationalen und demokratischen Phase, ersticken will.

Die Liquidierung der wichtigsten Vertreter dieser Linie schwächt die politische Handlungsfähigkeit der IRP zu einem Zeitpunkt, wo sie eine Woche lang als alleinige Herrscherin im Lande erschienen ist. Sie schadet auch ihrem Ansehen, da die Präzision des Attentats, die Tatsache, daß der Sprengsatz nicht nur im Hauptquartier, sondern neben dem Rednerpult deponiert war, auf gute Ortskenntnis und zumindest mangelnde Wachsamkeit bei den mit dem Schutz der IRP-Führung beauftragten Revolutionsgarden hinweist. Die IRP-Führung wird alles daransetzen, dieses erschütterte Ansehen wiederherzustellen. Sie wird den staatlichen Terror verschärfen. Es wäre sonst der Anfang vom Ende ihrer Herrschaft.

Der Eintritt der KPF in die Regierung stärkt die Kräfte zur Umgestaltung Frankreichs

Volker Lehmann

Nachdem die Sozialistische Partei in Frankreich die absolute Mehrheit auch im Parlament erhalten hat, hat F. Mitterrand vier Kommunisten der KPF in sein Kabinett berufen. Dies entspricht vollständig den Interessen der Wähler, die der Regierung Mitterand eine breite Grundlage zur Durchsetzung seines Reformprogramms geschaffen haben. Erstaunlich ist nicht die Aufforderung Mitterrands an die Kommunisten, an der Regierung teilzunehmen, als vielmehr die Tatsache, daß die KPF unter weitgehender Aufgabe ihres bisherigen außenpolitischen Kurses und der innenpolitischen Differenzen dieser Regierungsbeteiligung zugestimmt hat. Dies beinhaltet die Möglichkeit eines erneuten Kurswechsels der KPF, der im offenen Widerspruch zu den Interessen der KPdSU durchgeführt wird.

Die Stellungnahme der US-Regierung, sie betrachte die Entwicklung mit Sorge und dies habe Folgen für die Zusammenarbeit, hat in ganz Frankreich unter allen Parteien, einschließlich der Rechten, einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, die den Außenminister Cheysson zu einer scharfen Gegenerklärung gezwungen haben. Aber auch die Sowjetunion betrachtet die Entwicklung in Frankreich mit Vorbehalten: der außenpolitische Kurs der Regierung Mitterrand ist auch *nach* dem Regierungseintritt der Kommunisten schroff gegen eine Einmischung der SU in Polen und etwas abgeschwächt für die Beendigung der Intervention in Afghanistan. Weiterhin befürchtet die SU, daß unter einer Regierung Mitterrand die jetzt schon starken Kräfte in Frankreich für eine europäische Verteidigungspolitik, indirekt durch den Eintritt der Kommunisten gestärkt werden, was sie als ,,destabilisierend'' für die Kräfteverhältnisse in Europa erklärt hat.

Das gemeinsame Dokument für die Regierungspolitik der Koalition legt alle *Parteien* auf eine Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen und auch in den Betrieben fest. Natürlich beinhaltet dies die Gefahr, daß die Regierung über die Pflicht zur Zusammenarbeit der Parteien, die Gewerkschaften auf eine Politik der Sozialpartnerschaft festlegt. Tatsächlich fördert dies erst einmal die Zusammenarbeit auf allen Ebenen zwischen den zwei großen französischen Gewerkschaften, der CGT und der CFDT. Der Eintritt der kommunistischen Minister in die Regierung ist zwar nicht die Bedingung für diese Zusammenarbeit, wird aber unter den konkreten Bedingungen die Einheit und Debatte unter den Lohnabhängigen und in der Arbeiterklasse befördern.

Obwohl beide Gewerkschaften eng an die jeweiligen Parteizentralen gebunden sind, haben die Gewerkschaftsvorstände erklärt, daß sie bei aller Unterstützung des Regierungsprogramms, ihre Selbständigkeit in der Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen wahren werden. Daß sich die französischen Gewerkschaften überhaupt zu einer Regierungsbildung äußern, ist eine politische Neuheit.

Von der Überwindung der engen ökonomistischen Grenzen des Syndikalismus und der politischen Entwicklung der Arbeiterklasse wird der Ausgang der Umgestaltung Frankreichs einerseits abhängen. Amnestiegesetz für politische Gefangene, Dezentralisierung des Staatsappara tes, Verstaatlichung der Banken und Trusts, Integration der ausländischen Arbeiter, 35-Stunden-Woche, Erhöhung der unteren Einkommen – diese Reformen werden auf den erbitterten Widerstand der Kapitalistenklasse und ihrer Beamten stoßen und die Schranken des bürgerlichen Staatsapparates und des kapitalistischen Produktionsverhältnisses fühlbar machen. Die USA werden versuchen, Frankreich verteidigungspolitisch zu isolieren, die UdSSR will dies nutzen und wird versuchen, sich in die inneren Klassenkämpfe einzumischen. Durch den Sieg der PS insbesondere und dem darausfolgenden Zwang für die KPF, sich zu öffnen, was die Zusammenarbeit zwischen CGT und CFDT ermöglicht, sind Voraussetzungen für diese fortschrittliche Entwicklung in Frankreich da. Andererseits muß die europäische Arbeiterbewegung diese Entwicklung unterstützen.

Jusos: Widersprüche notdürftig kaschiert

Wirtschafts- und sozialpolitisches Grundsatzprogramm / Rede Epplers zur Friedenspolitik

geh. Der Juso-Bundeskongreß verabschiedete letztes Wochenende ein wirtschafts- und sozialpolitisches Grundsatzprogramm und einen Antrag gegen den Nachrüstungsbeschluß sowie ein kommunalpolitisches Programm.

Auf dem Kongreß standen sich ,,Marxisten'' und ,,Reformsozialisten'', wie sie sich selbst nennen, mit je rund 40% der Delegierten gegenüber. Die erstere Gruppe hatte maßgeblich das wirtschafts- und sozialpolitische Programm bestimmt. Wesentliche Elemente sind den Forderungen der Gewerkschaften nachempfunden, so z.B. die Wirtschafts- und Sozialräte, die gezielten Investitionsprogramme. Der tertiäre Bereich, z.B. das Krankenhauswesen, soll ausgebaut werden. Entscheidend sei, daß Eingriffe in die kapitalistische Marktlogik erfolgen müßten. Dazu sei die Vergesellschaftung von 52 Konzernen notwendig. Der vergesellschaftete Bereich soll aus den Marktmechanismen ausgenommen sein. Abgesehen von ,,kleineren'' Ungereimtheiten, die deutschen Töchter der ausländischen Konzerne sollen wegen der Weltmarktmechanismen nicht vergesellschaftet werden, wird die Rolle des Staates bei dieser faktischen Verstaatlichung nicht geklärt. (Vgl. KVZ 26/81, S. 10)

Der Entwurf wurde von Teilen der Reformsozialisten kritisiert. Wohnungsfrage und Ökologie seien unzureichend behandelt, weil er einen ,,streng ökonomischen'' Ansatz habe. Das Programm werde der Aufgabe der ,,Jusos als ,Scharnier' zwischen Ökologie- und Arbeiterbewegung'' (Jo Leinen, BBU) nicht gerecht. Die ,,Marxisten'' forderten, weil die Jusos Bündnispartner der Gewerkschaften sein müßten, ein ,,streng ökonomisches Programm''. Lediglich ein Abschnitt über ,,sozialliberale Umweltschutzpolitik'' wurde aufgenommen. Das mit großer Mehrheit angenommene Grundsatzprogramm wurde in einer Resolution zur ,,Grundlage der weiteren Debatte'' erklärt, die über alternative Wirtschaftspolitik, Verhältnis Ökologie – Ökonomie, Demokratisierung des öffentlichen Sektors, internationale Wirtschaftverflechtung, gesellschaftliche Umverteilung, Sozialpolitik, wirtschaftliche Gleichstellung der Frau sowie Grundfragen der politischen Durchsetzung geführt werden soll.

Der ,,Marxismus'' und die ,,strenge Ökonomie'' entpuppten sich als Versatzstücke von Marx, Gewerkschafts-, Labour- und PSF-Programmen. Die Originale können in der Debatte helfen, das Plagiat ,,Grundsatzprogramm'' wird jedoch keine ,,Grundlage'' abgeben.

Eigentlicher Hauptpunkt wurde so die Stellung der Jusos zur Kriegsgefahr. Gastredner E. Eppler versuchte in einer interessanten Rede eine schlüssige Position gegenüber der Regierung und zum Kampf gegen die Kriegsgefahr zu entwickeln.

Ausgehend von einer statischen Einschätzung der Gleichgewichtslage zwischen den beiden Supermächten und den Blöcken kam Eppler zu folgenden Punkten. Das Neue der gegenwärtigen Situation bestehe gegenwärtig darin, daß anscheinend der Krieg auch atomar führbar ist, weil regional und auf bestimmte Objekte technisch begrenzbar. Es ist richtig, von den jeweiligen Interessen auszugehen. Die Sowjetunion hat ein existentielles Interesse, die Bedrohung ihrer Führungszentren bei nur fünfminütiger Vorwarnzeit abzuwenden, deshalb will sie verhandeln. Dies trifft auf die USA nicht zu, weil die SS-20 nur eine unter anderen Mittelstreckenwaffen ist, die sie existentiell nicht bedroht. Um die USA deshalb an den Verhandlungstisch zu zwingen, muß die Friedensbewegung politisch die Möglichkeit der Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen so erschüttern, daß die USA, um diese Waffe nicht ohne Gegenleistung zu verlieren, Verhandlungen mit der SU über Abschaffung der Mittelstreckenraketen beider Seiten führen müssen. Auf absehbare Zeit müsse die Mitgliedschaft in der NATO wohl bleiben, jedoch gelte es, bereits jetzt ein Gegengewicht der europäischen Staaten zu den USA, eine Kräfteellipse zu bilden. Es seien alternative Verteidigungskonzepte zu entwickeln, damit der Gegner sich nicht bedroht fühlen könne, und so der moralische Druck zur weiteren Abrüstung entwickelt werden könne. ,,Hände weg von Polen'', forderte Eppler. Wenn die SU in Polen einmarschiere, sei Friedenspolitik unmöglich geworden.

Beifallsstürme für Eppler, aber in der Debatte wurden seine Überlegungen nicht aufgenommen. Zwar kritisieren die Jusos die Intervention der SU in Afghanistan, trotzdem haben sie keineswegs eine klare Einschätzung der Politik beider Supermächte. Gerade die ,,Marxisten'' scheinen dabei stärkere Sympathien für die SU zu haben. So ist der einstimmig verabschiedete Antrag gegen die Nachrüstung der NATO und für den Abzug einer amerikanischen Panzerdivision und gegen die Neutronenwaffe zustandegekommen.

Positiv wird eine atomwaffenfreie und gleichgewichtete militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa und der Aufbau eines europäischen Gegengewichts innerhalb der NATO gegen die USA gefordert. Bei der Unterzeichnung des Krefelder Appells ist es strittig, ob solche gemeinsame Aktionen mit der DKP schaden oder nicht. Das wurde nicht ausgefochten, es sollen alle Ansätze unterstützt werden.

Mit den Stimmen der ,,Reformsozialisten'' und den Delegierten, die die schroffe Konfrontation mit der SPD nicht wollen, wurde W. Piecyk mit 152:135 Stimmen gegen den Kandidaten der ,,Marxisten'' bereits im ersten Wahlgang gewählt.



Frankreich unter allen Parteien, einschließlich der Rechten, einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, die den Außenminister Cheysson zu einer scharfen Gegenerklärung gezwungen haben. Aber auch die Sowjetunion betrachtet die Entwicklung in Frankreich mit Vorbehalten: der außenpolitische Kurs der Regierung Mitterrand ist auch *nach* dem Regierungseintritt der Kommunisten schroff gegen eine Einmischung der SU in Polen und etwas abgeschwächt für die Beendigung der Intervention in Afghanistan. Weiterhin befürchtet die SU, daß unter einer Regierung Mitterrand die jetzt schon starken Kräfte in Frankreich für eine europäische Verteidigungspolitik, indirekt durch den Eintritt der Kommunisten gestärkt werden, was sie als ,,destabilisierend'' für die Kräfteverhältnisse in Europa erklärt hat.

Das gemeinsame Dokument für die Regierungspolitik der Koalition legt alle *Parteien* auf eine Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen und auch in den Betrieben fest. Natürlich beinhaltet dies die Gefahr, daß die Regierung über die Pflicht

ökonomistischen Grenzen des Syndikalismus und der politischen Entwicklung der Arbeiterklasse wird der Ausgang der Umgestaltung Frankreichs einerseits abhängen. Amnestiegesetz für politische Gefangene, Dezentralisierung des Staatsappara tes, Verstaatlichung der Banken und Trusts, Integration der ausländischen Arbeiter, 35-Stunden-Woche, Erhöhung der unteren Einkommen – diese Reformen werden auf den erbitterten Widerstand der Kapitalistenklasse und ihrer Beamten stoßen und die Schranken des bürgerlichen Staatsapparates und des kapitalistischen Produktionsverhältnisses fühlbar machen. Die USA werden versuchen, Frankreich verteidigungspolitisch zu isolieren, die UdSSR will dies nutzen und wird versuchen, sich in die inneren Klassenkämpfe einzumischen. Durch den Sieg der PS insbesondere und dem darausfolgenden Zwang für die KPF, sich zu öffnen, was die Zusammenarbeit zwischen CGT und CFDT ermöglicht, sind Voraussetzungen für diese fortschrittliche Entwicklung in Frankreich da. Andererseits muß die europäische Arbeiterbewegung diese Entwicklung unterstützen.

26/81, S. 10)

Der Entwurf wurde von Teilen der Reformsozialisten kritisiert. Wohnungsfrage und Ökologie seien unzureichend behandelt, weil er einen ,,streng ökonomischen'' Ansatz habe. Das Programm werde der Aufgabe der ,,Jusos als ,Scharnier' zwischen Ökologie- und Arbeiterbewegung'' (Jo Leinen, BBU) nicht gerecht. Die ,,Marxisten'' forderten, weil die Jusos Bündnispartner der Gewerkschaften sein müßten, ein ,,streng ökonomisches Programm''. Lediglich ein Abschnitt über ,,sozialliberale Umweltschutzpolitik'' wurde aufgenommen. Das mit großer Mehrheit angenommene Grundsatzprogramm wurde in einer Resolution zur ,,Grundlage der weiteren Debatte'' erklärt, die über alternative Wirtschaftspolitik, Verhältnis Ökologie – Ökonomie, Demokratisierung des öffentlichen Sektors, internationale Wirtschaftverflechtung, gesellschaftliche Umverteilung, Sozialpolitik, wirtschaftliche Gleichstellung der Frau sowie Grundfragen der politischen Durchsetzung geführt werden soll.

Der ,,Marxismus'' und die ,,strenge Ökonomie'' entpuppten sich als Versatzstücke von Marx, Gewerkschafts-, Labour- und PSF-Programmen. Die Originale können in der Debatte helfen, das Plagiat ,,Grundsatzpro-

erschüttern, daß die USA, um diese Waffe nicht ohne Gegenleistung zu verlieren, Verhandlungen mit der SU über Abschaffung der Mittelstreckenraketen beider Seiten führen müssen. Auf absehbare Zeit müsse die Mitgliedschaft in der NATO wohl bleiben, jedoch gelte es, bereits jetzt ein Gegengewicht der europäischen Staaten zu den USA, eine Kräfteellipse zu bilden. Es

tig, ob solche gemeinsame Aktionen mit der DKP schaden oder nicht. Das wurde nicht ausgefochten, es sollen alle Ansätze unterstützt werden.

Mit den Stimmen der ,,Reformsozialisten'' und den Delegierten, die die schroffe Konfrontation mit der SPD nicht wollen, wurde W. Piecyk mit 152:135 Stimmen gegen den Kandidaten der ,,Marxisten'' bereits im ersten Wahlgang gewählt.



Landesweite Bauerndemonstrationen in Schleswig-Holstein

gej.Kiel. Rund 20000 Bauern haben am 26. Juni nach Aufruf des Bauernverbandes für die Anhebung der Vorsteuerpauschale und gegen die zu niedrigen Erzeugerpreise Treckerdemonstrationen in mehreren Orten Schleswig-Holsteins durchgeführt. Die Demonstrationen reihen sich ein in eine Vielzahl von Aktivitäten im letzten halben Jahr, u.a. wurde der Kreisbauerntag in Eutin Mitte Mai in eine Protestversammlung umgewandelt, der anwesende Staatssekretär Rohr vom Bonner Landwirtschaftsministerium rigoros ausgepfiffen. Geringere Erträge im letzten Wirtschaftsjahr (-5,7dt/ha bei Getreide) standen einem höheren Betriebsaufwand um 10,8 v.H. und Erhöhung der Zinslasten um 34 v.H. gegenüber (aus: Quartalsbericht der Landwirtschaftskammer SH, 1981). Bei der angespannten Lage auf den Höfen fordern viele Bauern radikalere Aktionen gegenüber der Regierung. Bei den Demonstrationen in der letzten Woche wurde die deutsch-dänische Grenze kurzfristig blockiert, auf der Bundesstraße 5 in Nordfriesland hatten die Bauern einen mit Strohballen belandenen Wagen angesteckt.

Ermittlungen nach Enttarnung von Verfassungsschutzspitzel

taz/a. Nachdem der Opel-Betriebsrat und DKP-Kreisvorstandsmitglied Peter J. in Bochum einen Verfassungsschutzspitzel enttarnt hat, wurden von der Essener Staatsanwaltschaft Ermittlungen eingeleitet. Vorgeworfen wird ihm, daß er am 1.6. in Gemeinschaft mit anderen einen Spitzel, der sich als Abgesandter des Innenministeriums ausgab, bedroht und gefoltert habe. Die Ermittlungen begannen erst nach einem Interview mit Peter J. im WDR, in dem er von der Enttarnung berichtet hatte. Am nächsten Tag gab es etwa gleichlautende Presseberichte in den Zeitungen, in denen von ,,Folter'' und ,,schweren Mißhandlungen'' die Rede war. Der Essener Staatsanwalt Lauer auf die Anfrage der taz, wie denn die Presseberichte zustande gekommen seien: ,,Wenn Herr J. im WDR erklärt, daß praktisch nichts gewesen sei, da hat die Staatsanwaltschaft sich veranlaßt gesehen, auf genaue Fragen zu sagen, daß nach unserer Ansicht das so aussieht, als sei der Verfassungsschutzmann gefolter worden.'' Mittlerweile war die Staatsanwaltschaft auf der Betriebsratssitzung bei Opel-Bochum; die Betriebsräte verweigerten aber eine Einzelvernehmung und mußten auch feststellen, daß schon öfter eine Überwachung durch den Verfassungsschutz erfolgt ist. Freitag der letzten Woche erschienen 20 Polizisten bei Peter J. zur Hausdurchsuchung und nahmen eine Presseerklärung des BR-Vorsitzenden sowie Fotos vom letzten Warnstreik mit. – Loderer hat in einem Brief an Baum Aufklärung verlangt.

Prozeß gegen 2 Polizisten wegen Vergewaltigung

cas.Pinneberg. Am 30.6. begann der Prozeß in Itzehoe gegen 2 Pinneberger Polizisten, die am 19.2. in Pinneberg eine Betrunkene in der Ausnüchterungszelle vergewaltigt haben sollen. Am Montag, den 6.7. wird der Prozeß fortgesetzt, wobei die Zeugen (hauptsächlich Polizisten) aussagen werden.

Nachfolger Hirschs

gkr. Am vergangenen Freitag wählte der Wahlmännerausschuß des Bundestages mit nur einer Stimme mehr als notwendig Ernst Gottfried Mahrenholz zum Nachfolger für den Verfassungsrichter Martin Hirsch. Mahrenholz ist SPD-Mitglied und war früher Kultusminister in Niedersachsen. Zur Befriedigung der Wahlmänner hatten sich Gerüchte über ,,linksradikale Neigungen'' als unhaltbar erwiesen.

Frankfurt: Ausweisung eines türkischen Antifaschisten

vp. Die Stadt Frankfurt hat jetzt die erste von drei angekündigten Ausweisungsverfügungen gegen einen türkischen Arbeiter erlassen, der im April an einer Kundgebung gegen das Büro der faschistischen Türk-Federation in Frankfurt teilgenommen hat (vgl. KVZ 17/81). Die Ausweisung, die zeitlich nicht befristet ist, wird u.a. wie folgt begründet: ,,Die BRD kann es zum Schutze ihrer Bürger – auch der ausländischen – nicht dulden, daß in ihrem Gebiet innerpolitische Meinungsverschiedenheiten des Heimatlandes gewaltsam ausgetragen und dabei Leib und Leben Unbeteiligter gefährdet werden. Sie ist verpflichtet, wirkungsvolle und abschreckende Gegenmaßnahmen, zu denen auch die Ausweisung gehört, zu ergreifen.'' Die Verfügung ist, weil eine Verurteilung nicht vorliegt, auf den Auffangtatbestand der Ausweisungsvorschrift ,,Beeinträchtigung erheblicher Belange der BRD'' gestützt. Weder nahezu 7jähriger Aufenthalt noch Ehe und Kinder haben die Ausweisung verhindert. Die sofortige Vollziehung ist angeordnet. Das Verwaltungsgericht wird darüber entscheiden, ob bis zur Entscheidung über den Widerspruch ein vorläufiges Bleiberecht besteht und ob die Verfügung insgesamt wegen Rechtswidrigkeit aufgehoben werden muß.

Zwei Westberliner Parteitage

hae. SPD und FDP haben noch kein Oppositionskonzept gefunden, das sich programmatisch irgendwie fassen läßt. Die Suche nach diesen Konzepten geschieht getrennt, nicht als Koalition. Schon dies drückt aus, daß zumindest bei der FDP noch nicht entschieden ist, wie sie ihre Existenz als Partei – und sie existiert ja nur als Parlamentspartei wirklich – absichern kann. Der stürmische Parteitag war denn auch nur der Form nach stürmisch, Ausschlußanträge gegen die fünf Abgeordneten, die gegenwärtig Weizsäckers Abgeordnetenhausmehrheit für die wesentlichen Fragen sichern (Regierungsbildung und -Erklärung, Haushalt), wurden zurückgezogen, übrig blieb ein Parteiordnungsverfahren und der Entzug der Bundesparteitagsmandate. Daß der Landesvorstand gegenwärtig nur noch aus Vertretern des linken Parteiflügels besteht, besagt nichts, denn die Abgeordneten haben nach wie vor freie Hand und sie orientieren mehr auf bürgerlich-liberale Wählerschichten. Die SPD hatte programmatisch ebenfalls nichts zu diskutieren, auch Vogels Grundsatzreferat wars nicht. Beschlüsse wie zur NATO-Nachrüstung wurden auf nächstes Jahr vertagt. Die Flügelkämpfe in der SPD sind durch die Wahlniederlage zunächst weiter gedämpft worden, und Vogel will da auch den Deckel draufhalten. So ist sein ,,Weder Eppler noch Schmidt'' zu verstehen.

Bundestag beschließt noch Reihe von Gesetzen

gkr. In seiner letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause, sofern nicht die Auseinandersetzungen um den Haushalt eine weitere Sitzung erfordert, hat der Bundestag noch einige Gesetze verabschiedet. Das 20. Strafrechtsänderungsgesetz hat nun endgültig Gesetzeskraft erlangt. Die Koalitionsmehrheit überstimmte einen Einspruch des Bundesrates mit der hierfür erforderlichen absoluten Mehrheit. In dritter Lesung wurde das 19. Strafrechtsänderungsgesetz verabschiedet, mit dem Strafaussetzung zur Bewährung von zu lebenslänglicher Haft Verurteilten geregelt werden soll. Ebenfalls verabschiedet wurde die Anhebung des BAföG-Satzes um 5,8% zum 1.4.1982 und die Anhebung des Elternfreibetrages um 10,2%. Durch Einschränkung des Empfängerkreises sollen die Ausgaben dennoch konstant bleiben.



Ein zunächst kleiner Teil der Demonstration ging unmittelbar auf Angriff auf die Polizeikette, die die Bannmeile schützte. Er wurde sofort von nachrückenden mehreren Tausend Demonstranten aktiv unterstützt. Nur mit Mühe verteidigte die Polizei den Platz vor dem Rathaus und wurde später zu Racheaktionen gegen zurückziehende Demonstranten geschickt und terrorisierte abends den Stadtteil Kreuzberg.

Widerstand gegen Häuserräumung durch den CDU-Senat

wat. Westberlin. Etwa 15000 beteiligten sich an der Demonstration am 25.6. für Freilassung der im Zusammenhang mit Hausbesetzungen Inhaftierten, gegen Räumung der besetzten Häuser und für eine Wende in der Wohnungspolitik, während im Abgeordnetenhaus die AL den Antrag für ein Straffreiheitsgesetz stellte. Über 40 Organisationen hatten aufgerufen, darunter AL, Mieterverein, Bürgerinitiativen, Jungdemokraten, Frauen in der FDP und zahlreiche Pfarreien. Die Lage war wesentlich verschärft worden, weil es zwei Tage vorher zum ersten großen Polizeieinsatz unter dem CDU-Senat gegen die besetzten Häuser gekommen war. Ein Haus wurde geräumt und drei durchsucht.

Die Auswahl der betroffenen Häuser war genau kalkuliert. Bei den durchsuchten Häusern handelt es sich zum einen um das Kunst- und Kultur-Zentrum Kreuzberg (Kukuck), wo es seit einigen Wochen Räumungsgerüchte gibt und ein großer Teil der Besetzer entschlossen ist, diese Räumung zu verhindern, und zum anderen um zwei Häuser in Schöneberg, wo es bereits Ende Mai zu schweren Straßenschlachten gekommen war. Geräumt wurde das Haus Mittenwalder Straße 45 in Kreuzberg. Es ist für Kreuzberger Verhältnisse sehr gut erhalten und benötigt nur eine Instandsetzung. Dennoch ist es von einer Abschreibungsgesellschaft zwecks Luxusmodernisierung gekauft

25.6. für Freilassung der im Zusammenhang mit Hausbesetzungen Inhaftierten, gegen Räumung der besetzten Häuser und für eine Wende in der Wohnungspolitik, während im Abgeordnetenhaus die AL den Antrag für ein Straffreiheitsgesetz stellte. Über 40 Organisationen hatten aufgerufen, darunter AL, Mieterverein, Bürgerinitiativen, Jungdemokraten, Frauen in der FDP und zahlreiche Pfarreien. Die Lage war wesentlich verschärft worden, weil es zwei Tage vorher zum ersten großen Polizeieinsatz unter dem CDU-Senat gegen die besetzten Häuser gekommen war. Ein Haus wurde geräumt und drei durchsucht.

Die Auswahl der betroffenen Häuser war genau kalkuliert. Bei den durchsuchten Häusern handelt es sich zum einen um das Kunst- und Kultur-Zentrum Kreuzberg (Kukuck), wo es seit einigen Wochen Räumungsgerüchte gibt und ein großer Teil der Besetzer entschlossen ist, diese Räumung zu verhindern, und zum anderen um zwei Häuser in Schöneberg, wo es bereits Ende Mai zu schweren Straßenschlachten gekommen war. Geräumt wurde das Haus Mittenwalder Straße 45 in Kreuzberg. Es ist für Kreuzberger Verhältnisse sehr gut erhalten und benötigt nur eine Instandsetzung. Dennoch ist es von einer Abschreibungsgesellschaft zwecks Luxusmodernisierung gekauft
und entmietet worden. Den Teilhabern der Gesellschaft (überwiegend höherer Mittelstand) verspricht das durch die Berlinförderungsgesetze hohe Gewinne, die Mieten werden sich verdreifachen. Schon unter dem SPD-Senat sollte das Haus geräumt werden, das konnte damals jedoch durch einhelligen Protest einschließlich der Kirchen in Kreuzberg verhindert werden. Der Fall kam vors Gericht und in einem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Berlin vom 29.4.81 wurde exemplarisch die sogenannte „Berliner Linie der Vernunft“ juristisch festgelegt.

Die Urteilsbegründung führt aus: „Die Polizeibehörde kann von einem Einschreiten absehen, wenn es ihr nach Lage des Falles nicht angemessen oder nicht zweckmäßig erscheint (Opportunitätsprinzip).“ Es werden gegeneinander abgewogen der „nicht näher bezifferte Vermögensschaden“ der Abschreibungsgesellschaft und die Gefahr „schwerer Ausschreitungen mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit und Eigentum einer Vielzahl unbeteiligter Personen im ganzen Stadtgebiet“ mit der Schlußfolgerung: „Bei dieser Sachlage ist es nicht ermessensfehlerhaft, wenn der Antragsgegner zunächst abwartet, ob die vom Senat von Berlin beabsichtigte Gesamtlösung zu einer Beendigung der rechtswidrigen Besetzung auch des Grundstücks der Antragstellerin führt. Der vom Antragsgegner vorgelegte Vermerk vom 9.4.81 des Senats für Bau- und Wohnungswesen zeigt, daß mit konkreten Vorschlägen über die Lösung des Hausbesetzerproblems verhandelt wird.“

Der Vogel-Senat hat auf Räumungen in gewissem Maße verzichtet (die Anzahl der besetzten Häuser stieg von 29 auf 180, 40 weitere Häuser wurden besetzt und geräumt) und stattdessen „durchsuchen“ lassen. Unter den fadenscheinigen Vorwänden (weil in einem anderen Stadtteil eine Lederjacke geklaut worden war z.B.) wurden alle Besetzer eines Hauses erkennungsdienstlich behandelt und in den Häusern Zerstörungen angerichtet. Das sollte demoralisieren und unter den Besetzern eine Einigung über die Verhandlungsfrage verhindern. Wegen der Polizeiwillkür und Verhaftungen lehnte die Mehrheit Verhandlungen ab. Gerade in der Mittenwalder Straße 45 und umliegenden Häusern waren diejenigen konzentriert, die eher für Verhandlungen waren.

Mit der Räumung nahm die CDU bewußt in Kauf, daß es im Abgeordnetenhaus zu einer Parlamentsmehrheit von SPD, FDP und AL kam, die das verurteilte. Gegen die Polizeiwillkür mußten auch Zeitungen wie der „Tagesspiegel“, die zur Wahl der CDU aufgerufen hatten, heftig protestieren. Völlig zurecht fordern die Jungdemokraten den Rücktritt des Innensenators Lummer. Die CDU kalkuliert, daß ihre Aktionen Straßenschlachten auslösen und darüber die Besetzerbewegung gespalten und isoliert werden kann.

Anzahl der besetzten Häuser stieg von 29 auf 180, 40 weitere Häuser wurden besetzt und geräumt) und stattdessen „durchsuchen“ lassen. Unter den fadenscheinigen Vorwänden (weil in einem anderen Stadtteil eine Lederjacke geklaut worden war z.B.) wurden alle Besetzer eines Hauses erkennungsdienstlich behandelt und in den Häusern Zerstörungen angerichtet. Das sollte demoralisieren und unter den Besetzern eine Einigung über die Verhandlungsfrage verhindern. Wegen der Polizeiwillkür und Verhaftungen lehnte die Mehrheit Verhandlungen ab. Gerade in der Mittenwalder Straße 45 und umliegenden Häusern waren diejenigen konzentriert, die eher für Verhandlungen waren.

Mit der Räumung nahm die CDU bewußt in Kauf, daß es im Abgeordnetenhaus zu einer Parlamentsmehrheit von SPD, FDP und AL kam, die das verurteilte. Gegen die Polizeiwillkür mußten auch Zeitungen wie der „Tagesspiegel“, die zur Wahl der CDU aufgerufen hatten, heftig protestieren. Völlig zurecht fordern die Jungdemokraten den Rücktritt des Innensenators Lummer. Die CDU kalkuliert, daß ihre Aktionen Straßenschlachten auslösen und darüber die Besetzerbewegung gespalten und isoliert werden kann.

Das ist jedoch nicht gelungen. Die AL stellte noch während der Abgeordnetenhaussitzung Antrag auf Abbruch, damit die bürgerlichen Politiker beschwichtigend auf die Polizei einwirken können (was CDU, SPD und FDP ablehnten), der Mieterverein, die größte Mieterorganisation in Westberlin, machte den Senat für die Auseinandersetzungen verantwortlich.

Nachdem die SPD und das OVG-Urteil die Verhandlungsbereitschaft ausschließlich mit drohenden Krawallen begründet hatten, hat die Besetzerbewegung im Moment gar keine andere Wahl, als in dieser Weise auf den CDU-Senat zu reagieren. War es gegenüber dem SPD-Senat noch entscheidend, in der Bewegung eine Einigung über ein Verhandlungsmodell zu erzielen, was nicht gelungen ist, muß jetzt vom CDU-Senat gefordert werden, die Taktik zu ändern und ein Verhandlungsangebot vorzulegen. Solange das nicht erfolgt ist, ist es richtig, die Kräfte auf den Schutz der besetzten Häuser zu konzentrieren. Dazu werden im Moment zahlreiche Patenschaften eingegangen, die der Mieterverein, einzelne Professoren, eventuell Seminare von den Universitäten mit bestimmten Häusern schließen, um im Fall von Polizeiaktionen sofort für Öffentlichkeit und Protest zu sorgen. Bei der Demonstration am 1.Mai hatten auch eine Reihe von gewerkschaftlichen Betriebsgruppen Transparente mitgetragen zur Unterstützung der Instandbesetzer und sie sollten sich ebenfalls überlegen, in dieser Weise zum Schutz der Häuser beizutragen.

Presseerklärung des Ermittlungsausschuß

„Die Auseinandersetzungen vom 25. 6.81, manche Kommentatoren sprechen gar von ‚Aufruhr‘, können nur ausreichend verstanden und erklärt werden, wenn man sich den Gesamtzusammenhang dieser Woche vom 18.6. bis zum 24.6. vergegenwärtigt. Diese Zusammenfassung der Ereignisse muß im Kontext mit der Äußerung des Berliner Innensenators Lummer gesehen werden, der sich sinngemäß so äußerte, daß die, die Gewalt anwendeten, die Verantwortung für die Eskalation zu tragen hätten.

Wir fassen also kurz zusammen. Am 18.6. durchsuchten 300 Polizisten 5 besetzte Häuser in Kreuzberg und Neukölln. Dabei wurden 59 Personalien überprüft und 2 Personen festgenommen. Außerdem wurde an diesem Tag das Urteil von 14 Monaten ohne Bewährung gegen Guido Weitz in 2.Instanz bestätigt. Am darauffolgenden Montag (22.6.) durchsuchten mindestens 700 Polizisten in Kreuzberg und Schöneberg mehrere Häuser (darunter das KuKuck) und räumte das Paradespekulationsobjekt Mittenwalderstr. 45. Zusätzlich wurde unter fadenscheinigem Vorwand das Haus Goltzstr. 30 kurzzeitig beschlagnahmt. Bei dieser Aktion wurden 74 Personen festgenommen und die persönlichen Gegenstände der Besetzer z.T. mutwillig zerstört. In den Auseinandersetzungen in der Nacht zum Dienstag (23.6.) wurden dann 173 Personen (145 ‚Störer‘, 28 ‚Tatverdächtige‘) festgenommen, gegen 1 Person wurde Haftbefehl erlassen. Am Dienstag selbst räumte die Berliner Polizei das Haus Kaunstr. Nr. 20 und ließ es sogleich abreißen. In dieser Nacht gab es mindestens 8 weitere Festnahmen. Am Mittwoch, den 24.6. folgte dann die erste Verurteilung seit dem 2.4., ein 33jähriger Mann wurde zu 14 Monaten ohne Bewährung verurteilt.“

Im folgenden Teil, der hier ausgelassen wird, werden Beispiele angeführt, wie Festgenommene, insbesondere Frauen, von der Polizei beschimpft und beleidigt werden und wie versucht wird, von ihnen ohne Rechtsbeistand Geständnisse abzupressen.

„Während der Auseinandersetzungen vom 22.6. und 23.6. gab es auch eine Vielzahl von z.T. schweren Verletzungen. Uns sind mindestens 35 Verletzungen bekannt, die von Kopfplatzwunden bis zu einem Sehnenabriß reichen. Dazu ist zu bemerken, daß die Verletzungen zum größten Teil nicht aus gewaltsamen Auseinandersetzungen resultieren, die von Demonstranten oder angeblichen ‚Störern‘ ausgegangen sind, sondern daß diese Personen sich beim Zusammentreffen mit Polizisten völlig friedlich verhalten haben oder versucht haben, sich vor den willkürlich losknüppelnden Beamten in Sicherheit zu bringen.(...)

Der Verlauf für die Demonstration vom 25.6. ist damit klar zum Ausdruck gebracht. 28 Monate Gefängnis, über 250 Festnahmen und hochgerechnet mindstens 70 Verletzte, von weiteren Schikanen und anderen Petitessen ganz zu schweigen.

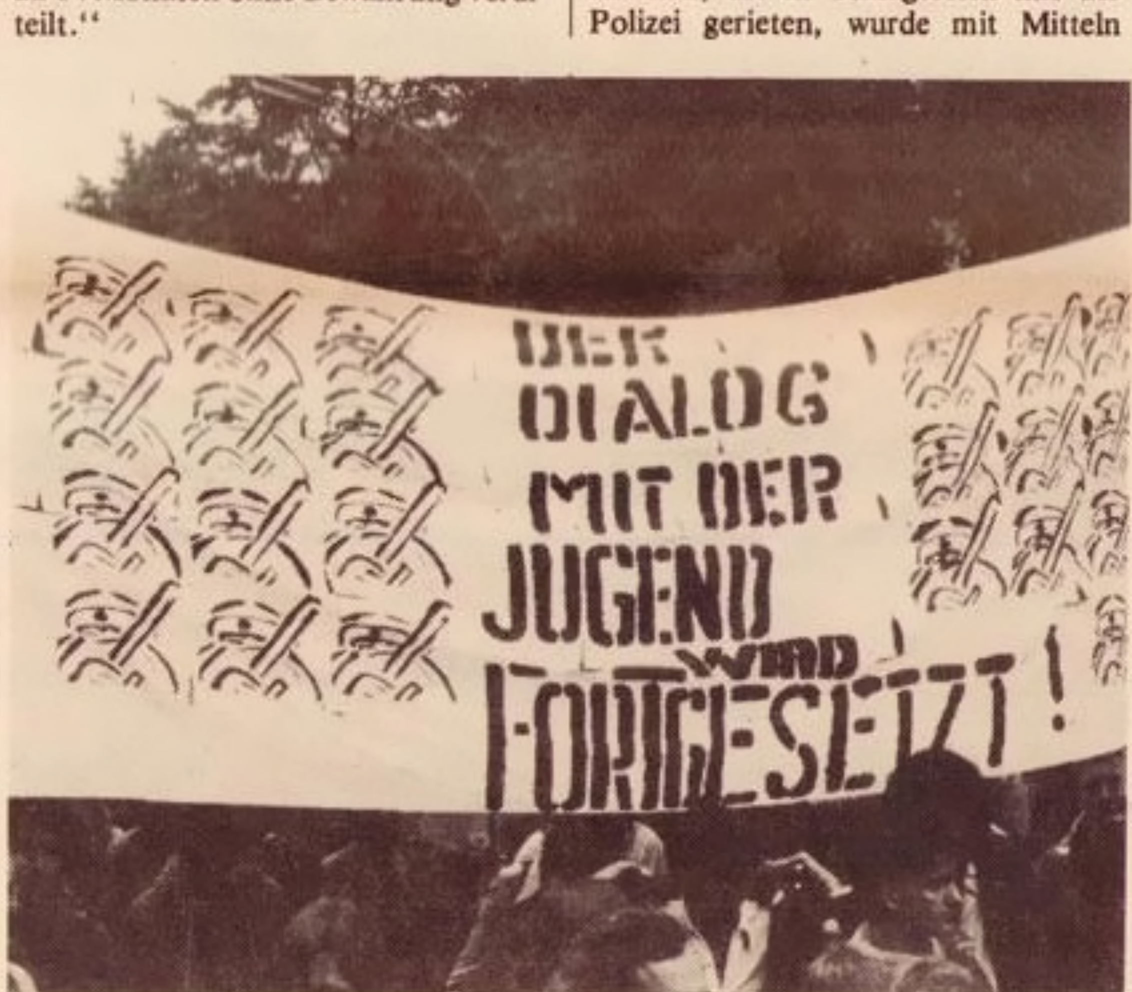
Resultat von der Demonstration vom 25.6. ist:
Ca.70 verletzte Demonstranten und Unbeteiligte, wobei sich die Verletzungen aus Kopfplatzwunden, schweren Stirnplatzwunden, schweren Prellungen, Quetschungen in der Leistengegend, Verbrennungen und Schnittverletzungen zusammensetzen. Die Anzahl der Verletzungen und Verhaftungen (ca. 55) ist nur ein unzulänglicher Hinweis auf das tatsächliche Vorgehen der Polizei. Gegen einzelne Demonstranten, die in Schlägereien mit der Polizei gerieten, wurde mit Mitteln vorgegangen, die die ganze Demonstration erfaßten; nämlich Tränengas und Absperrungen, die nur wenige Ausgänge freiließen. Tränengaseinsätze gab es bereits vor offizieller Auflösung durch die AL. Das Tränengas löste tatsächlich Panik und Aufruhr unter den Demonstranten aus. Zusammen mit den Absperrungen betrachtet, drängt sich das Bild einer Mausefalle als polizeiliche Maßnahme auf. Nur zu gut passen dann die willkürlichen Prügeleien am Kleistpark in dieses Bild, wo von der AL versucht worden war, hunderte von Demonstranten aus den Absperrungen herauszuführen nachdem die Polizei freien Abzug zugesichert hatte. Bezeichnendes Opfer dieses Polizeieinsatzes ist Sabine G., die schwer verletzt wurde und inzwischen Strafanzeige erstattet hat. Gleiches Vorgehen empfehlen wir allen anderen Verletzten. Gezielt wird auch immer wieder gegen Personen der Presse, die die Übergriffe der Polizei dokumentieren könnten, vorgegangen, sowie auch gegen die Freien Sanitärsgruppen, die Verletzte versorgen.

Wir verfügen über zahlreiche Zeugenaussagen zu den von uns gemachten Angaben gegenüber den Polizeiübergriffen.



den dann 173 Personen (145 ‚Störer‘, 28 ‚Tatverdächtige‘) festgenommen, gegen 1 Person wurde Haftbefehl erlassen. Am Dienstag selbst räumte die Berliner Polizei das Haus Kaunstr. Nr. 20 und ließ es sogleich abreißen. In dieser Nacht gab es mindestens 8 weitere Festnahmen. Am Mittwoch, den 24.6. folgte dann die erste Verurteilung seit dem 2.4., ein 33jähriger Mann wurde zu 14 Monaten ohne Bewährung verurteilt.“

Unbeteiligte, wobei sich die Verletzungen aus Kopfplatzwunden, schweren Stirnplatzwunden, schweren Prellungen, Quetschungen in der Leistengegend, Verbrennungen und Schnittverletzungen zusammensetzen. Die Anzahl der Verletzungen und Verhaftungen (ca. 55) ist nur ein unzulänglicher Hinweis auf das tatsächliche Vorgehen der Polizei. Gegen einzelne Demonstranten, die in Schlägereien mit der Polizei gerieten, wurde mit Mitteln



Versuchter Totschlag? Ein Augenzeugenbericht

Am Kleistpark (Straßenkreuzung) standen noch viele Demonstanten der kurz zuvor beendeten friedlichen Demonstration sowie Passanten auf dem Fußweg. Eine ganze Reihe von Polizeiwannen raste heran, die letzte hielt mitten auf der Kreuzung und die Polizisten rannten wie von der Tarantel gestochen auf die Umherstehenden los und schlugen mit ihren Holzknüppeln drauflos, was das Zeug hielt. Und das, obwohl es von den betroffenen Personen keinerlei Angriffe, Provokationen o.ä. gegeben hatte, sondern diese vollkommen friedlich dastanden. Deswegen sind auch viele gar nicht weggelaufen, weil es einfach unerklärlich schien, daß es solch eine Knüppelorgie geben könnte. So standen vier junge Frauen vor einem Schaufenster. Ein Holzknüppelterrorist in Uniform schlug mit voller Gewalt auf die sich nicht wehrenden Frauen ein. Einer Frau, die sich noch nicht einmal geduckt hatte, schlug er dann den riesigen Holzknüppel mit vollster Gewalt von hinten über den Schädel, so daß der dicke Knüppel durchbrach und Sabine G. sofort zusammenbrach und aus dem Kopf stark blutete. Im Krankenhaus wurde dann vorerst festgestellt: 10 cm lange Platzwunde, Gehirnerschütterung, beidseitig fehlende Reflexe, Folgeschäden nicht ausgeschlossen. Alle, die dies gesehen hatten, waren ungeheuer empört. Spontan

Ein Augenzeugenbericht

Am Kleistpark (Straßenkreuzung) standen noch viele Demonstanten der kurz zuvor beendeten friedlichen Demonstration sowie Passanten auf dem Fußweg. Eine ganze Reihe von Polizeiwannen raste heran, die letzte hielt mitten auf der Kreuzung und die Polizisten rannten wie von der Tarantel gestochen auf die Umherstehenden los und schlugen mit ihren Holzknüppeln drauflos, was das Zeug hielt. Und das, obwohl es von den betroffenen Personen keinerlei Angriffe, Provokationen o.ä. gegeben hatte, sondern diese vollkommen friedlich dastanden. Deswegen sind auch viele gar nicht weggelaufen, weil es einfach unerklärlich schien, daß es solch eine Knüppelorgie geben könnte. So standen vier junge Frauen vor einem Schaufenster. Ein Holzknüppelterrorist in Uniform schlug mit voller Gewalt auf die sich nicht wehrenden Frauen ein. Einer Frau, die sich noch nicht einmal geduckt hatte, schlug er dann den riesigen Holzknüppel mit vollster Gewalt von hinten über den Schädel, so daß der dicke Knüppel durchbrach und Sabine G. sofort zusammenbrach und aus dem Kopf stark blutete. Im Krankenhaus wurde dann vorerst festgestellt: 10 cm lange Platzwunde, Gehirnerschütterung, beidseitig fehlende Reflexe, Folgeschäden nicht ausgeschlossen. Alle, die dies gesehen hatten, waren ungeheuer empört. Spontan
meldeten sich zahlreiche Passanten wie Anwohner als Zeuge für diesen Vorfall. Strafanzeige ist gestellt.

In jeder Hinsicht politisch versagt

söh. Man könnte fragen, ob der frischgekürte Westberliner CDU-Innensenator Lummer wirklich so dumm ist, wie er handelt, oder ob er einen großen Teil der Bevölkerung für dumm genug hält, nicht zu begreifen, daß die militante Auseinandersetzung vom Donnerstag, den 26. Juni, der Vorgehensweise des Staatsapparates geschuldet ist und der CDU-Senat sie zu verantworten hat. Der hellste in der Einschätzung politischer Situationen scheint dieser Innensenator in der Tat nicht zu sein. Jedenfalls sind seine Versuche, die Abgeordneten der Alternativen Liste als Drahtzieher der Straßenschlacht darzustellen ziemlich daneben, zumal die AL-Fraktion im Abgeordnetenhaus während der Straßenschlacht die Unterbrechung der Sitzung gefordert hat, um dem Senat die Möglichkeit zu geben, seinen „Pflichten“ nachzukommen und „mäßigend“ auf die Polizei einzuwirken. Aber schlicht die politische Niederlage, die die CDU unzweifelhaft in ihrem Versuch, die Bewegung der Hausbesetzungen oder besser die Bewegung gegen die Wohnungspolitik des bürgerlichen Staates zu zerschlagen, erlitten hat, dem mangelnden Verstand eines Herrn Lummer anzulasten, wäre zu einfach.

Der CDU fehlt es an einem politischen Konzept gegen die Hausbesetzungen. Der SPD-Senat verfolgte die Linie, über Verhandlungen, verbunden mit ständigen polizeilichen Hausdurchsuchungen, die Hausbesetzer zu spalten und zu demoralisieren. Zwar sah er sich gezwungen, einen gewissen Preis an diese Bewegung zu zahlen, etwa in der Form der Verlängerung der Mietpreisbindung für Altbauwohnungen, doch setzte er auf die Schwierigkeiten, die beim Bewohnbarmachen der heruntergewirtschafteten Häuser auftauchten, und hoffte, die Zugeständnisse gering halten zu können.

Der CDU fehlt aufgrund ihrer gesellschaftlichen Basis die Zeit, ein solches Konzept zu verfolgen. Sie ist in ihrem Handeln in ganz anderer Weise abhängig als die SPD. Nicht zufällig konzentrieren sich die Einsätze der Polizei auf die Häuser, die nicht in den Händen der senatseigenen Wohnungsbaugesellschaften, sondern im Besitz von Einzeleigentümern sind, wie in der Saßnitzerstr. 9, oder von Kommanditgesellschaften, in denen Angehörige der gehobenen Mittelschicht ihr Geld angelegt haben und auf schnellen Spekulationsgewinn hoffen. So ist das drei Tage vor der großen Demonstration in der Mittenwalderstr. geräumte Haus im Besitz einer GmbH&Co. KG unter Leitung eines Barons, in der viele Ärtze ihre Einlagen gemacht haben. Diese Leute haben die CDU im Wahlkampf sicher nicht nur mit ihrer Stimme unterstützt. Sie fordern die Beseitigung der Hausbesetzungen, damit ihr investiertes Geld sich schnell und hoch vermehren kann, das heißt Beseitigung ohne Zugeständnisse. Der Regierende Bürgermeister Weizsäcker von der CDU redet noch von Fortsetzung der „Berliner Linie“, aber längst ist in den Vordergrund geschoben worden die „Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit“, im Klartext der Polizeieinsatz zur Zerschlagung der Bewegung unter Ausklammerung der sozialen Ursache dieser Bewegung.

Lummers polizeiliches Konzept zielt darauf, den angeblich „harten Kern von ca. 800 militanten Demonstranten aus der Terrorszene“ zu isolieren. So äußerte er sich nachträglich im Rundfunk. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Straßenschlacht vom Donnerstag bereits den ersten Versuch dieser Taktik darstellte. Die Chancen, daß er damit durchkommt, sind schlecht. In der Stadt wird schon mehr über die Ursachen gesprochen, die soviele Jugendliche zum offenen Widerstand gegen die Polizeimaßnahmen gebracht haben. Angesichts dieser politischen Niederlage der CDU hat *sie* allenfalls einen Grund, die von ihr eingeleiteten Polizeimaßnahmen zu kritisieren. Die Hausbesetzer konnten kaum richtiger handeln.

Willi Bleicher, IG Metall

„Ich glaube an die Regeneration der deutschen Arbeiterbewegung"



acm. Am 23.6. ist Willi Bleicher, Leiter des Tarifbezirks Nordwürttemberg-Nordbaden der IG Metall von 1959 bis 1972, im Alter von 74 Jahren gestorben. Mit 16 Jahren trat er als Lehrling bei Daimler-Benz in die Gewerkschaft ein. Ab 1933 wurde er von den Faschisten über 10 Jahre im KZ eingesperrt. Nach dem 2. Weltkrieg war er weiter Mitglied der KPD, trat aber 1955 aus und der SPD bei. – Bekannt geworden ist Willi Bleicher für seine Tarifpolitik und die Führung von Streiks gegen die Kapitalisten in seinem Tarifbezirk, die oft entscheidenden Einfluß auf die Abschlüsse im gesamten Bundesgebiet hatten. Franz Steinkühler, der direkte Nachfolger, sagte über Willi Bleicher: sein Leben galt der „Befreiung der Arbeiterschaft von den Zwängen fremdbestimmter Arbeit". – Nachfolgend dokumentieren wir Auszüge aus einem Gespräch mit der Zeitung „Druck und Papier" (Organ der Industriegewerkschaft Druck und Papier, Oktober 1980), in dem die Positionen Willi Bleichers zur Entwicklung der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung deutlich werden.

Sind wir für die bevorstehenden Auseinandersetzungen gerüstet?

Bleicher: Natürlich versuchen die Unternehmer mit allen Mitteln, selbst über die mittelbare Beeinflussung der Familien, sich auf die kommenden Auseinandersetzungen vorzubereiten. Wichtig sind dabei insbesondere die öffentlichen Medien. Wie kommt es denn, daß die Auseinandersetzungen um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den letzten Jahren so lautstark geführt werden? Bei alledem ist sich die Arbeitnehmerschaft noch nicht ihrer historischen Bedeutung bewußt geworden. Immerhin sind die Arbeitnehmer nicht nur der größte Teil unseres Volkes, sondern auch der produktive. Solange er sich seiner Bedeutung bewußt ist, werden wir in der Defensive bleiben und den wirtschaftlichen Entwicklungen hinterherlaufen. Das bedeutet: Die Gewerkschaften reagieren auf die Tatbestände, die der Teil des Volkes vollzieht, der im Besitz der produktiven Mittel und damit der ökonomischen Macht ist. Wir haben ständig und unentwegt reagiert.

Ist das nicht den Gewerkschaften zwangsläufig vorgeschrieben? Auch bei kämpferischer Gewerkschaftspolitik werden wir doch gezwungen sein, jeweils auf wirtschaftliche Tatbestände, die andere gesetzt haben, zu reagieren.

Bleicher: Ja, das ist sicher richtig; im Grunde verfolgen Gewerkschaften stets eine reformistische Politik, auch im Ausland. Wir kämpfen für Reformen, am Arbeitsplatz, für höhere Löhne und Gehälter, für längeren Urlaub und für all die sozialen Verbesserungen, die im Interesse der Arbeitnehmer notwendig sind. Es ist richtig: Wir können nicht die Rolle einer Partei übernehmen. Bei weiterführenden Reformen sind wir gezwungen, an den Gesetzgeber zu appellieren …

Was ist nötig, um Bewußtsein, um Einsatzbereitschaft zu entwickeln?

Bleicher: Vor allem Information. Dazu gehört aber nicht nur Information über die jeweils anstehende Tarifforderung und über den Verhandlungsstand. Nein, man muß den Kollegen sagen, um welche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung es sich handelt, auf welche Ursachen es beispielsweise zurückgeht, daß Arbeitsplätze, Einkommen und Berufe in Gefahr geraten.

Es ist ja nicht ganz zufällig, daß wichtige Arbeitskämpfe von Baden-Württemberg ausgegangen sind. Ich habe zum Beispiel zu Franz Steinkühler gesagt: Was jetzt vonnöten ist, das ist, den Kern zu schaffen, den Kern von Funktionären draußen in den Ortsverwaltungen, und zwar von ehrenamtlichen Funktionären. Sie müssen laufend informiert werden über die wirtschaftliche Entwicklung, über die Weltlage, ihnen müssen wir den Blick öffnen über das, was in der Welt, in der Wirtschaft, aber auch in bezug auf die technische Entwicklung auf uns zukommt, und zwar im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wir müssen verhindern, daß sie etwa erschrecken oder resignieren, wenn die nächste Krise auf uns zukommt. Sie müssen in der Lage sein, die Erkenntnisse am Arbeitsplatz weiterzuverbreiten, Erklärungen, und zwar richtige Erklärungen, zu finden für die Bedrohung des sozialen Besitzstands

Mit Programmen allein werden wir die künftigen Schwierigkeiten nicht beseitigen. Wir müssen den Kollegen vom Grundsatz her sagen, was die Stunde geschlagen hat, und zwar müssen wir es ihnen deutlich, in der Sprache sagen, die sie verstehen – nicht etwa im Gewerkschafts-Chinesisch.
(…)

… Man darf bei der Entwicklung auch die Geschichte nicht vergessen. In den fünfziger und sechziger Jahren haben die Unternehmer Zugeständnisse gemacht, beachtliche Zugeständnisse. Sie konnten es auch, dank der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Betriebsräte konnten in den Betrieben viel erreichen, Urlaubsverbesserungen, zusätzliche Lohnzuschläge über den Tariflohn, soziale Verbesserungen. Das alles ging still und leise vor sich, weitgehend ohne Kampf. In den späten sechziger Jahren war das zu Ende. Damals fing das Unternehmertum an, sich politisch zu konzentrieren und sich seiner Rolle bewußt zu werden. Die Restauration war vollendet. Die Reaktion stand jetzt vor der Tür. In den siebziger Jahren wurde dies überall spürbar. Auch die Politisierung der Unternehmer. Damit hat eben das politische Bewußtsein der Arbeitnehmer nicht standgehalten. Für mich ist zum Beispiel die Landtagswahl in Baden-Württemberg Ausdruck dafür, daß sich hier nichts wesentliches geändert hat.
(…)

Wenn ich mir vorstelle, was wir nach '45 wollten: Zum Beispiel die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien. Nehmen wir bloß das Ahlener Programm der CDU. Was ist da geblieben? Wir wollten neu beginnen. Wir wollten eine Bedarfsgesellschaft. Aus dem Neubeginn ist der Wiederaufbau geworden auf den alten Fundamenten. Die Sozialdemokraten wollten die Sozialisierung als Gegenwartsaufgabe, so formulierte Kurt Schumacher seinerzeit. Dann kam der kalte Krieg. Und mit ihm diese antikommunistische Propaganda, die auf fruchtbaren Boden fiel angesichts der Entwicklung der DDR und der UdSSR.

Dann haben wir gekämpft gegen die Remilitarisierung. Wir gingen auf die Dörfer. Da saßen wir mit drei oder fünf Leuten. Und die Arbeiter? Viele ließen uns stehen. Später kämpften wir gegen die Atombewaffnung. Dann gegen die Notstandsgesetze. Doch sie ließen uns stehen. Durchgesetzt haben wir uns nicht. Dies ist ein hervorstechendes Merkmal der politischen Verfassung der deutschen Arbeitnehmerschaft. Es reicht weit in die Geschichte zurück.

Die Ursachen des vorangegangenen Weltkrieges, das Versagen der Weimarer Republik, der Ausbruch des ersten Weltkrieges – immer wieder stehen wir vor denselben Merkmalen. Wenn ich etwa daran denke, wie man damals 1912, auf dem Sozialistenkongreß in Basel schwor, der wachsenden Kriegsgefahr entgegenzutreten und einen Kriegsausbruch zu verhindern – und was geschah dann, 1914?

Und dann die Weimarer Republik: Begonnen mit einer Revolution. Doch was geschah dann mit den revolutionären Arbeiter- und Soldatenräten? Man würgte sie ab, erschoß sie.

Dann kamen die Nazis. Doch die Arbeiterbewegung schätzten sie falsch ein. Dies war nicht nur ein Irrtum über Hitler, nein, das war ein Irrtum über die Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus. Man verleugnete sträflich die Lehren der Väter und gab sich der Illusion hin: Faschismus in Deutschland ist doch gar nicht denkbar; ja, in Italien, aber nicht bei uns … Umgekehrt propagierten die Kommunisten die revolutionäre Situation. Doch mit sieben Millionen Arbeitslosen kann man keine Revolution machen. Das alles hätte man wissen müssen und wissen können. Und nach dem Faschismus? Zunächst hatten die Amerikaner das Sagen. Wir selbst, die Arbeiter in den Betrieben, mußten das nötigste beschaffen. Da muß man heute manchmal sagen, wenn jüngere Kollegen meinen: Wir hätten nur auf den Knopf drücken müssen, und schon hätten wir eine andere politische Situation gehabt.
(…)

Doch ich setze auf die junge Generation. So wie ich sie in zahlreichen Veranstaltungen erlebt habe. Die jungen Menschen wollen wissen: Wohin geht der Weg?
(…)

Da ist auch Protest gegen die etablierten Parteien. Doch im Ernst: Die Grünen haben keine Zukunft. Nach 1918 /19 gab es auch solche Bewegungen. Aber im Grunde erfassen sie nur einen kleinen Kreis. Dennoch sollten wir uns auch bei der Jugend nicht darauf verlassen, daß ihre politische Entwicklung von selbst die richtige Richtung nimmt. Die Jugendsprecher werden doch bei uns oft allein gelassen. Und wenn dan der Junge von einem Lehrgang kommt und fordert sein bißchen Recht und Mitsprache im Rahmen des Betriebsrats oder gegenüber dem Betriebsrat, dann wird ihm sofort gezeigt, wo Barthel den Most holt. Ältere Kollegen und Betriebsräte begreifen nicht, daß das Fleisch von ihrem Fleisch ist.

Wir haben noch einen weiten Weg vor uns. Ich glaube an die Regeneration der deutschen Arbeiterbewegung: die muß kommen. Unter den Schlägen und der Wucht der Ereignisse werden die Arbeitnehmer begreifen, wo der Ausweg ist bzw. wo der Halt ist. Es kann doch nicht der Sinn dieser Welt sein, nur zu leben, sondern sie lebenswert zu gestalten. Ich bin der festen Überzeugung, daß der Sozialismus auf dem Vormarsch ist.

Leserbriefe

Zwei Bemerkungen

(Zu den Artikeln „Einige Thesen zur Partei der Arbeiterklasse und zur Organisation der Kommunisten" in KVZ 22/81 und zum Leserbrief „Eine Anzahl falscher oder unzu-

fitquelle erschließe, 3. den Jugendlichen eine weitere Aussteigealternative böte, statt sie zur Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt zu erziehen.
Ist man in Aachen in der konkreten Si-

mann-Bericht? Soll man dem Sallmann glauben? Er verwendet die Methode, sich den Pelz des unpolitischen biederen Bürgers umzuhängen, der sich ja nur enthalten will. Naivität als Zeuge der Wahrheit. Aber dann

im DGB bestimmt waren, heute aber fast ausschließlich gegen fortschrittliche Kräfte in der Gewerkschaft angewendet werden.
So oder so würde ein Verbot der neonazistischen Organisationen die Gefahr für das Wiederaufkommen des Faschismus nicht beseitigen, da seine Ideologie auf dem Boden des bürgerlichen Rechtsstaates gedeiht. Im Höchstfall könnte man die politische

Bildern, Karikaturen oder Collagen liegt wohl noch im Argen. Warum eigentlich? Warum kann man in diesen Bereichen nicht das Positive aus der bürgerlichen Presse übernehmen? Sicher ist das keine finanzielle Frage, sondern eine von Kreativität, Witz und Spontanität. Das wäre sicher auch ein Schritt voran in der formalen Änderung der Zeitung auf den Geschmack der breiten

im Ausland. Wir kämpfen für Reformen, am Arbeitsplatz, für höhere Löhne und Gehälter, für längeren Urlaub und für all die sozialen Verbesserungen, die im Interesse der Arbeitnehmer notwendig sind. Es ist richtig: Wir können nicht die Rolle einer Partei übernehmen. Bei weiterführenden Reformen sind wir gezwungen, an den Gesetzgeber zu appellieren …
Was ist nötig, um Bewußtsein, um Einsatzbereitschaft zu entwickeln?
Bleicher: Vor allem Information. Dazu gehört aber nicht nur Information über die jeweils anstehende Tarifforderung und über den Verhandlungsstand. Nein, man muß den Kollegen sagen, um welche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung es sich handelt, auf welche Ursachen es beispielsweise zurückgeht, daß Arbeitsplätze, Einkommen und Berufe in Gefahr geraten.
Es ist ja nicht ganz zufällig, daß wichtige Arbeitskämpfe von Baden-

die technische Entwicklung auf uns zukommt, und zwar im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wir müssen verhindern, daß sie etwa erschrecken oder resignieren, wenn die nächste Krise auf uns zukommt. Sie müssen in der Lage sein, die Erkenntnisse am Arbeitsplatz weiterzuverbreiten, Erklärungen, und zwar richtige Erklärungen, zu finden für die Bedrohung des sozialen Besitzstands
Mit Programmen allein werden wir die künftigen Schwierigkeiten nicht beseitigen. Wir müssen den Kollegen vom Grundsatz her sagen, was die Stunde geschlagen hat, und zwar müssen wir es ihnen deutlich, in der Sprache sagen, die sie verstehen – nicht etwa im Gewerkschafts-Chinesisch.
(…)
… Man darf bei der Entwicklung auch die Geschichte nicht vergessen. In den fünfziger und sechziger Jahren ha-

sich politisch zu konzentrieren und sich seiner Rolle bewußt zu werden. Die Restauration war vollendet. Die Reaktion stand jetzt vor der Tür. In den siebziger Jahren wurde dies überall spürbar. Auch die Politisierung der Unternehmer. Damit hat eben das politische Bewußtsein der Arbeitnehmer nicht standgehalten. Für mich ist zum Beispiel die Landtagswahl in Baden-Württemberg Ausdruck dafür, daß sich hier nichts wesentliches geändert hat.
(…)
Wenn ich mir vorstelle, was wir nach '45 wollten: Zum Beispiel die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien. Nehmen wir bloß das Ahlener Programm der CDU. Was ist da geblieben? Wir wollten neu beginnen. Wir wollten eine Bedarfsgesellschaft. Aus dem Neubeginn ist der Wiederaufbau geworden auf den alten Fundamenten. Die Sozialdemokraten wollten die Sozialisie-

gegen die Atombewaffnung. Dann gegen die Notstandsgesetze. Doch sie ließen uns stehen. Durchgesetzt haben wir uns nicht. Dies ist ein hervorstechendes Merkmal der politischen Verfassung der deutschen Arbeitnehmerschaft. Es reicht weit in die Geschichte zurück.
Die Ursachen des vorangegangenen Weltkrieges, das Versagen der Weimarer Republik, der Ausbruch des ersten Weltkrieges – immer wieder stehen wir vor denselben Merkmalen. Wenn ich etwa daran denke, wie man damals 1912, auf dem Sozialistenkongreß in Basel schwor, der wachsenden Kriegsgefahr entgegenzutreten und einen Kriegsausbruch zu verhindern – und was geschah dann, 1914?
Und dann die Weimarer Republik: Begonnen mit einer Revolution. Doch was geschah dann mit den revolutionären Arbeiter- und Soldatenräten? Man würgte sie ab, erschoß sie.

lassen, daß ihre politische Entwicklung von selbst die richtige Richtung nimmt. Die Jugendsprecher werden doch bei uns oft allein gelassen. Und wenn dan der Junge von einem Lehrgang kommt und fordert sein bißchen Recht und Mitsprache im Rahmen des Betriebsrats oder gegenüber dem Betriebsrat, dann wird ihm sofort gezeigt, wo Barthel den Most holt. Ältere Kollegen und Betriebsräte begreifen nicht, daß das Fleisch von ihrem Fleisch ist.
Wir haben noch einen weiten Weg vor uns. Ich glaube an die Regeneration der deutschen Arbeiterbewegung: die muß kommen. Unter den Schlägen und der Wucht der Ereignisse werden die Arbeitnehmer begreifen, wo der Ausweg ist bzw. wo der Halt ist. Es kann doch nicht der Sinn dieser Welt sein, nur zu leben, sondern sie lebenswert zu gestalten. Ich bin der festen Überzeugung, daß der Sozialismus auf dem Vormarsch ist.

Leserbriefe

Zwei Bemerkungen

(Zu den Artikeln „Einige Thesen zur Partei der Arbeiterklasse und zur Organisation der Kommunisten" in KVZ 22/81 und zum Leserbrief „Eine Anzahl falscher oder unzureichender Positionen" in KVZ 23/81)

Ein paar Bemerkungen zu zwei Artikeln aus der KVZ: 1. Zu den Thesen über das Verhältnis zwischen der Partei der Arbeiterklasse und der Organisation der Kommunisten (KVZ 22). In den Thesen ist gut dargelegt worden, mit welchen Formen die Arbeiterklasse politisch „Partei ergreift". Das steht aber im Widerspruch zu dem Begriff „Partei der Arbeiterklasse". Das „Partei ergreifen" der Arbeiterklasse wird sich nicht in Gründung oder Existenz einer politischen Partei, in dem Sinne, wie es im Lexikon und in den Köpfen der Leute fixiert ist, ausdrücken. Ich bin dafür, daß wir den Begriff der „Partei des Proletariats oder der Arbeiterklasse" wieder in der Versenkung verschwinden lassen, weil er m.E. falsch oder zumindest widersprüchlich ist.

Aber auch in dem Absatz über die Betriebsräte steckt eine Gefahr. Es wird davon gesprochen, daß die Organe der Eroberung und Ausübung der politischen Macht des Proletariats in der Form der Betriebsräte schon existieren, die zwar noch durch Gesetze eingeengt sind, aber daß sich das in einer revolutionären Situation schnell ändern kann. Ich denke, daß die Betriebsräte eine wichtige Aufgabe bei der Ausübung der politischen Herrschaft haben, ich glaube aber nicht, daß sie alleine *die* Organe dafür sind. Ein großer Teil der Arbeiterklasse wird durch sie nicht vertreten (Beschäftigte in Kleinst- und Handwerksbetrieben, Hausfrauen etc.), die aber auch Rechte in bezug auf diese Organe haben müssen.

2. Zu dem Leserbrief „Eine Anzahl falscher oder unzureichender Positionen …" (KVZ Nr. 23, S. 12).

Dort wird gegen die Forderung „Legalisierung von Haschisch" angeführt, daß diese Forderung 1. den Drogenmarkt erweitere, 2. den Kapitalisten eine zusätzliche Profitquelle erschließe, 3. den Jugendlichen eine weitere Aussteigealternative böte, statt sie zur Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt zu erziehen.

Ist man in Aachen in der konkreten Situation, daß man meint, man bräuchte jetzt einen Joint, steht man vor dem Problem, daß auf zehn Kneipen, in denen man Heroin und ähnliche „harte" Drogen angeboten bekommt, eine Kneipe kommt, in denen man sich das gewünschte Haschisch erwerben kann. Das ist meiner Meinung nach die Hauptursache für den „Teufelspfad von der Einstiegsdroge bis zum Goldenen Schuß". Und für viele Betroffene ist auch das Verlangen, nicht in diesen „Teufelspfad" gedrängt zu werden, der Hauptgrund, diese Forderung zu unterstützen. Auch sollte man einmal die Verhältnisse in der BRD (600 Drogentote) und in den Niederlanden (30 Drogentote), wo die Gesetze zum Haschischbesitz und -konsum nicht so streng sind, vergleichen.

Die angeführte Kritik an der Forderung nach „Legalisierung", die meiner Meinung nach auch eine Schutzforderung vor kriminellen Geschäftemachern ist, geht am Kern der Forderung vorbei.

age, Aachen

Keine Information über die DDR

(Zur KVZ 24, S. 3 – DDR-Dokumentation)

Viele Fragen

Sollen die nichtssagenden Kopien aus dem „Neuen Deutschland" Dokumente sein? Soll mit ihnen der Artikel, dieser gute Artikel zum 17. Juni, illustriert werden? Soll der Bericht über eine Episode während einer Jahre zurückliegenden Wahl die jetzt abgehaltenen Wahlen charakterisieren? Da ich dieses annehme, stellen sich mir tausend weitere Fragen.

Worum ist es bei diesen Wahlen gegangen? Was ist die Nationale Front der DDR? Worum ging es bei den Wahlen im Sallmann-Bericht? Soll man dem Sallmann glauben? Er verwendet die Methode, sich den Pelz des unpolitischen biederen Bürgers umzuhängen, der sich ja nur enthalten will. Naivität als Zeuge der Wahrheit. Aber dann schreibt er sich alles haarklein auf und findet Wege zur Veröffentlichung in der BRD.

Soll man mit den Sallmann-Augen die Artikel aus dem „Neuen Deutschland" lesen und in den dort berichteten Umständen lauter Schikanen erblicken?

p.k. Hamburg

Verbot für Faschisten?

(Zu dem Artikel „Zunehmender Rechtsextremismus" in KVZ 21/81)

In dem Artikel wird die Forderung nach einem Verbot von neonazistischen Organisationen erhoben. Wir halten diesen Standpunkt zumindest für bedenklich. Begründet wird die Forderung damit, daß die Nazis reaktionär seien und gegen die Arbeiterklasse gerichtet sind. Das ist sicher richtig, nur kann man mit dem selben Argument auch das Verbot aller bürgerlichen Parteien fordern. Wo ist überhaupt die Grenze zwischen den rechten bürgerlichen Parteien und den Nazis? Der Übergang ist allemal fließend und auch mit einem Verbot hätten die Faschisten so die Möglichkeit, sich legale Formen der politischen Betätigung zu verschaffen.

Sicherlich ist es eine Frage von Kräfteverhältnissen, ob bei einem Verbot der faschistischen Gruppen oder Parteien die Kommunisten mit verboten werden oder nicht. Das ist schon richtig, nur ist es dann nicht noch etwas leichter? In der Praxis sieht es ja so aus, daß die Bourgeoisie so argumentieren wird, daß die Faschisten gegen das Grundgesetz sind, für Gewalt etc. Und damit hätten sie ja auch Gelegenheit, gleich alles zu verbieten, was nicht auf der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" steht. Dies kann man auch an den Unvereinbarkeitsbeschlüssen in der Gewerkschaft sehen, die von ihrem Ursprung her gegen die Mitgliedschaft von Faschisten im DGB bestimmt waren, heute aber fast ausschließlich gegen fortschrittliche Kräfte in der Gewerkschaft angewendet werden.

So oder so würde ein Verbot der neonazistischen Organisationen die Gefahr für das Wiederaufkommen des Faschismus nicht beseitigen, da seine Ideologie auf dem Boden des bürgerlichen Rechtsstaates gedeiht. Im Höchstfall könnte man die politische Schlagkraft rechtsextremer Parteien und Gruppen vermindern, aber auch dies ist gar nicht gesagt.

Wir halten es für sinnvoller, wenn man fordert, die bestehenden Gesetze gegen Nazis anzuwenden, das heißt Verbot der Einfuhr von NS-Material, Nazi-Emblemen, Verbot der Völkerhetze und bei ihren örtlichen Auftritten verlangt, daß sie dazu keine Genehmigung bekommen und auch keinen Polizeischutz. (Ohne Polizeischutz hätten sie schon an manchen Plätzen keine Veranstaltungen durchführen können, da die Zahl derer, die dies verhindern wollten, größer war.)

Unsere Hauptaufgabe aber muß es sein, sie ideologisch zu isolieren.

Zelle Stolberg des KBW

Lesenwerte Zeitung

Nach etlichen Jahren habe ich diese Tage erstmals wieder zwei Ausgaben der KVZ gekauft und gelesen (sowie Kommunismus und Klassenkampf 5/81) und muß euch gratulieren. Ich finde die Zeitung ist heute wirklich lesenswert, interessant und auch vielseitig.

Sehr gut hat mit gefallen, daß scheints Leserbriefe wieder aufgenommen sind und auch Andersdenkende sich äußern können (z.B. Leserbrief Ka Vau Zet Föjetong, wo wäre das vor Jahren denkbar gewesen).

Nachdem ich in Kommunismus und Klassenkampf gelesen habe, daß offensichtlich die ganze politische Linie zur Überprüfung offenliegt, fühle ich mich angeregt, einige Gedanken beim Durchlesen der KVZ zu formulieren.

Man vermißt beim Durchlesen eigentlich noch immer die saubere journalistische Arbeit – und das kann man sicher auch bei kommunistischen Zeitungen erwarten. Selbst recherchierte Artikel, die Arbeit mit Bildern, Karikaturen oder Collagen liegt wohl noch im Argen. Warum eigentlich? Warum kann man in diesen Bereichen nicht das Positive aus der bürgerlichen Presse übernehmen? Sicher ist das keine finanzielle Frage, sondern eine von Kreativität, Witz und Spontanität. Das wäre sicher auch ein Schritt voran in der formalen Änderung der Zeitung auf den Geschmack der breiten Mehrheit.

Auch im Kulturteil scheint man sich noch davor zu scheuen, etwas anderes zu veröffentlichen als „eigene" Kultur. In Kommunismus und Klassenkampf werden doch auch Besprechungen zu Abenteuerromanen vorgenommen. Es gibt doch sicher auch in der nicht ausdrücklichen „Arbeiter-Literatur" lesenswertes und bildendes, was auf einmal oder in Fortsetzungen gebracht, dem Charakter der KVZ sicher nicht schaden könnte.

Dies ist ja auch nur ein Beispiel von vielen denkbaren Möglichkeiten. Ohne daß man in der Anpassung an den scheinbaren Massengeschmack bis zur Spalte „So kocht die chinesische Hausfrau" kommen muß, gibt es doch noch vieles, was in die Zeitung rein kann und noch nicht drin ist.

Mit ist auch aufgefallen, daß man bestimmte politische Auffassungen einfach über bestehende Vorurteile hinweg stellt, ohne an den Vorurteilen zu arbeiten. Ich möchte das noch kurz an dem Beispiel „Ausländer" erläutern.

Es gibt in der Bevölkerung die verschiedensten schlechten Meinungen in Bezug auf Ausländer. Ansatzpunkte sind hier Kindergeld, Verhalten zu „deutschen" Frauen, Kriminalität, Wohnraum, wegschnappen von Arbeitsplätzen für „Deutsche" etc. Kann man ja alles durch Nichtbeachtung nicht wegbekommen. Dem kann man doch nur mit Bildung entgegentreten, hier muß man Argumente an die Hand geben, denn mit Gefühlen ist nichts getan. Man muß recherchieren, ab wann, weshalb, wie Ausländer in die deutschen Lande geholt wurden, man kann Kriminalstatistiken untersuchen, vielleich auch einiges zur kulturellen Voraussetzung bei anderen Völkern vermitteln. Da gibt es noch einen Riesenhaufen zu tun …

dt, Wiesbaden

Weitere Möglichkeiten der Polizei gegen Demonstranten

Neues Giftgas entwickelt / Gesetzentwurf zur Verschärfung des Demonstrationsrechts

gkr. Kurz bevor er zum neuen Polizeipräsidenten Bielefelds avancierte und damit gleichzeitig seinen Vorsitz in der Polizeigewerkschaft niederlegte, hat sich Schirrmacher nochmals zur Ausrüstung der Polizei geäußert. „Die optimale Polizeiwaffe befindet sich in der Endphase ihrer Erprobung", so euphorisch schwärmte Schirrmacher über das neue Kampfgas CS. In einer der nächsten Sitzungen der Länderinnenminister, so ebenfalls Schirrmacher, werde die neue Waffe vorgestellt. Gegenüber der nordrhein-westfälischen Ausgabe der Bildzeitung hatte er geäußert: „Hier kann ich ein kleines Geheimnis lüften. Experten haben einen Reizstoff entwickelt, der bei jeder Temperatur eingesetzt werden kann – mit einer sensationellen Wirkung. Wer diesen Stoff einatmet, wird praktisch bewegungsunfähig, ohne daß er ohnmächtig wird. Wer dieses Zeug einmal kennengelernt hat, wird sich hüten, noch einmal damit in Berührung zu kommen. Dieser neue Reizstoff ist ungefährlich. Er wirkt etwa eine halbe Stunde. Es gibt keine Nachwirkungen."

Man kann sich das neue Szenario bei einer Demonstration gut vorstellen: Wird das Gas etwa mit einem Wasserwerfer verspritzt, so hat anschließend die Polizei eine halbe Stunde Zeit, die bewegungsunfähigen Demonstranten einzusammeln, Personalien festzustellen oder gleich in U-Haft zu stecken. Wirklich, die „optimale Polizeiwaffe". Derzeit werde die Waffe bei der Polizeiführungsakadamie Hiltrup noch erprobt, vor allem das mögliche Mischungsverhältnis mit Wasser.

Derweil haben im Bundesrat die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein den schon angekündigten Gesetzentwurf zur Verschärfung des Demonstrationsrechts eingebracht. „Der Mißbrauch des Demonstrationsrechts zu gewalttätigen Ausschreitungen wird immer unerträglicher. Anläßlich zahlreicher Demonstrationen und im Zusammenhang mit rechtswidrigen Hausbesetzungen ist es in der letzten Zeit zunehmend zu schweren Ausschreitungen mit kriminellen Aktionen gekommen." So sehen die Länder die Zielsetzung dieses Gesetzes.

Als Lösung sollen im Versammlungsrecht die passive Bewaffnung, das sind Gegenstände, „die zum Schutz vor der Anwendung des unmittelbaren Zwangs durch die Polizei bestimmt sind und ihrer Art nach dazu geeignet sind", verboten werden. Einfacher ausgedrückt: Helme, die dazu geeignet sind, der Wirkung eines Schlagstockes Grenzen zu setzen, sind verboten, die Polizei muß ungehindert zuschlagen können. Bleiwesten zum Schutz vor Erschießen wohl auch. Und die Vermummung soll ebenfalls verboten werden. Schließlich: Wer sich nicht aus einer Demonstration entfernt, wenn aus dieser heraus Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen begangen werden und nachdem die Polizei die Demonstration aufgefordert hat, auseinanderzugehen, der macht sich ebenfalls strafbar, Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr sollen verhängt werden. Wohlgemerkt: Ohne, daß dem Demonstrationsteilnehmer auch nur ein bißchen von einer Handgreiflichkeit nachgewiesen wurde.



Köln. Am Samstag verweigerten in Köln mehr als 250 Reservisten den Kriegsdienst und gaben in einer öffentlichen Aktion ihren Wehrpaß zurück. Zu der Aktion hatten verschiedene Reservistengruppen aus insgesamt 16 Städten in einer bundesweiten Erklärung aufgerufen, an verschiedenen Orten haben schon am 13.6. ähnliche Aktionen stattgefunden. In dem Aufruf (Zeilharder Erklärung) heißt es: „Wir wollen weder für die Pläne einer Reagan-Schmidt -KG (Kriegsgesellschaft), noch für die Strategien eines Breschnew-Honnecker-Kombinats sterben – weder für die NATO, noch für den Warschauer Pakt!". Übereinstimmung der Kölner Kölner Reservistengruppe besteht in der Ablehnung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses, die Einschätzung der Sowjetunion wird in der Kölner Erklärung offengelassen.

Die Grünen weiter gegen Wahlbündnisse

Ein Beschluß, den man nicht unbedingt schlucken muß

hdm. Am 20.6. hat die Landesmitgliederversammlung der Grünen in Hessen beschlossen, sich an den Landtagswahlen im Herbst nächsten Jahres als „Die Grünen" zu beteiligen. Die Listen, mit denen sie dazu antreten, sollen „offen" sein für Leute, die ihr Programm anerkennen und in keiner anderen Organisation Mitglied sind.

Damit setzen die Grünen den Kurs fort, den sie schon in der Vorbereitung der hessischen Kommunalwahlen eingeschlagen hatten und den sie dort auch im wesentlichen erfolgreich durchsetzen konnten: gegen unabhängige demokratische Wahlbündnisse die eigene Partei als ausreichende Plattform der Sammlung aller gegen die Politik der bürgerlichen Parteien gerichteten Bewegungen durchzudrücken.

Der Wahlerfolg hat diesen Kurs anscheinend bestätigt. Ebenso solche Ereignisse wie in Kassel, wo ohne die fünf Mandate der Grünen in der Stadtverordnetenversammlung die Wiederwahl des SPD-Oberbürgermeisters Eichelt fraglich gewesen wäre und den Grünen überdies eine Vereinbarung mit der SPD gelungen ist, die für einige seit längerem geführte Kämpfe fraglos eine Erleichterung bedeutet (die Vereinbarung enthält z.B. die Festlegung, gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wethen „alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen", die Mietervertreibung im Gefolge von Wohnungsmodernisierungen zu unterbinden und anderes).

Dennoch muß man darüber nicht vergessen, daß der Kurs der Grünen, sich selber als *die* Plattform für Wahlbündnisse zu präsentieren, keineswegs unangefochten war. In Frankfurt sind mehrwöchige Verhandlungen um ein Wahlbündnis, an denen eine größere Zahl von Organisationen beteiligt war, schließlich an der Erklärung der Grünen gescheitert, mit dem KBW auf keinen Fall ein Wahlbündnis einzugehen. In Kassel ist ein bereits im Herbst 1980 von der örtlichen Stadtzeitung angeregter „Kommunalpolitischer Kongreß", der die Möglichkeiten eines Wahlbündnisses erörtern sollte, an der kategorischen Erklärung der Grünen geplatzt, auf jeden Fall als Partei und selbständig an den Wahlen teilzunehmen.

Daß die Grünen ihren Kurs schließlich doch relativ sang- und klanglos durchsetzen konnten, hat offensichtlich mehr damit zu tun, daß auf seiten der sozialistischen und kommunistischen Kräfte und Organisationen die Antworten auf eine Reihe von Fragen, die die Entwicklung des Kapitalismus in den letzten Jahren aufgeworfen hat, wenig überzeugend waren, so daß ein naiver und unübersehbar kleinbürgerlich eingefärbter Umweltstandpunkt am ehesten die Garantie dafür zu bieten schien, in diesen Kommunalwahlen über bloß symbolische Kandidaturen, ohne ernsthafte Aussicht auf Parlamentsmandate, durch die verschiedene Kämpfe unterstützt werden könnten, hinauszukommen.

Dennoch läßt sich schwer übersehen, daß die Frontbildung gegen die Politik der bürgerlichen Parteien, die sich unzweifelhaft in dem Wahlerfolg der Grünen im März ausgedrückt hat, *politisch* hauptsächlich auf Kosten der antikapitalistischen und teilweise auch bereits bewußt revolutionären Richtung, die diese Frontbildung hat, gegangen ist.

In der Vorbereitung der Landtagswahlen, die spätestens im nächsten Frühjahr beginnen wird, sind die Bedingung für die Wiederholung dieses bestimmten, durchaus zweischneidigen Wahlerfolgs, von vornherein etwas anders. Bis dahin wird das Ergebnis des Volksbegehrens gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens feststehen, ein Erfolg dieses Volksbegehrens, in dem es zunächst nur um den Frankfurter Flughafen, der Sache nach jedoch um die Linie der Verkehrs- und Strukturpolitik und durchaus auch um die Frage der Entwicklungsrichtung der Gesellschaft insgesamt geht, wird die Frage nach den parlamentarischen Hebeln für eine solche, gegen den Kapitalismus gerichtete Politik aufwerfen – schon jetzt ist nicht abzusehen, wie die Gewerkschaften für das Volksbegehren gewonnen werden sollen, wenn lediglich klar ist, daß ein Erfolg des Volksbegehrens, für den ihre Unterstützung den Ausschlag geben würde, das Ende der jetzigen SPD/FDP-Landesregierung bedeutet, ohne daß eine *positive* Perspektive, die offensichtlich nicht in einer CDU geführten Landesregierung bestehen kann, sichtbar ist.

Überdies mag auch das Westberliner Wahlergebnis, das praktisch bewiesen hat, daß ein gegen die bürgerlichen Parteien gerichtetes Wahlbündnis nicht zwangsläufig „Grün" sein muß, die hessischen Grünen zu dem mehr als eiligen Beschluß zu den Landtagswahlen bewegt haben. – Insgesamt also wenig Anlaß, die mit diesem Beschluß beabsichtigte Kursfestlegung für die Landtagswahlen einfach zu schlucken.

SPD-Landesparteitag NRW unterstützt NATO-Doppelbeschluß

gis.Köln. Wie erwartet, wurde Johannes Rau auf dem Landesparteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen, mit 300000 Mitgliedern größter Landesverband der SPD, mit großer Mehrheit wiedergewählt. Mit 92,4% der Stimmen wurde er als Landesvorsitzender bestätigt, wenn auch mit kleinen Kratzern.

Jedenfalls konnte die Beschlußvorlage des SPD-Landesvorstands zur Friedens- und Sicherheitspolitik erst gar nicht in ihrer ursprünglichen Fassung zur Abstimmung gestellt werden, weil sie von vorneherein als „nicht mehrheitsfähig" galt. Die Beschlußvorlage hatte die uneingeschränkte Unterstützung der NRW-SPD für die Politik Helmut Schmidts erklären sollen und eine Bekräftigung des NATO-Doppelbeschlusses. Was dann mehrheitsfähig war und von 90% der Delegierten verabschiedet wurde, ist jedoch auch eine solche Bestätigung, nur mit einer deutlicheren Betonung auf dem Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung; sind die USA zu baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit oder wollen sie – möglicherweise auch durch die vorherige Stationierung der neuen Waffensysteme in Europa – eine Position der Stärke erlangen? Es besteht auch die Befürchtung der Risikoverlagerung im Rahmen des atlantischen Bündnisses. Die europäischen Bündnispartner der USA haben Anspruch auf alsbaldige Klärung dieser für uns lebenswichtigen Frage. Denn es besteht die Gefahr, daß durch die SS-20-Raketen auf sowjetischer, Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper auf amerikanischer Seite die Spirale des Wettrüstens in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht weitergedreht wird. Das kann dem Frieden nicht dienen." Damit war der Kompromiß erreicht. Rau hat die Unterstützung des Kanzlers, die er wollte, zwar abgeschwächt, aber immerhin; und die Linken im Landesverband haben nicht vorbehaltslos einfach der Beschlußvorlage des Landesvorstands zugestimmt, wobei von vorneherein klar war, daß auf dem Parteitag eine Mehrheit gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß nicht zustande kommen würde. So hatte MdB Meinicke, einer der Unterzeichner des Bielefelder Appells, auf einer Podiumsdiskussion mit Rudolf Bahro u.a. am Vorabend des Parteitags erklärt, es käme darauf an, die Mehrheit für den Nachrüstungsbeschluß auf dem Parteitag so klein wie möglich zu halten.

Weitergehend hat es noch „außerparlamentarische" Aktivitäten zum Parteitag gegeben: neben der genannten Podiumsdiskussion gab es auf Initiative der Russel Peace Initiative Köln einen offenen Brief an die Delegierten des Landesparteitags, der von Betriebsräten und Vertrauensleuten (u.a. vom 1. Bevollmächtigten der IGM Köln), sowie von zahlreichen Juso-Funktionären unterzeichnet wurde. In dem Brief werden die Delegierten aufgefordert, den Nachrüstungsbeschluß zu verhindern. „Wir sind der Meinung, daß weder die Völker West- noch Osteuropas ein Interesse haben können, ihre Länder zum Schauplatz eines Atomkriegs der beiden Supermächte werden zu lassen. Der Verzicht könnte ein erster Schritt für eine Bewegung für ein atomwaffenfreies Europa werden."

Die Grünen weiter gegen Wahlbündnisse

Ein Beschluß, den man nicht unbedingt schlucken muß

hdm. Am 20.6. hat die Landesmitgliederversammlung der Grünen in Hessen beschlossen, sich an den Landtagswahlen im Herbst nächsten Jahres als „Die Grünen" zu beteiligen. Die Listen, mit denen sie dazu antreten, sollen „offen" sein für Leute, die ihr Programm anerkennen und in keiner anderen Organisation Mitglied sind.

Damit setzen die Grünen den Kurs fort, den sie schon in der Vorbereitung der hessischen Kommunalwahlen eingeschlagen hatten und den sie dort auch im wesentlichen erfolgreich durchsetzen konnten: gegen unabhängige demokratische Wahlbündnisse die eigene Partei als ausreichende Plattform der Sammlung aller gegen die Politik der bürgerlichen Parteien gerichteten Bewegungen durchzudrücken.

Der Wahlerfolg hat diesen Kurs anscheinend bestätigt. Ebenso solche Ereignisse wie in Kassel, wo ohne die fünf Mandate der Grünen in der Stadtverordnetenversammlung die Wiederwahl des SPD-Oberbürgermeisters Eichelt fraglich gewesen wäre und den Grünen überdies eine Vereinbarung mit der SPD gelungen ist, die für einige seit längerem geführte Kämpfe fraglos eine

mentsmandate, durch die verschiedene Kämpfe unterstützt werden könnten, hinauszukommen.

Dennoch läßt sich schwer übersehen, daß die Frontbildung gegen die Politik der bürgerlichen Parteien, die sich unzweifelhaft in dem Wahlerfolg der Grünen im März ausgedrückt hat, politisch hauptsächlich auf Kosten der antikapitalistischen und teilweise auch bereits bewußt revolutionären Richtung, die diese Frontbildung hat, gegangen ist.

In der Vorbereitung der Landtagswahlen, die spätestens im nächsten Frühjahr beginnen wird, sind die Bedingung für die Wiederholung dieses bestimmten, durchaus zweischneidigen Wahlerfolgs, von vornherein etwas anders. Bis dahin wird das Ergebnis des Volksbegehrens gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens feststehen, ein Erfolg dieses Volksbegehrens, in dem es zunächst nur um den Frankfurter Flughafen, der Sache nach jedoch um die Linie der Verkehrs- und Strukturpolitik und durchaus auch um die Frage der Entwicklungsrichtung der Gesellschaft insgesamt geht, wird die Frage nach den parlamentarischen Hebeln für eine solche, gegen den Kapitalismus gerichtete Politik aufwerfen – schon jetzt ist nicht abzusehen, wie die Gewerkschaften für das Volksbegehren gewonnen werden sollen, wenn lediglich klar ist, daß ein Erfolg des Volksbegehrens, für den ihre Unterstützung den Ausschlag geben würde, das Ende der jetzigen SPD/FDP-Landesregierung bedeutet, ohne daß eine positive Perspektive, die offensichtlich nicht in einer CDU geführten Landesregierung bestehen kann, sichtbar ist.

Überdies mag auch das Westberliner Wahlergebnis, das praktisch bewiesen hat, daß ein gegen die bürgerlichen Parteien gerichtetes Wahlbündnis nicht zwangsläufig „Grün" sein muß, die hessischen Grünen zu dem mehr als eiligen Beschluß zu den Landtagswahlen bewegt haben. – Insgesamt also wenig Anlaß, die mit diesem Beschluß beabsichtigte Kursfestlegung für die Landtagswahlen einfach zu schlucken.

gis.Köln. Wie erwartet, wurde Johannes Rau auf dem Landesparteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen, mit 300000 Mitgliedern größter Landesverband der SPD, mit großer Mehrheit wiedergewählt. Mit 92,4% der Stimmen wurde er als Landesvorsitzender bestätigt, wenn auch mit kleinen Kratzern.

Jedenfalls konnte die Beschlußvorlage des SPD-Landesvorstands zur Friedens- und Sicherheitspolitik erst gar nicht in ihrer ursprünglichen Fassung zur Abstimmung gestellt werden, weil sie von vorneherein als „nicht mehrheitsfähig" galt. Die Beschlußvorlage hatte die uneingeschränkte Unterstützung der NRW-SPD für die Politik Helmut Schmidts erklären sollen und eine Bekräftigung des NATO-Doppelbeschlusses. Was dann mehrheitsfähig war und von 90% der Delegierten verabschiedet wurde, ist jedoch auch eine solche Bestätigung, nur mit einer deutlicheren Betonung auf dem Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses: „Die SPD ist mit weiten Teilen der Bevölkerung besorgt über die bislang unklare amerikanische Haltung; sind die USA zu baldigen Verhandlungen mit der UdSSR bereit oder wollen sie – möglicherweise auch durch die vorherige Stationierung der neuen Waf-

der Beschlußvorlage des Landesvorstands zugestimmt, wobei von vorneherein klar war, daß auf dem Parteitag eine Mehrheit gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß nicht zustande kommen würde. So hatte MdB Meinicke, einer der Unterzeichner des Bielefelder Appells, auf einer Podiumsdiskussion mit Rudolf Bahro u.a. am Vorabend des Parteitags erklärt, es käme darauf an, die Mehrheit für den Nachrüstungsbeschluß auf dem Parteitag so klein wie möglich zu halten.

Weitergehend hat es noch „außerparlamentarische" Aktivitäten zum Parteitag gegeben: neben der genannten Podiumsdiskussion gab es auf Initiative der Russel Peace Initiative Köln einen offenen Brief an die Delegierten des Landesparteitags, der von Betriebsräten und Vertrauensleuten (u.a. vom 1. Bevollmächtigten der IGM Köln), sowie von zahlreichen Juso-Funktionären unterzeichnet wurde. In dem Brief werden die Delegierten aufgefordert, den Nachrüstungsbeschluß zu verhindern. „Wir sind der Meinung, daß weder die Völker West- noch Osteuropas ein Interesse haben können, ihre Länder zum Schauplatz eines Atomkriegs der beiden Supermächte werden zu lassen. Der Verzicht könnte ein erster Schritt für eine Bewe-

Veranstaltungen

Dortmund
Arbeitskonferenz zur Wohnungsfrage, KBW und Vereinigung für revolutionäre Volksbildung
Dortmund, KBW-Büro, Kaiserstraße 27a, **Dienstag, 7.7., 19.30 Uhr**

Diskussionsveranstaltung: „Stellung zum drohenden Krieg und Kampf dagegen", Kommunismus und Klassenkampf 6/81
Dortmund, genauer Ort wird noch bekanntgegeben, **Freitag, 10. Juli, 19.30 Uhr**

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch für den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Majdanek-Prozeß:

Einmal lebenslang, 7 Haftstrafen, ein Freispruch

Proteste gegen die milden Urteile im längsten NS-Verbrecherprozeß / von Günther Kruse

Im Namen des Volkes soll das Urteil gesprochen werden. Damit es das Gericht in ruhiger Atomsphäre, ohne den zu erwartenden Protest gegen niedrige Urteile, sprechen kann, sind umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen für den Majdanek-Prozeß im Düsseldorfer Landgericht angekündigt. Das Urteil soll in Saal 111 gesprochen werden, dem Saal, in dem die Verhandlungen ebenfalls stattgefunden haben. Neben den Prozeßbeteiligten und der diesmal zahlreich anwesenden Presse, faßt der Saal noch knapp 80 Menschen, er ist viel zu klein für die wenigstens 200 Menschen, die vor dem Tor auf Einlaß warten. Es sind viele Antifaschisten dabei, die zuletzt auch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit geleistet hatten, um den Prozeß nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Es sind Ausländer dabei, aus Holland, aus der Schweiz, darunter ein ehemaliger KZ-Häftling in Häftlingskleidung. Weniger Anhänger der Angeklagten, die während des Prozesses oftmals das Bild auf den Zuschauerplätzen bestimmt hatten.

Die Zuschauer müssen durch den Innenhof des Gerichtsgebäudes. Dieser aber ist nur durch ein Tor, mit Eisengittern verschlossen, zu erreichen. Die ersten Zuschauer warten seit etwa 6 Uhr auf Einlaß, kurz vor 9 Uhr fertigt die Polizei die ersten – wie Tiere ab: Ein Tor wird, gesichert durch Ketten, einen Spalt weit geöffnet, so daß man gerade alleine hindurchschlüpfen kann. Jeweils vier bis fünf Besucher werden hindurchgelassen, dann verriegeln die 6 Polizeibeamte es wieder. Hinter dem Tor erste Ausweiskontrolle, dann werden in zwei Kabinen, nach Männern und Frauen getrennt, jeder



Am Abend vor der Urteilsverkündung: ein ehemaliger KZ-Häftling nimmt in Anstaltskleidung an der Protestaktion vor dem Düsseldorfer Landgericht teil.

einzeln abgetastet, evtl. vorhandene Taschen werden untersucht und Fotoapparate müssen abgegeben werden.

Hinter dem Tor erste Ausweiskontrolle, dann werden in zwei Kabinen, nach Männern und Frauen getrennt, jeder



Am Abend vor der Urteilsverkündung: ein ehemaliger KZ-Häftling nimmt in Anstaltskleidung an der Protestaktion vor dem Düsseldorfer Landgericht teil.

einzeln abgetastet, evtl. vorhandene Taschen werden untersucht und Fotoapparate müssen abgegeben werden.

Schließlich: Die Personalien werden sorgfältig aufgenommen, vermutlich, so muß man annehmen, um bei angedrohten Auseinandersetzungen im Gerichtssaal für Strafmaßnahmen gleich die notwendigen Personalangaben zu haben. Die Prozedur ist entwürdigend.

Im Gerichtssaal, der mit dem Kreuz an der Stirnseite eher einem Kirchenraum ähnelt, wird sorgfältig darüber gewacht, daß alle Plätze besetzt sind, wird etwas frei, darauf weist der Vorsitzende Richter Bogen nochmals hin, muß sofort ein weiterer Zuschauer eingelassen werden. Der Strafprozeßordnung ist damit Genüge getan. Es sind soviele Zuschauer einzulassen, wie Plätze vorhanden sind. Aber vor den Zuschauerreihen hat sich eine Reihe von Gerichtsdienern postiert. Um 9.45 Uhr dann betritt der Vorsitzende Richter den Verhandlungssaal. Bogen gibt den Fotoreportern noch kurze Zeit, dann fordert er sie zum Gehen auf. so kann er dann schließlich erklären: „Hiermit wird die letzte Sitzung in der Hauptsache gegen Hackmann u.a.“ eröffnet. Es ist der letzte Verhandlungstag in dem nicht nur längsten Strafverfahren gegen NS-Verbrechen, sondern sogar längsten Strafverfahren in der Rechtsgeschichte der Bundesrepublik überhaupt. Fünf Jahre und sieben Monate hatte die Düsseldorfer Schwurgerichtskammer verhandelt, ehe jetzt die Urteile gesprochen wurden.

Und diese Urteile sind bemerkenswert niedrig: Nur einmal sprach die Kammer „lebenslänglich“ aus, Hermine Ryan (im Lager „Die Stute“ genannt) wurde für schuldig befunden des Mordes in zwei Fällen. Der Staatsanwalt hatte dreimal lebenslang gefordert. Alle übrigen Angeklagten wurden nur wegen Beihilfe zum Mord verurteilt; in Klammer jeweils der Strafantrag des Staatsanwalts: Hildegard Lächert, die blutige Brygida, zu zwölf Jahren (achtmal lebenslang), Hermann Hackmann, stellvertretender Lagerkommandant, zu zehn Jahren (zweimal lebenslang), Emil Laurich zu acht Jahren (fünfmal lebenslang), Heinz Villain zu sechs Jahren (zehn Jahre), vier Jahre für Fritz Petrick (zweimal lebenslang), Arnold Strippel erhielt dreieinhalb Jahr (sechs Jahre), Thomas Ellwanger, wie die anderen wegen Beihilfe zum Mord, wurde zu drei Jahren Haft (fünf Jahre) verurteilt. Groffmann schließlich wurde, entsprechend auch dem Antrag der Staatsanwaltschaft, freigesprochen. Es war damit der fünfte Freispruch im Laufe des Prozesses.

Die Urteile lösten nicht nur im Zuschauerraum, sondern auch auf der Straße vor dem Gerichtsgebäude und bei vielen Betroffenen, heftigen Protest aus. „Beleidigung der Opfer“, „Das ist ein Skandal“, „In meinem Namen ist dies Urteil nicht“ waren einige Zwischenrufe, aber es ertönte auch der Ruf: „Sie haben doch selbst gezittert, Sie sind doch selbst nicht

test aus. „Beleidigung der Opfer“, „Das ist ein Skandal“, „In meinem Namen ist dies Urteil nicht“ waren ei-

glücklich“ zu Richter Bogen, der bleich und mit schwacher, zitternder Stimme die Urteile verlas. Was tatsächlich hinter dem Punkt „Beihilfe zum Mord“ steckt, läßt sich am besten anhand der Begründung der Urteile, z.B. gegen den stellvertretenden Kommandanten des Lagers, Hackmann, erkennen.

Im Lager grassierte im Juni/Juli 1943 das Fleckfieber. Das Reichssicherheitshauptamt gab den Befehl, daß zum Zwecke der Eindämmung der Seuche alle vom Fleckfieber befallenen Gefangenen liquidiert werden sollten. Hackmann sollte diesen Befehl ausführen, er war, nach aller Erkenntnis des Gerichts, mit diesem Befehl auch vollinhaltlich einverstanden, er war schließlich auch als einer der „brutalsten Lagerkommandanten“ bekannt. Hackmann ließ zwei Massengräber ausheben, drei mal drei Meter und auch etwa drei Meter tief, der ebenfalls angeklagte Ellwanger war zur Unterstützung der gesamten Aktion eingeteilt und also auch bei den Ausgrabungsarbeiten beteiligt. Einige Tage später wurden dann mindestens 100 Gefangene von Fleckfieber befallen, wobei hierzu schon alle zählten, die überhaupt Fieber hatten, auf zwei alte klapprige LKW getrieben. Einige russische Kriegsgefangene kamen hinzu. Die LKWs fuhren an die Grube, dort mußten die Gefangenen von dem russischen Kommando einzeln vom Wagen in die Grube gestoßen werden. Auf Häftlinge, die dann noch lebten, schoß das am Rande stehende Exekutionskommando.

Als erwiesen sieht das Gericht an, daß zumindest am zweiten Tag Hackmann selbst kommandoführender Offizier war und geschossen hat. Die russischen Gefangenen mußten am Ende ungelöschten Kalk, der auf den LKWs mitgebracht wurde, auf die Toten streuen und dann alles mit der ausgehobenen Erde abdecken. Am zweiten Tag wurden die sechs Russen, bevor sie mit dem Abdecken fertig waren, als unliebsame Zeugen selber erschossen. Auch hier war Hackmann direkt beteiligt. Als „für einen normalen Menschen kaum vorstellbare Brutalität des Geschehens“ charakterisiert Bogen das, woran auch Ellwanger aktiv beteiligt war – und dennoch lautet das Urteil nur auf „Beihilfe zum Mord“ und zehn Jahre Gefängnis für Hackmann, drei Jahre für Ellwanger. Das hier Beschriebene sind nicht etwa einfach Zeugenaussagen, die von seiten des Gerichts evtl. bestritten werden könnten, nein, es ist das, was das Gericht als „wahr erkannt hat“ und das, obwohl es in *allen* Zweifelsfällen zugunsten der Angeklagten entschieden hat. Und der Vorsitzende Richter weist mehrmals darauf hin, daß die Verbrechen für menschliche Vorstellung kaum faßbar seien.

„Beihilfe zum Mord“: Seit höchstrichterlicher Rechtsprechung durch den Bundesgerichtshof in den fünfziger Jahren fällt darunter auch Mord, sofern er im Auftrag z.B. einer Organisation durchgeführt wurde. Nur wer die Tat als *eigene will*, begeht Mord. Im damals vom BGH aufgehobenen Mordurteil ging es darum, einen KGB-Agenten mit einem milderen Urteil zu bestechen. Bei dem Majdanek-Prozeß sollen die Angeklagten so milde wie möglich beurteilt werden. Denn selbst nach dem Strafrecht ist die Tat eines Hackmann offensichtlich auch als Mord zu bewerten. Die Plädoyers des Staatsanwalts beweisen dies. Das Ergebnis: Für Ellwanger kommt die niedrigste Freiheitsstrafe von drei Jahren heraus. Man fühlt sich zum Vergleich unwillkürlich an Urteile erinnert wie an die 22 Monate für Rechtsanwalt Härdle wegen Landfriedensbruch und Falschaussage. Oder an die sieben Jahre Haft gegen den Krankenpfleger Reinhard Böse wegen angeblichen siebenfachen Totschlags.

Die Urteile sind in ihrer Niedrigkeit ein Skandal. Sie sind auch nicht mit dem Hinweis zu rechtfertigen, es handle sich nur um ausführende Personen, die politisch Verandtwortlichen müß-

Vorsitzende Richter weist mehrmals darauf hin, daß die Verbrechen für menschliche Vorstellung kaum faßbar seien.

„Beihilfe zum Mord“: Seit höchstrichterlicher Rechtsprechung durch den Bundesgerichtshof in den fünfziger Jahren fällt darunter auch Mord, sofern er im Auftrag z.B. einer Organisation durchgeführt wurde. Nur wer die Tat als *eigene will*, begeht Mord. Im damals vom BGH aufgehobenen Mordurteil ging es darum, einen KGB-Agenten mit einem milderen Urteil zu bestechen. Bei dem Majdanek-Prozeß sollen die Angeklagten so milde wie möglich beurteilt werden. Denn selbst nach dem Strafrecht ist die Tat eines Hackmann offensichtlich auch als Mord zu bewerten. Die Plädoyers des Staatsanwalts beweisen dies. Das Ergebnis: Für Ellwanger kommt die niedrigste Freiheitsstrafe von drei Jahren heraus. Man fühlt sich zum Vergleich unwillkürlich an Urteile erinnert wie an die 22 Monate für Rechtsanwalt Härdle wegen Landfriedensbruch und Falschaussage. Oder an die sieben Jahre Haft gegen den Krankenpfleger Reinhard Böse wegen angeblichen siebenfachen Totschlags.

Die Urteile sind in ihrer Niedrigkeit ein Skandal. Sie sind auch nicht mit dem Hinweis zu rechtfertigen, es handle sich nur um ausführende Personen, die politisch Verandtwortlichen müß-

ten woanders gesucht werden. Ganz offensichtlich stimmt dies auch nicht bei stellvertretendem Lagerleiter, bei Hermine Ryan, die praktisch zweite in der Hierarchie der weiblichen Lageraufseher war. Wiewohl es zweifellos auch schwerlich möglich ist, diese gesamten Verbrechen, die in den Konzentrationslagern begangen wurden, überhaupt mit etwas zu vergleichen. Akribisch zeichnet das Gericht die Stellung der Nazis zu den Juden nach, von programmatischen Festlegungen im Programm der NSDAP Ende der 20er Jahre bis zum endgültigen Befehl zur „Endlösung der Judenfrage“ nach dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion. Da wird in der Urteilsbegründung die Entstehung und die Aufgaben der SS geschildert und es wird schließlich der Aufbau des Lagers Majdanek, mit „Bad“ und „Rosengarten“ (wo die Vergasungen stattfanden) genauestens erläutert. Eine Skizze des Lagers selber befindet sich an der Stirnseite, links, in dem Verhandlungsraum. Aber wird damit das Verbrechen in seinem Zusammenhang verstehbar, so daß auch Konsequenzen gezogen werden können? Bleibt es nicht vielmehr auf der Ebene eines Grauen erregenden Vorfalls? Wie soll man es überhaupt noch messen, wenn Bogen in der Urteilsbegründung darauf hinweist, daß fünf Millionen Juden (in Wahrheit sechs Millionen, gkr) das Dritte Reich nicht überlebt haben, daß mehr als die Hälfte davon in Konzentrations- und Vernichtungslagern liquidiert worden ist. Und mit der gleichen, monotonen Stimme trägt er vor, daß in Majdanek die Vernichtungen vorübergehend waren und insgesamt gering. Immerhin etwa 250000 Menschen sind dort nicht mehr lebend herausgekommen, sie wurden zwischen Ende 1941 und Anfang 1944 liquidiert.

Offensichtlich gibt es zwei Probleme bei der Verfolgung der Nazi-Verbrechen: Wie ist derartigen, praktisch nicht mehr faßbaren Größenordnungen, überhaupt strafrechtlich beizukommen? Und: Was für Möglichkeiten ergeben sich aus der Dauer des Prozesses, vor allem aber, daß er erst 35 Jahre nach den Taten selbst stattfindet.

Zum ersten: Eine angemessene Bestrafung kann es sicher nicht geben. Sie hat immer einen stark symbolhaften Charakter. Eine Aufarbeitung, so daß die Gründe einsehbar und daher auch bekämpfbar werden, ist eine politische Aufgabe. Sie kann in einem Strafverfahren höchstens teilweise geschehen. Es bleibt auch so ein offensichtliches Mißverhältnis zwischen dem, was in Majdanek passiert ist, und dem, was in die Beweiswürdigung Eingang gefunden hat, wie es Richter Bogen in seiner Urteilsbegründung selbst feststellt. Insgesamt betrachtet, so stellt er fest, sei nach 35 Jahren ein Strafverfahren auf Zeugenbasis nicht mehr möglich. Der Tadel an die Justiz ist höchstens reichlich versteckt: Vor 10 bis 15 Jahren

die Vernichtungen vorübergehend waren und insgesamt gering. Immerhin etwa 250000 Menschen sind dort nicht mehr lebend herausgekommen, sie wurden zwischen Ende 1941 und Anfang 1944 liquidiert.

Offensichtlich gibt es zwei Probleme bei der Verfolgung der Nazi-Verbrechen: Wie ist derartigen, praktisch nicht mehr faßbaren Größenordnungen, überhaupt strafrechtlich beizukommen? Und: Was für Möglichkeiten ergeben sich aus der Dauer des Prozesses, vor allem aber, daß er erst 35 Jahre nach den Taten selbst stattfindet.

Zum ersten: Eine angemessene Bestrafung kann es sicher nicht geben. Sie hat immer einen stark symbolhaften Charakter. Eine Aufarbeitung, so daß die Gründe einsehbar und daher auch bekämpfbar werden, ist eine politische Aufgabe. Sie kann in einem Strafverfahren höchstens teilweise geschehen. Es bleibt auch so ein offensichtliches Mißverhältnis zwischen dem, was in Majdanek passiert ist, und dem, was in die Beweiswürdigung Eingang gefunden hat, wie es Richter Bogen in seiner Urteilsbegründung selbst feststellt. Insgesamt betrachtet, so stellt er fest, sei nach 35 Jahren ein Strafverfahren auf Zeugenbasis nicht mehr möglich. Der Tadel an die Justiz ist höchstens reichlich versteckt: Vor 10 bis 15 Jahren

hätte ein wesentlich klareres Bild gewonnen werden können. Tatsächlich aber wurden die Verfahren über Jahre, ja Jahrzehnte hinaus durch das Verhalten der Justizbehörden verzögert. Die Regierung Adenauer hatte noch 1960 verhindert, daß, wie von der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von Nazi-Verbrechen vorgeschlagen, die polnischen Archive an Ort und Stelle systematisch ausgewertet wurden. Erst 1964 erteilte sie hierfür die Genehmigung, was dann umgehend auch geschah. Immerhin gibt es nach wie vor in diesem Justizapparat Teile, die im Nationalsozialismus aufgewachsen sind und die ihm nach wie vor nahe stehen. Bundesverfassungsrichter Hirsch hat in der Debatte um das Berliner Urteil, die Verurteilung Van der Lubbes nicht aufzuheben, erst vor kurzem noch einmal darauf hingewiesen und heftig kritisiert, daß gegen die Richter der Nazi-Herrschaft, die erwiesenermaßen politische Terrorurteile gefällt hatten, keine Verfahren eingeleitet wurden.

Aber es war nicht nur die Zeit, die es erschwert hatte, sich ein Bild zu machen. Bogen läßt keinen Zweifel daran, daß die Vernehmung der Mitangeklagten für die Aufklärung der Verbrechen wenig nützlich war, weil sie nicht die Wahrheit gesagt hatten und sich gegenseitig schützen wollten, so wie Ellwanger die oben geschilderten Vorgänge bei der Ermordung von mit Fleckfieber befallenen Häftlingen im Gegensatz zu seiner früheren Aussage 1974 jetzt verharmlosen will. Oder das übrige SS-Wachpersonal, das als Zeugen vernommen wurde. Sie hätten fast alle in unvertretbarer Weise ihr Wissen hinter Nichtwissen verborgen. Im Gegensatz dazu hätten die Zeugen, die aus den Reihen der Häftlinge stammten, versucht, sich tatsächlich an die grauenhaften Vorgänge zu erinnern. Und dabei aber in aller Regel auch Einschränkungen gemacht, wenn sie sich nicht mehr sicher waren. Was er zwar in der Urteilsverkündung auch kritisierend erwähnt hat, was er aber immer wieder durchgehen hat lassen, ist das Verhalten eines Teils der Verteidiger gewesen, die mit ihrer offen zu Schau getragenen Nazigesinnung häufig das Bild dieses Prozesses bestimmt hatten. Und für viele Verzögerungen im Prozeßverlauf verantwortlich waren.

Wenn der Majdanek-Prozeß voraussichtlich der längste NS-Prozeß bleiben wird, der letzte bleibt er sicher nicht. Rückerl, Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung der NS-Verbrechen, teilte erst vor kurzem mit, daß Anfang des Jahres noch Verfahren gegen 2251 Personen geführt wurden, alles Verfahren wegen Mord oder Beihilfe zum Mord, denn die übrigen Straftaten sind mittlerweile schon verjährt. Hinzu kommen noch 151 Vorermittlungsverfahren. Diese Verfahren beträfen Einzeltäter, so Rückerl, große Komplexe, wie zuletzt etwa das Verfahren wegen der Deportation von Juden aus Frankreich oder eben auch der Majdanek-Prozeß, befänden sich nicht

vernommen wurde. Sie hätten fast alle in unvertretbarer Weise ihr Wissen hinter Nichtwissen verborgen. Im Gegensatz dazu hätten die Zeugen, die aus den Reihen der Häftlinge stammten, versucht, sich tatsächlich an die grauenhaften Vorgänge zu erinnern. Und dabei aber in aller Regel auch Einschränkungen gemacht, wenn sie sich nicht mehr sicher waren. Was er zwar in der Urteilsverkündung auch kritisierend erwähnt hat, was er aber immer wieder durchgehen hat lassen, ist das Verhalten eines Teils der Verteidiger gewesen, die mit ihrer offen zu Schau getragenen Nazigesinnung häufig das Bild dieses Prozesses bestimmt hatten. Und für viele Verzögerungen im Prozeßverlauf verantwortlich waren.

Wenn der Majdanek-Prozeß voraussichtlich der längste NS-Prozeß bleiben wird, der letzte bleibt er sicher nicht. Rückerl, Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung der NS-Verbrechen, teilte erst vor kurzem mit, daß Anfang des Jahres noch Verfahren gegen 2251 Personen geführt wurden, alles Verfahren wegen Mord oder Beihilfe zum Mord, denn die übrigen Straftaten sind mittlerweile schon verjährt. Hinzu kommen noch 151 Vorermittlungsverfahren. Diese Verfahren beträfen Einzeltäter, so Rückerl, große Komplexe, wie zuletzt etwa das Verfahren wegen der Deportation von Juden aus Frankreich oder eben auch der Majdanek-Prozeß, befänden sich nicht

mehr darunter.

Josefine Jürgens, Bundesverdienstorden und „Stille Hilfe“

gkr. Frau Josefine Jürgens erhielt am 22. Mai vom Bundespräsidenten den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Für ihre „aufopferungsvolle Arbeit“ an Strafgefangenen. Sie betreut im Auftrag der „Stillen Hilfe“ vorwiegend verurteilte oder angeklagte Naziverbrecher. So auch Hermine Ryan oder deren Mann und Kinder. Bei der Urteilsverkündung ist sie auch anwesend, sitzt neben dem Mann der Frau, die als einzige zu lebenslänglich verurteilt wurde. Sie teilt die Auffassungen der Angeklagten, die in ihren eigenen Einlassungen mit einer Ausnahme sich frei von jeder Schuld gesprochen haben, die in ihren Vorwürfen gegen die Zeugen zeigen, daß sie noch heute Gedankengut der Nazis vertreten. In der Prozeßpause wird sie heftig angegriffen, nur wenige verteidigen sie, und auch das nur, weil offensichtlich nichts bekannt ist z.B. über ihren Brief an den Landgerichtspräsidenten in Düsseldorf. Darin beschuldigt sie Richter Bogen, er habe sich „von Terroristen zwingen lassen“, die vier Hauptangeklagten Ryan-Braunsteiner, Lächert, Laurich und Hackmann einzusperren. Wen sie mit „Terroristen“ meinte, das sagte Frau Jürgens deutlich: „Frau Klarsfeld mit Kommunisten und Juden.“

Im folgenden einige Auszüge aus einem Bericht von J. Pomerin über die „Stille Hilfe“, entnommen aus „Alarm“, Zeitschrift für antifaschistische Nachrichten:

Wir sitzen in der Kantine des Düsseldorfer Schwurgerichts: der 48jährige Ingenieur Janzen aus Wuppertal, Frau Jürgens und Frau Dietrich, drei unverbesserliche Nazianhänger.

„Seit dem Prozeßbeginn vor fünf Jahren sind wir ständig hier. Wir haben die Angeklagten betreut, ihnen Mut gemacht, ihre Familien und sie selbst versorgt.“ Frau Dietrich spricht gelassen aus, was weder Geschworenen noch Prozeßbeobachtern bekannt ist. Eine Organisation steht hinter den Angeklagten: die „Stille Hilfe“.

Nach und nach erfahre ich, welches umfangreiche Netz an Unterstützung den angeklagten Nazimördern zur Verfügung steht. Die Angeklagten erhalten zu Weihnachten und Ostern Päckchen. Wenn sie oder ihre Familien Bargeld brauchen, werden Summen bis in die Tausende bereitgestellt. Damit sie nicht „umfallen“ und Geständnisse ablegen, werden die Angeklagten mehrmals in der Woche von Vertretern der „Stillen Hilfe“ besucht und aufgemuntert.

Als Privatpersonen versuchen die Betreuer, die Berichterstattung über die Prozesse durch Leserbriefe an die Tageszeitungen zu beeinflussen. Sie reden in den Pausen im Gericht mit Zuschauern, Schulklassen und Lehrern und versuchen, Verständnis für die NS-Mörder zu wecken. Auch Richter, Staatsanwälte und Politiker sollen beeinflußt werden. Frau Jürgens: „Zu Weihnachten habe ich allen einen Gedichtband zugeschickt. Natürlich habe ich etwas zum Majdanek-Prozeß im Begleitbrief geschrieben und sie gebeten, milde zu den Angeklagten zu sein.“

Derartige Bittbriefe hatten mitunter Erfolg. Voller Stolz erzählte Frau Jürgens, daß auf ihr Drängen hin SPD-Parteivorstandsmitglied Wischnewski sich für den Nazimörder Windisch eingesetzt hat und für ihn Hafturlaub erwirkte.

Die Liste der Unterstützer der Nazihilfsorganisation ist lang und enthält brisante Namen. Da würdigt die Westdeutsche Landesbank in Düsseldorf die „segensreiche Tätigkeit“ von Frau Jürgens. Die Geschäftsleitung bietet an, in der Bank kostenlos ihre Materialien zu kopieren.

Als Frau Jürgens meine Verwunderung merkt, winkt sie lässig ab: „Das ist noch gar nichts. Der ehemalige Chef der Landesbank hat uns mal 5000 DM gespendet.“ – Der ehemalige Chef ist kein anderer als Ludwig Poullain, der sich zur Zeit wegen Betrugs vor Gericht verantworten muß.

Wahlergebnisse in Israel

chm. Bis Redaktionsschluß am Mittwoch Mittag war noch nicht klar, wie die zukünftige israelische Regierung aussehen wird. Die letzten Hochrechnungen hatten eine Mehrheit von einem Sitz für die Arbeitspartei im Vergleich zur Herutpartei, größte Partei des regierende Likudblocks, ergeben: 49:48. (1977 war das Ergebnis 32:43 gewesen.) Wie die kleineren Parteien abgeschnitten haben, war noch nicht genau erfaßt, auf jeden Fall haben sie einige Verluste erlitten zugunsten der beiden großen. So soll z.B. die Nationalreligiöse Partei des Innenministers Burg von 12 auf 6 Sitze herabgesunken sein. Das geht auch auf Rechnung des ehemaligen Religionsministers Abuhatzeira, der sich von den Nationalreligiösen abgespalten und mit einer eigenen Liste kandidiert hatte, die 1–2 Sitze erhalten wird. Während die rechtszionistischen Parteien, die jetzt den Likudblock bilden, erklärt haben, sie seien bereit, die Koalition fortzusetzen, ist es für die linkszionistische Arbeiterpartei schwierig: Will sie einen Koalitionspartner haben, so muß sie versuchen, mit der kommunistischen Partei, Rakah, die wieder 5 Sitze hat, zu koalieren, weil Sheli, bekannt durch seinen einzigen Abgeordneten Uri Avenry in der Knesset, nur einen Sitz wieder erhält, und der neugegründeten Shinui-Partei auch nur ein Sitz vorausgesagt wird. Innenminister Burg hat schon mit der Möglichkeit einer großen Koalition oder gar von Neuwahlen gewunken.

Belagerung von Zahle aufgehoben

chm. Die Truppen der Arabischen Abschreckungsstreitkräfte, FAD, sollen die Belagerung der ostlibanesischen Stadt Zahle aufgeben. In die Stadt ziehen Einheiten der libanesischen Gendarmerie ein. Zur gleichen Zeit werden die christlichen Milizen der libanesischen Front die Berge um Zahle herum evakuieren und aus der Stadt abziehen. Die Belagerung Zahles begann vor etwa drei Monaten. Damit wollte Syrien, deren Soldaten die Mehrheit der FAD stellen, verhindern, daß die Milizen eine Straße von Zahle in den Süden treiben und damit eine direkte Verbindung zu den Haddad-Milizen herstellen, die direkt im Solde Israels stehen. Mit dieser Straße wäre auch die Verbindung zwischen Beirut und Damaskus gekappt.

Angriff der FMLN gegen den Hafen La Union

sz/m. Die salvadorianische Befreiungsfront FMLN hat mehrere militärische Angriffe gegen die Hafenstadt La Union im Südosten des Landes gestartet.

Belagerung von Zahle aufgehoben

chm. Die Truppen der Arabischen Abschreckungsstreitkräfte, FAD, sollen die Belagerung der ostlibanesischen Stadt Zahle aufgeben. In die Stadt ziehen Einheiten der libanesischen Gendarmerie ein. Zur gleichen Zeit werden die christlichen Milizen der libanesischen Front die Berge um Zahle herum evakuieren und aus der Stadt abziehen. Die Belagerung Zahles begann vor etwa drei Monaten. Damit wollte Syrien, deren Soldaten die Mehrheit der FAD stellen, verhindern, daß die Milizen eine Straße von Zahle in den Süden treiben und damit eine direkte Verbindung zu den Haddad-Milizen herstellen, die direkt im Solde Israels stehen. Mit dieser Straße wäre auch die Verbindung zwischen Beirut und Damaskus gekappt.

Angriff der FMLN gegen den Hafen La Union

sz/m. Die salvadorianische Befreiungsfront FMLN hat mehrere militärische Angriffe gegen die Hafenstadt La Union im Südosten des Landes gestartet.
La Union, das sowohl an Honduras als auch an Nicaragua grenzt, gilt als der wichtigste Stützpunkt der Seestreitkräfte der salvadorianischen Junta. Eine unbekannte Zahl von US-Militärberatern befinden sich ebenfalls dort. Die Patriotische Front in Honduras hat die Armee des Landes beschuldigt, die Militärjunta in El Salvador beim Kampf gegen die Opposition zu unterstützten, indem sie die Flüchtlinge gefangen nimmt und an sie ausliefert.

Neue Regierung in Italien gebildet

mah. Am vergangenen Sonntag hat der beauftragte Ministerpräsident Spadolini (Sekretär der Republikanischen Partei) eine neue Regierung unter Teilnahme der Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner und Liberalen gebildet. „Neu" scheint tatsächlich nur zu sein, daß der Ministerpräsident zum erstenmal kein Christdemokrat ist. Um so mehr Ministerposten hat sich die DC ergattern können (15 von 27). Dem von Spadolini vorgeschlagenen „Sozialpakt" zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten hat inzwischen der Generalsekretär der CGIL (des größten italienischen Gewerkschaftsverbandes) Lama, eine klare Absage erteilt; in einem Interview an die Tageszeitung „Republica" bekräftigte er außerdem die Entschlossenheit der Gewerkschaften zum Ausruf eines Generalstreiks, sollten die Kapitalisten das Abkommen von 1975 über die Auszahlung des Inflationsausgleichs in Festgeldbeträgen aufkündigen. Mit Verhandlungen versucht nun der neue Regierungschef die Kapitalisten zu einem Hinausschieben der angedrohten Aufkündigung zu bringen. Eine „harte Opposition" hat der neuen Regierung inwzischen auch die KPI angekündigt; sie wirft Spadolini vor, sich bei der Regierungsbildung der Jagd der Parteien und Mauscheleien der Parteifraktionen nach Ministersesseln unterworfen zu haben. Schon jetzt kursieren Spekulationen darüber, ob die neue Regierungskoalition das Jahr 1981 überhaupt überleben wird.

ZK der KP China wählte Hu Yaobang zum Vorsitzenden

lup. Die mehrmals verschobene Plenartagung des ZK der KP Chinas, die am 29. Juni zu Ende gegangen ist, wählte den bisherigen Generalsekretär Hu Yaobang zum neuen Parteivorsitzenden. Hua Guofeng, der auf der Plenarsitzung um seinen Rücktritt ersucht hatte, wurden Zeitungsberichten zufolge linke Fehler vor allem in der Wirtschaftspolitik und Duldung von Personenkult unmittelbar im Anschluß an den Sturz der Viererbande vorgeworfen. Das Amt des Vorsitzenden der Militärkommission, das früher mit dem Parteivorsitz verbunden war, nimmt nun Deng Xiaping wahr. Das ZK verabschiedete ferner eine Resulution zur Einschätzung der Politik der Partei in den letzten 32 Jahren seit Gründung der VR China, die am 1. Juli anläßlich des 60. Gründungstages der KP Chinas veröffentlich werden soll. Das Dokument soll, wie es in Zeitungsberichten

nach Ministersesseln unterworfen zu haben. Schon jetzt kursieren Spekulationen darüber, ob die neue Regierungskoalition das Jahr 1981 überhaupt überleben wird.

ZK der KP China wählte Hu Yaobang zum Vorsitzenden

lup. Die mehrmals verschobene Plenartagung des ZK der KP Chinas, die am 29. Juni zu Ende gegangen ist, wählte den bisherigen Generalsekretär Hu Yaobang zum neuen Parteivorsitzenden. Hua Guofeng, der auf der Plenarsitzung um seinen Rücktritt ersucht hatte, wurden Zeitungsberichten zufolge linke Fehler vor allem in der Wirtschaftspolitik und Duldung von Personenkult unmittelbar im Anschluß an den Sturz der Viererbande vorgeworfen. Das Amt des Vorsitzenden der Militärkommission, das früher mit dem Parteivorsitz verbunden war, nimmt nun Deng Xiaping wahr. Das ZK verabschiedete ferner eine Resulution zur Einschätzung der Politik der Partei in den letzten 32 Jahren seit Gründung der VR China, die am 1. Juli anläßlich des 60. Gründungstages der KP Chinas veröffentlich werden soll. Das Dokument soll, wie es in Zeitungsberichten
heißt, eine Beurteilung der subjektiven und objektiven Bedingungen, die zu folgenschweren Fehlentscheidungen wie der der Kulturrevolution geführt hätten, und eine Beurteilung der Verdienste und Fehler Mao Zedongs enthalten.

Das Mahnmal von Poznan ehrt die Kämpfer von 1956

Rund 150000 bei der Einweihung / Walesa fordert ein Ende der Verleumdungen

krk.Poznan. 74 Tote und über 300 Verletzte hatte die blutige Niederschlagung des Aufstandes von Poznan 1956 gekostet. Begonnen hatte der Aufstand mit einem Streik der Cegielski Maschinenfabrik gegen die angekündigte Erhöhung der Normen um 3,5%. Nach der Niederschlagung verhafteten Polizei und Miliz mehr als 700 Menschen, mißhandelte und folterte sie zum Teil. Letzte Woche jährte sich der Tag des Aufstands zum 25. Mal, rund 150000 Menschen aus allen Teilen Polens gedachten am Wochenende der Opfer und nahmen teil an der Einweihung eines Denkmals zu Ehren der Kämpfer und Gefallenen von 1956.

Die Bedingungen, unter denen diese Feier abgehalten wird, sind schwierig. Der Mangel ist überall in der Stadt augenscheinlich. Die Läden sind noch leerer, als im Winter. Vor den Kiosken Schlangen – Zigaretten gehören inzwischen auch zu den Mangelwaren. Für alles muß man Schlange stehen – eine ungeheure Verschwendung von privater und gesellschaftlicher Arbeitszeit, die sich allmählich als allgemeine Ermüdung bemerkbar macht. Vielleicht ist die Knappheit direkt geplant, das sagen heute viele. Wäre auch eine Methode, uns mürbe zu machen, sagt ein junger Arbeiter im Zug.

Die Feierlichkeiten, die drei Tage dauern, fangen mit einer wissenschaftlichen Konferenz in der Universität zur Geschichte des Aufstandes von 1956 an. Eine mit großer Sorgfalt zusammengestellte Dokumentation der Ereignisse wird veröffentlicht, im Solidarność-Büro drängeln sich die Interessenten nach ihr.

Am Freitagabend findet die erste Massenveranstaltung statt: Die Einweihung zweier Gedenktafeln vor den Cegielski-Werken. 20000 Menschen finden sich auf einer Wiese vor dem Werk ein. Vor den Mauern des Betriebes ist ein Gerüst aufgebaut, an beiden Seiten von Stahlplatten begrenzt, die zusammen ein Kreuz ergeben. Auf der Gedenktafel die bleibende, heute wie damals aktuelle Forderung der polnischen Arbeiter- und Volksbewegung: „Freiheit, Recht und Brot." Eingebettet in kirchliches Ritual findet ein Fahneneid statt. Die Einheit der Nation ist der einzige Weg, der in der bisherigen Geschichte Polens zum Sieg geführt hat, sagt der Krakauer Kardinal Macharski in seiner Ansprache.

Die Miliz steht an diesem Abend halb verschämt an den Ecken und in den Gassen; zahlreich anwesend zwar,

ein junger Arbeiter im Zug.

Die Feierlichkeiten, die drei Tage dauern, fangen mit einer wissenschaftlichen Konferenz in der Universität zur Geschichte des Aufstandes von 1956 an. Eine mit großer Sorgfalt zusammengestellte Dokumentation der Ereignisse wird veröffentlicht, im Solidarność-Büro drängeln sich die Interessenten nach ihr.

Am Freitagabend findet die erste Massenveranstaltung statt: Die Einweihung zweier Gedenktafeln vor den Cegielski-Werken. 20000 Menschen finden sich auf einer Wiese vor dem Werk ein. Vor den Mauern des Betriebes ist ein Gerüst aufgebaut, an beiden Seiten von Stahlplatten begrenzt, die zusammen ein Kreuz ergeben. Auf der Gedenktafel die bleibende, heute wie damals aktuelle Forderung der polnischen Arbeiter- und Volksbewegung: „Freiheit, Recht und Brot." Eingebettet in kirchliches Ritual findet ein Fahneneid statt. Die Einheit der Nation ist der einzige Weg, der in der bisherigen Geschichte Polens zum Sieg geführt hat, sagt der Krakauer Kardinal Macharski in seiner Ansprache.

Die Miliz steht an diesem Abend halb verschämt an den Ecken und in den Gassen; zahlreich anwesend zwar,
zahlreicher als im vergangenen Winter, doch peinlich bedacht, nicht zu provozieren. Es scheint den Milizionären lieber zu sein, in einem dunklen Hauseingang zu verschwinden, als sichtbar auf den Straßen zu patroullieren. Das Hauptquartier der Miliz, das 1956 gestürmt wurde, und wo es die meisten Toten gab, wird durch einen größeren Einsatzwagen gesichert. Zwischen den Gitterstäben der Fenster blicken unsichere Gesichter auf die Straße.

Stahlender Sonntagmorgen. Das Denkmal zu Ehren der Kämpfer und Gefallenen steht auf dem großen Platz im Zentrum Poznans, zwischen altem Rathaus und Philharmonie, neben dem Denkmal des Nationaldichters Miczkiewicz. Zwei hohe Metallsäulen verbinden sich durch einen Querbalken zu einem doppelten Kreuz – ein schlichtes, dunkles Mal.

Das alte Rathaus steht wie alle öffentlichen Gebäude und Wohnhäuser im Flaggenschmuck der rot-weißen Nationalfarben. An der Vorderfront des alten Rathauses hängt ein weißes Tuch mit den Namen der 74 Gefallenen von 1956. Um 8 Uhr ist der Platz vor dem Rathaus schon fast voll. Um 10 Uhr, als die Einweihungsfeier mit dem Dombrowski-Marsch eröffnet wird, sind auch die Straßen der Umgebung mit einer unübersehbaren Menschenmenge gefüllt. Hundert- oder Hundertfünfzigtausend, es ist schwer zu sagen, wie viele sich heute hier versammelt haben. Die Liste der Ehrengäste enthält alle Namen, auf die die polnische Nation heute mit Recht stolz sein kann: Neben den Führern der Gewerkschaftsbewegung – unter ihnen der Stettiner Baluka – Andrzei Wajda, Krysztof Penderecki, Jacek Kuron u.a. Die Feier beschränkt sich auf das Wesentliche. Ein Teilnehmer der Kämpfe von 1956 berichtet, Walesa und der Bischof von Poznan rufen zur Einheit auf. Die Rede Walesas ist kurz und deutlich. In den Reihen von Solidarność gibt es keine antisozialistischen Kräfte, und wer das Gegenteil behauptet, gehört selbst zu diesen Kräften, sagt er. Die Beleidigung von Gewerkschaftern als Rowdies, Hooligans und Reaktionäre müsse endlich aufhören. Und er beendet seine Ansprache mit einem Aufruf zum Kampf gegen die Diktatoren.

Die Reihen der Delegierten aus allen Landesteilen mit ihren Fahnen, Kränzen, Schärpen sind unübersehbar. Sie tragen ihre traditionelle Kleidung: alte Bergarbeiter mit zerfurchten Gesichtern in schwarzer Montur, Arbeiter im Blaumann, Bauern in ihrer Tracht mit geradegeschmiedeten Sensen. Sichtbarer Ausdruck der nationalen Einheit. Jeder weiß, wer der Feind ist, gegen den man sich zusammenschließen muß, auch wenn die Sowjetunion auf keiner der Veranstaltungen direkt beim Namen genannt wird.

Am Abend ist der Platz noch immer belagert. Kränze und Blumen türmen sich am Denkmal. Und eine kleine nachträgliche Feier findet statt. Pfadfinder in ihren Uniformen halten Ehrenwache vor dem Denkmal. Im Juni 1956 waren es drei Postbeamtinnen, die vor dem Hauptquartier der Miliz die polnische Nationalfahne hochhielten. Es wird auf sie geschossen und die Fahnenträgerin fällt. Ein 13jähriger Junge springt hinzu und übernimmt die Fahne an ihrer Stelle. Auch er wird erschossen. Er war ein Pfadfinder.

Mit dem Denkmal für den Aufstand von 1956 mußte die polnische Partei- und Staatsführung einen entscheidenden Rückzug machen. Sie gibt damit zu, daß die Volksbewegung von Anfang an im Recht und sie im Unrecht war. Auf dem Sockel stehen endlich alle entscheidenden Jahresdaten polnischer Nachkriegsgeschichte: 1956, 1968, 1970, 1976, 1980.



ste enthält alle Namen, auf die die polnische Nation heute mit Recht stolz sein kann: Neben den Führern der Gewerkschaftsbewegung – unter ihnen der Stettiner Baluka – Andrzei Wajda, Krysztof Penderecki, Jacek Kuron u.a. Die Feier beschränkt sich auf das Wesentliche. Ein Teilnehmer der Kämpfe von 1956 berichtet, Walesa und der Bischof von Poznan rufen zur Einheit auf. Die Rede Walesas ist kurz und deutlich. In den Reihen von Solidarność gibt es keine antisozialisti-

Junge springt hinzu und übernimmt die Fahne an ihrer Stelle. Auch er wird erschossen. Er war ein Pfadfinder.

Mit dem Denkmal für den Aufstand von 1956 mußte die polnische Partei- und Staatsführung einen entscheidenden Rückzug machen. Sie gibt damit zu, daß die Volksbewegung von Anfang an im Recht und sie im Unrecht war. Auf dem Sockel stehen endlich alle entscheidenden Jahresdaten polnischer Nachkriegsgeschichte: 1956, 1968, 1970, 1976, 1980.



OAU-Konferenz lehnt Reagans Afrika-Politik ab

von Thomas Frank

Ein wenig Gehässigkeit schwang schon mit in der hiesigen Berichterstattung über die am 28. Juni zu Ende gegangene 18. Jahreskonferenz der „Organisation für Afrikanische Einheit" (OAU) in der kenianischen Hauptstadt Nairobi. Sei es, daß der „Heute"-Kommentator den Komfort des Konferenzzentrums besonders erwähnenswert fand, sei es, daß die FAZ in den hartnäckig gesuchten Kompromissen eine „Pointe" findet und ansonsten darauf hinweist, daß sie „tagelang – trotz brennender afrikanischer Fragen und sich häufender ungelöster Probleme des eigenen Kontinents – Fragen des Nahen Ostens diskutierten und sich über ‚die Rechte der Palästinenser', nicht aber der Israelis erregten". Was bewegt die FAZ, die Berichterstattung so in Stimmungsmache münden zu lassen?

Mit 85 Resolutionen befaßten sich die Staatschefs und Minister während der 5 Tage dauernden Konferenz, die von den Außenministern vorbereitet worden war. Die Kompromisse, die bei den teilweise schweren Widersprüchen beschlossen wurden, sind allesamt geprägt von dem Wunsch nach afrikanischer Einheit. Einhellig hart kritisiert worden ist die neue amerikanische Afrika-Politik der politischen und auch erwarteten militärischen Unterstützung Südafrikas. Kritisiert worden ist die Position der USA in der Namibia-Frage. (Die USA akzeptieren die betreffenden UNO-Resolutionen nicht, sondern fordern Verfassungsgarantien für die Weißen vor der Unabhängigkeit). Wenn die Konferenz so einmütig Stellung bezieht, ohne darauf einzugehen, obwohl das Problem militärisch absehbar von der SWAPO nicht gelöst werden kann, dann ist das sicher auch im Zusammenhang mit den Erklärungen der Reagan-Administration über die freie-Welt-Vorposten-Rolle Südafrikas für den ganzen Kontinent zu sehen.

Bezüglich der Westsahara und des Problems der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" billigt die Konferenz einen Vorschlag Marokkos, das das Gebiet annektiert hat. Marokko schlägt ein Referendum vor, will aber nicht seine Truppen vorher zurückziehen. Der Vorschlag ist von Libyen, das die Polisario (die für die DARS kämpft) unterstützt, begrüßt worden, wiederrum in der Hoffnung, dafür in der Tschad-Frage auf Entgegenkommen zu stoßen. Empfohlen wird allerdings die Entsendung einer OAU-Friedenstruppe. Algerien und Mauretanien (das früher auch einen inzwischen auch von Marokko besetzten Teil des Gebietes beansprucht hatte) fordern das Referendum innerhalb der nächsten drei Monate und vorherigen Abzug der marokkanischen Truppen. Der Kompromiß ist für Marokko, angesichts der Tatsache, daß von den 50 Mitgliedsstaaten 27 für die Aufnahme der DARS in die OAU sind, zweifellos günstig.

Libyen konnte einen vorteilhaften Kompromiß in der Tschad-Frage erreichen, trotz der Ablehnung auf die sein Einmarsch in den Tschad gestoßen war. Hier ist die OAU ebenfalls für eine Friedenstruppe der OAU und der Vereinten Nationen, ohne ausdrücklich den Abzug der Libyer zu fordern. Aber alle Staaten sind aufgefordert, die Selbständigkeit des Tschad zu unterstützen. Der Tagungsort der nächsten Konferenz, Tripolis, was traditionsgemäß die Wahl Ghaddafis zum Präsidenten mit sich bringen wird, ist trotz Antrages und weitgehender Isolation Libyens nicht geändert worden.

Die Unverletzlichkeit der Grenzen, die ja nicht historisch zusammengewachsenen und sich abgrenzenden Nationen entsprechen, ist betont worden. Weiter ist eine afrikanische Völker- und Menschenrechtscharta verabschiedet worden.

Das angekündigte Thema „der indische Ozean als Friedenszone" wurde nicht behandelt – wohl ebenfalls ein Kompromiß. Kenias Präsident Daniel arap Moi ist für ein Jahr Präsident der OAU und erst im letzten Jahr hat Kenia den USA erweiterte Stützpunktrechte in seinem Hafen Mombasa gewährt. Die USA wollen in den Ausbau des Hafens jetzt 26 Mio. Dollar stecken.

Unbedingtes Zusammenhalten der OAU und Abstumpfung aller innerafrikanischen Widersprüche ist unschwer als Maxime des Beschlossenen zu erkennen. Die afrikanischen Staaten brauchen Entwicklungsraum und -zeit. 26 von ihnen sind nach Angaben der FAO in einer bedrohlichen Versorgungskrise. Das Elend hat seinen Ursprung im Kolonialismus, scheinbar unabwendbar befestigt wird es durch den Druck des Weltmarktes. Dagegen versuchen verschiedene Staaten in allen Teilen Afrikas, gemeinsame Aufbauprojekte zu entwickeln, werden Wirtschaftsvereinigungen gegründet, wie jetzt zu erwarten im südlichen Afrika.

Amerikanisches und westeuropäisches Kapital ist es im Augenblick, was die Länder Afrikas aussaugt. Gegen die neue Politik des US-Imperialismus ist von daher in verschiedenen Fragen schnell Stellung bezogen worden. Aber mit dieser Politik erhöhen sich zur Zeit die politischen Bewegungsmöglichkeiten des Sozialimperialismus ganz gewaltig. Jede Stützung der Kolonialfestung Südafrika und der Besetzung Namibias erleichtert weitere Einnistung der Sowjetunion in Angola z.B., aber auch in anderen Staaten. Wie die OAU dieser Gefahr begegnen will und kann, ist noch nicht offen angesprochen.

Eindrücke einer DDR-Reise

„Ward von den preußischen Douaniers
Mein Koffer visitieret.
Beschnüffelten alles, kramten herum
In Hemden, Hosen, Schnupftüchern;
Sie suchten nach Spitzen, nach Bijouterien,
Auch nach verbotenen Büchern."

Heinrich Heine, 1843

bew./wal. Diese Verse, in denen Heinrich Heine vor etwa 140 Jahren seinen ersten Eindruck schilderte, als er aus der französischen Emigration seine deutsche Heimat besuchte, können einem, wenn man 1981 in Europa reist, an kaum einer anderen Grenze in den Sinn kommen, als wenn man von Deutschland West nach Deutschland Ost reist. Stacheldraht, Wachtürme, Minenfelder, schikanöse Grenzkontrollen, man weiß davon und trotzdem versetzt es einen, wenn man es direkt sieht und erlebt, in eine Mischung von Traurigkeit und Wut, wenn sich so der „erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat" ankündigt.

„Es gibt immer wieder neu was, was es nicht gibt." Szenentitel eines DDR-Kabarett 1981

In den Städten fallen einem, ungewohnt für westliche Augen, Käuferschlangen vor einzelnen Läden auf. Da gibt es dann etwas, was es längere oder kürzere Zeit nicht gab. Als wir da waren, gab es gerade vor Gemüseständen und -läden zwei Schlangen. Eine für Tomaten und eine für Gurken. Über den „Buschfunk" spricht sich in Windeseile herum, wenn es etwas Neues gibt. Schafft man nicht direkt in der Produktion oder außerhalb der Stadt, verläßt einer der Kollegen seinen Arbeitsplatz und besorgt für sich und die andern, den Chef eingeschlossen, der dann auch nichts dagegen hat, die neu eingetroffenen Waren. Oder die Mittagspause wird genutzt, um zu sehen, was man kaufen kann bzw. man muß dafür vor oder nach Schichtende in die Stadt gehen. Eine Unmasse von Zeit geht so für die Sicherung der Reproduktion drauf. Manche notwendigen Waren gibt es jahrelang nicht, gegenwärtig etwa Bettwäsche und Taschentücher. Andere fehlen immer nur zeitweise. Kommen sie mal wieder in die Läden, dann wird natürlich gehortet, denn aus Erfahrung wissen die Leute, daß es sie nie lange gibt, und durch das Horten gehen sie dann noch schneller aus. Als Käufer hat man dann einen Vorrat oder ein begehrtes Tauschobjekt. Bei Grundnahrungsmitteln oder direkt lebensnotwendigen Waren kommt es selten vor, daß sie ausgehen. Im letzten Jahr gab es eine Zeitlang kein Waschpulver, was allerdings zu einem solchen Unmut geführt hatte, daß es nicht lange dauerte, bis Waschpulver wieder zu haben war. Die Überwindung solcher „Engpässe" ist dann recht rasch möglich, da ja fast alle Waren, die es nicht zu kaufen gibt, in der DDR produziert werden, nur landen sie nicht in den DDR-Läden, sondern in den Magazinen von Neckermann oder Kaufhof. Von den Schuhen über Textilien bis zu Elektrowaren. Zudem ist die Verteilung in der DDR regional stark unterschiedlich. Treffen sich zwei DDR-Bürger aus unterschiedlichen

fältiger die „Beziehungen". Hier geht es dann um Häuser oder eine Moskwitsch-Limousine. Während es sich bei den Arbeitern und Angestellten, bei den Rentnern und Studenten um die Sicherung der notwendigen Versorgung und den Tausch lebensnotwendiger Güter handelt, haben die „Beziehungen" auf der oberen Ebene der Parteihierarchie und der Wirtschaftsführung den Charakter von Schiebungen und Bereicherungen. Da wird lastwagenweise das Baumaterial, das für eine Neubausiedlung gedacht war, für die Datscha des SED-Funktionärs, mit dem man befreundet oder dem man verpflichtet ist, abgezweigt und der besorgt dann die Einfuhrlizenz für eine Tatralimousine oder einen lukrativeren Posten.

„Alles für das Volk, alles durch das Volk" Losung zum X. SED-Parteitag 1981

Es gibt drei Klassen von Geschäften: die Intershops, wo für Westmark oder von DDR-Bürgern für Wertbons, die sie in den Banken für Westmark erhalten, westliche Waren eingekauft werden können; die Exquisit- und Delikatläden, wo für Ostmark westliche Waren eingekauft werden können und die normalen HO-Läden. In den Exquisit- und Delikatläden liegen die Preise etwa das vier- bis fünffache über den Preisen in Westdeutschland. Die gleiche Sarottischokolade, für die man hier 1,50 DM bezahlt, kostet in einem Delikatladen 9,00 DM (Ost), eine Flasche Orangensaft (2,00 DM) kostet 10 Mark (Ost); eine Bluse mittlerer Qualität im Wert von 50 DM kostet 200 Mark (Ost). In den normalen DDR-Läden haben die (subventionierten) Grundnahrungsmittel, sieht man von einigen Ausnahmen, wie Brot und Milch, die billiger sind, ab, die gleichen Preise wie in Westdeutschland. Wobei die Preise in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen sind. Natürlich nicht offiziell, denn laut Beschluß gibt es keine Preissteigerung, sondern darüber, daß die billigen alten Sorten gegen neue teuere Sorten ausgetauscht wurden, auf gut deutsch, die Waren haben ein neues Etikett, einen neuen Namen und einen höheren Preis bekommen. Das meiste, was über die alltäglichen Lebensmittel hinausgeht, ist schon erheblich teurer

Beruf. So ist die Arbeitszeit, die offiziell bei 8 Stunden liegt, nicht selten 10 bis 14 Stunden. Von der politischen Führung wird diese erzwungene Mehrarbeit nicht nur geduldet, sondern sie ist ein notwendiger Bestandteil der Volkswirtschaft der DDR. Sei es, daß der Zweitberuf offiziell genehmigt (und damit versteuert) ist, teilweise kann man sogar im gleichen Betrieb eine Zweitarbeit annehmen, die etwa nur periodisch anfällt, oder sei es, daß die Behörden z.B. sich direkt an die Arbeiter einer Reinigungskolonne wenden und ihnen anbieten, das Gebäude des Rats der Stadt oder der Partei nach Feierabend zu reinigen, wenn es während der Arbeitszeit nicht drangekommen ist, und den Arbeitern den gleichen Lohn geben, den sie der Reinigungsfirma bezahlt hätten.

Ein weiteres Mittel der Lohnsteigerung sind die Prämienjagden. Vor jeder Baustelle oder an jeder Fabrikwand sind die „verdienten Aktivisten", die „Helden der sozialistischen Arbeit" abgelichtet, umrahmt von einigen geistlosen Parolen über den „sozialistischen Aufbau". Jeder weiß, daß es dabei nicht um die Übererfüllung des Plansolls geht, sondern daß jeder Titel und jeder Orden sich in bare Münze umrechnen läßt. Neben den einzelnen Prämien gibt es dann noch die Kollektivprämien. Hier wird der „materielle Anreiz" direkt zu einem Druck- und Kontrollmittel. 50 DM pro Kopf wird vierteljährlich in etwa an die Brigade ausgezahlt, wenn sie gut gearbeitet hat und ihren „gesellschaftlichen Pflichten" nachgekommen ist. D.h., wenn alle Mitglieder an den pflichtgemäßen Kulturveranstaltungen, an den Gewerkschaftssitzungen und „geselligen" Brigadeabenden teilgenommen haben und wenn alle die festgelegte Höhe der „Solidaritätsspende" abgeführt haben. Diese „Solis" werden monatlich erhoben. Wofür diese Summe verwendet wird, wird den Arbeitern nicht gesagt, dafür gibt es aber auf der Ministerebene eine ganze Verwaltungshierarchie, die diese zwangsabgeführten Gelder „verwaltet". Weigert sich einer, seinen „Soli" abzuführen oder an den „geselligen" Abenden teilzunehmen, gibt es für die ganze Brigade Punktabzug, und das heißt, daß die Prämie gekürzt wird. Für den notwendigen Druck sorgen dann schon die Kollegen, daß abgeführt und teilgenommen wird, denn die 50 Mark sind fest im Lohn mit eingeplant.

Die Volkskammerwahlen vor zwei Wochen sind wieder mit den erwarteten 99 Komma soundsoviel Prozent für die Kandidaten der Nationalen Front ausgegangen. Nur interessiert das keinen und die DDR-Bürger hatten auch keine andere Wahl. Es gab zwar in den Wahllokalen eine Kabine, nur stand diese am anderen Ende des Raumes, wollte man geheim wählen, hätte man den ganzen Wahlvorgang aufgehalten und wäre vor allem von vorne herein verdächtig gewesen. Denn normalerweise verläuft die Wahl so, daß man seinen Wahlzettel empfängt und ihn

„Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löst das Volk auf und wählt ein anderes?" Bertolt Brecht 1953

dann so in die Urne wirft, das ist dann die „Wahl" und die Zustimmung. Spätestens ab 10 Uhr stand der zuständige Parteileiter im Wahllokal und überprüfte, wer noch nicht „gewählt" hat. Zu denen schickte er dann in Zweierpärchen seine Chargen, die die Wähler zu der Urne geleiteten. Die 99 Komma drücken überhaupt nichts aus, außer, daß die „Wahlen" erzwungen sind. Die SED hat kaum eine Basis in der Bevölkerung. Es gibt eine Opposition gegen das Regime. Die äußert sich in Jugendclubs, in Diskotheken, auch in FDJ-Zirkeln, da werden Lieder und Gedichte vorgetragen, die das System angreifen, da wird häufig relativ offen diskutiert. Es gibt private Diskussionsrunden, es werden Gedichte und Texte aus Büchern, die in der DDR verboten sind, zigmal abgeschrieben (öffentliche Fotokopierer gibt es nicht) und unterderhand weitergereicht.

Spaniens Rechte setzt immer noch auf den Militärputsch

von Chérifa el-Masri

Am 23.6. wurden in Madrid 14 Personen festgenommen, darunter auch vier hohe Offiziere, unter dem Verdacht der Verschwörung gegen die spanische Demokratie. Zwei der vier Offiziere wurden zwei Tage später wieder entlassen. Der dritte, Ynestrillas, sollte ebenfalls entlassen werden, hätte Innenminister Rozòn die Entlassungsverfügung des Verteidigungsministers nicht mit dem Mittel des „Antiterrorgesetzes" wieder aufgehoben. (Zulässige Haft von 10 Tagen ohne richterliche Verfügung und ohne Haftbefehl). Ynestrillas ist aktenkundig: Zusammen mit dem sich in luxuriöser Haft befindlichen Tejero, der mit seinen Zivilgarden am 23.2. das spanische Parlament gestürmt und Regierung und Abgeordnete zu Geiseln erklärt hatte, heckte Ynestrillas im Herbst 1978 die „Operation Galaxia" aus, auch ein Putschversuch, gestützt auf die Militärgouverneure von drei spanischen Provinzen, der

einander, damit die Verwandschaftsbande den Kastengeist noch fester schmiedet. Söhne von Offizieren und Unteroffizieren werden bevorzugt in die Militärakademien aufgenommen. Die Offiziersfamilien wohnen in eigens für sie erbauten teueren Wohnsiedlungen fast mietfrei. Sie kaufen in besonderen Geschäften ein, die ein verbilligtes Warenangebot haben. Die Gehälter sind nicht besonders hoch, dafür aber die Privilegien.

Armee und Polizei sind miteinander verflochten: Guardia civil und Natio-

Destabilisierung" zu verfolgen: Eine Serie von Attentaten und Anschlägen überzieht das Land. So haben Jugendliche der „Fuerza Nueva", der Nachfolgeorganisation der frankistischen Phalange, eine Schule überfallen und sie teilweise verwüstet. Im Baskenland sind bis jetzt drei Jugendliche umgebracht worden sowie eine Polizistin. Die Attentate gehen auf das Konto der Todesschwadron „Spanisch-Baskisches Bataillon", dessen Mitglieder den Spitznamen „die Unkontrollierten" tragen. Diese Destabilisierung soll



dafür vor oder nach Schichtende in die Stadt gehen. Eine Unmasse von Zeit geht so für die Sicherung der Reproduktion drauf. Manche notwendigen Waren gibt es jahrelang nicht, gegenwärtig etwa Bettwäsche und Taschentücher. Andere fehlen immer nur zeitweise. Kommen sie mal wieder in die Läden, dann wird natürlich gehortet, denn aus Erfahrung wissen die Leute, daß es sie nie lange gibt, und durch das Horten gehen sie dann noch schneller aus. Als Käufer hat man dann einen Vorrat oder ein begehrtes Tauschobjekt. Bei Grundnahrungsmitteln oder direkt lebensnotwendigen Waren kommt es selten vor, daß sie ausgehen. Im letzten Jahr gab es eine Zeitlang kein Waschpulver, was allerdings zu einem solchen Unmut geführt hatte, daß es nicht lange dauerte, bis Waschpulver wieder zu haben war. Die Überwindung solcher „Engpässe" ist dann recht rasch möglich, da ja fast alle Waren, die es nicht zu kaufen gibt, in der DDR produziert werden, nur landen sie nicht in den DDR-Läden, sondern in den Magazinen von Neckermann oder Kaufhof. Von den Schuhen über Textilien bis zu Elektrowaren. Zudem ist die Verteilung in der DDR regional stark unterschiedlich. Treffen sich zwei DDR-Bürger aus unterschiedlichen
Städten, zielt eine der ersten Fragen auf ein Produkt, das es z.B. in Erfurt gerade nicht gibt, das es aber vielleicht in Leipzig gibt. „Versorgst du mir dies, versorg ich dir das" – Spätestens nach fünf Minuten ist jedes Gespräch auf dieser Stufe.

Überhaupt: Es gibt zwar immer etwas Neues, was es nicht gibt, aber es gibt auch kaum etwas, was es nicht gibt. Man muß nur entweder Westgeld oder gute Beziehungen oder gute Tauschobjekte haben. Ohne eines von den drei Dingen kann kein DDR-Bürger ein Auskommen haben, am besten man hat alle drei Sachen. Denn viele Waren kommen gar nicht erst in die Verkaufsregale. Das sind dann die „Bück-Dich-Waren". Sie bleiben unter der Verkaufstheke. Kommt ein Kunde, der z.B. in einer Kleiderfabrik arbeitet, in die Buchhandlung, so bekommt er das neu erschienene Buch, von dem der Buchhandlung 2–3 Exemplare zugegangen sind, da er die lange benötigte Bluse besorgt hat, die es jahrelang nicht gab und die offiziell auch nicht zum Verkauf angeboten wird. Fast jeder DDR-Bürger hat sich so ein Netz von Beziehungen aufgebaut. So kommt er zu einem Korb frischer Erdbeeren, zu seinen Kabarettkarten, zu einer Lizenzausgabe eines westlichen Autors, oder auch zu einem Kühlschrank, einer Wohnung oder an einen Kleinwagen (die Wartefristen für eine Wohnung liegen bei etwa 6–8 Jahren, für einen Trabant, dem üblichen Kleinwagen, – einer Mischung zwischen dem alten Fiat 500 und einem Gogomobil, bei 8–10 Jahren). Und je höher der Parteiposten oder die berufliche Stellung, umso größer und viel-

von DDR-Bürgern für Wertbons, die sie in den Banken für Westmark erhalten, westliche Waren eingekauft werden können; die Exquisit- und Delikatläden, wo für Ostmark westliche Waren eingekauft werden können und die normalen HO-Läden. In den Exquisit- und Delikatläden liegen die Preise etwa das vier- bis fünffache über den Preisen in Westdeutschland. Die gleiche Sarottischokolade, für die man hier 1,50 DM bezahlt, kostet in einem Delikatladen 9,00 DM (Ost), eine Flasche Orangensaft (2,00 DM) kostet 10 Mark (Ost); eine Bluse mittlerer Qualität im Wert von 50 DM kostet 200 Mark (Ost). In den normalen DDR-Läden haben die (subventionierten) Grundnahrungsmittel, sieht man von einigen Ausnahmen, wie Brot und Milch, die billiger sind, ab, die gleichen Preise wie in Westdeutschland. Wobei die Preise in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen sind. Natürlich nicht offiziell, denn laut Beschluß gibt es keine Preissteigerung, sondern darüber, daß die billigen alten Sorten gegen neue teuere Sorten ausgetauscht wurden, auf gut deutsch, die Waren haben ein neues Etikett, einen neuen Namen und einen höheren Preis bekommen. Das meiste, was über die alltäglichen Lebensmittel hinausgeht, ist schon erheblich teurer.
Schon das Dosengemüse und die Fertiggerichte sind doppelt so teuer. Ein einfacher synthetischer Herrenpullover kostet 88 Mark, ein einfacher Bettbezug, sofern man ihn (unter dem Ladentisch) bekommt, 200 Mark, ein Wohnzimmerschrank einfachster Machart aus furnierten Spanplatten ist nicht unter 3000 Mark zu bekommen. Lediglich die Mieten, die Kosten für soziale, gesundheitliche und kulturelle Ausgaben liegen niedriger als in Westdeutschland. Sie können aber, setzt man die Preise in Relation zu den Einkommen, bei weitem nicht die sonstigen teueren Lebenshaltungskosten ausgleichen.

Ein Facharbeiter bekommt zwischen 700 bis 900 Mark (Netto), der Durchschnittslohn für Arbeiter und Angestellte liegt bei etwa 800 Mark, für Frauen bei 500 Mark. Eine ausgelernte Krankenschwester verdient 350 Mark, ebenso eine Bibliothekarin. Offiziell gibt es für Frauen die gleichen Löhne wie für Männer, nur gibt es eben eine große Anzahl von spezifischen „Frauenberufen", und die sind von der Qualifikation gleich niedriger eingestuft, sodaß der Frauenlohn erheblich unter dem Männerlohn liegt. Auch wenn man die niedrigen Mieten einberechnet, wird klar, daß bei den Preisen von diesem Lohn kein Auskommen ist. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Ausdehnung von Schicht- und Akkordarbeit auf keinen großen Widerstand stößt, daß 90% der erwachsenen Frauen berufstätig sind, daß es kaum einen Erwerbstätigen gibt, der nicht zwei oder gar drei Berufe ausübt, sei es in Schwarzarbeit in seinem Beruf nach Feierabend, oder in einem zusätzlichen

Spaniens Rechte setzt immer noch auf den Militärputsch

von Chérifa el-Masri

Am 23.6. wurden in Madrid 14 Personen festgenommen, darunter auch vier hohe Offiziere, unter dem Verdacht der Verschwörung gegen die spanische Demokratie. Zwei der vier Offiziere wurden zwei Tage später wieder entlassen. Der dritte, Ynestrillas, sollte ebenfalls entlassen werden, hätte Innenminister Rozòn die Entlassungsverfügung des Verteidigungsministers nicht mit dem Mittel des „Antiterrorgesetzes" wieder aufgehoben. (Zulässige Haft von 10 Tagen ohne richterliche Verfügung und ohne Haftbefehl). Ynestrillas ist aktenkundig: Zusammen mit dem sich in luxuriöser Haft befindlichen Tejero, der mit seinen Zivilgarden am 23.2. das spanische Parlament gestürmt und Regierung und Abgeordnete zu Geiseln erklärt hatte, heckte Ynestrillas im Herbst 1978 die „Operation Galaxia" aus, auch ein Putschversuch, gestützt auf die Militärgouverneure von drei spanischen Provinzen, der
dann jedoch kurz vor der Ausführung im Dezember desselben Jahres entlarvt wurde. Damals wurde Ynestrillas nach der Entlassung aus dem Gefängnis vom Hauptmann zum Major befördert. Er pflegt enge Beziehungen zum faschistischen Blatt EL ALCAZAR.

Daß es zu einem weiteren Putschversuch nach dem 23.2. kommen würde, davon gingen alle aus. Nicht nur hatte die Regierung jegliche ernsthafte Bestrafung der Verantwortlichen für den Putsch unterlassen, notwendige Maßnahmen, die zur Änderung der Struktur der Armee geführt hätten, sind nicht angepackt worden.

Die Armee ist heute wie zu Zeiten Francos eine von den Bevölkerung getrennte Kaste mit weitreichenden Machtbefugnissen und Privilegien. Nach Schätzung der Neuen Züricher Zeitung sind lediglich 10% des Offizierskorps mit der Beseitigung der Franco-Diktatur einverstanden. 40–50% der Offiziere sind jederzeit bereit zu putschen. Loyalität üben sie nicht gegenüber der Regierung, sondern gegenüber dem „ewigen Spanien" als dessen Hüter und Beschützer vor „Zerfall und roter Subversion" sie sich verstehen. Wenn das „ewige Spanien" von einer schwachen Regierung beherrscht wird, dann ist es die heilige Pflicht jedes Offiziers, es von dieser Regierung zu erlösen. Der Kastengeist wurzelt u.a. im spanischen Bürgerkrieg von 1936. Das Offizierskorps versteht sich als „Sieger des Bürgerkrieges", eine von der Francodiktatur sorgsam gepflegte Ideologie. Sie wurde festgekleistert mit vielfältigen materiellen Privilegien. So ist der Offiziersberuf fast schon erblich. Geheiratet wird unter-

einander, damit die Verwandschaftsbande den Kastengeist noch fester schmiedet. Söhne von Offizieren und Unteroffizieren werden bevorzugt in die Militärakademien aufgenommen. Die Offiziersfamilien wohnen in eigens für sie erbauten teueren Wohnsiedlungen fast mietfrei. Sie kaufen in besonderen Geschäften ein, die ein verbilligtes Warenangebot haben. Die Gehälter sind nicht besonders hoch, dafür aber die Privilegien.

Armee und Polizei sind miteinander verflochten: Guardia civil und Natio-

Destabilisierung" zu verfolgen: Eine Serie von Attentaten und Anschlägen überzieht das Land. So haben Jugendliche der „Fuerza Nueva", der Nachfolgeorganisation der frankistischen Phalange, eine Schule überfallen und sie teilweise verwüstet. Im Baskenland sind bis jetzt drei Jugendliche umgebracht worden sowie eine Polizistin. Die Attentate gehen auf das Konto der Todesschwadron „Spanisch-Baskisches Bataillon", dessen Mitglieder den Spitznamen „die Unkontrollierten" tragen. Diese Destabilisierung soll



Diese Woche putschen Abteilung II/9, III/9 und IV/2; aus: Süddeutsche Zeitung

nale Polizei werden von Berufsoffizieren kommandiert. Erste Anzeichen der Unzufriedenheit mit der zivilen Regierung zeigten die Offiziere, als der damalige Ministerpräsident Suarez die Kommunistische Partei legalisierte (1977). Ebenfalls zeigten sich die Generäle ungehalten über die Autonomiepolitik der Regierung, die vor allem den Provinzen Katalonien, Galizien und dem Baskenland größere Selbständigkeit zusagte. Vermutlich ist ein Grund für den Rücktritt Suarez im vergangenen November der gewesen, einen Putsch der Armee zu verhindern, indem die regierende UCD einen „konservativen" Nachfolger, Calvo Sothelo, präsentierte. Das ist zuwenig. Nicht nur hat ein Putschversuch – am 23.2. – stattgefunden, weitere sind in Vorbereitung. Dabei scheinen die faschistischen Organisationen, die eng mit der Armee zusammenarbeiten, nach dem mißlungenen Putschversuch vom Februar eine Taktik der „stetigen

dann als Vorwand dienen für einen Putsch der Militärs.

Als Juan Carlos im Juni auf Staatsbesuch in Italien war, erschien das Sprachrohr der Putschisten die Zeitung EL ALCAZAR mit der Schlagzeile: „Jetzt wo der König nicht da ist, ist die Gelegenheit." Als es Proteste hagelte in der Öffentlichkeit, deklarierte die Redaktion die Schlagzeile zum Witz. Ein makabrer Witz angesichts der einige Tage später aufgedeckten Verschwörung.

Alle Meinungsumfragen zeigen, daß der Anhang der Faschisten unter den Massen nicht mehr als 0,5% beträgt. Das wissen sie auch. Gorón, einer ihrer Führer, größter Immobilienbesitzer Spaniens mit einem geschätzten Vermögen von 375 Mio. DM und Miteigentümer des EL ALCAZAR, meint dazu lapidar: Die Armee werde den Weg der „nationalen Rettung" gehen, auch wenn die Mehrheit nicht hinter ihr stehe.

Guatemala: Ein weiterer US-Stützpunkt gerät ins Wanken

von Lutz Plümer

Als „nächsten Gefahrenpunkt" bezeichnet die amerikanische außenpolitische Zeitschrift „Foreign Affairs" die Lage in Guatemala. Und der „Miami Herald" schreibt: „Der Bürgerkrieg ist in die Nähe gerückt."

Tatsächlich ist Guatemala das zentralamerikanische Land, in dem nach El Salvador die politischen Massenkämpfe und die bewaffneten Guerillaaktionen am weitesten entwickelt sind und wo nach einem Sturz des herrschenden Militärregimes in El Salvador am ehesten die Bedingungen für einen bewaffneten Volksaufstand herangereift sein werden – eine Entwicklung, die die Vorherrschaft des US-Imperialismus in diesem strategisch wichtigen Teil des amerikanischen Kontinents erheblich erschüttern würde.

Zwar sind zur Zeit die Guerillaaktionen in Guatemala noch davon entfernt, in einen allgemeinen Volksaufstand überzugehen und in Teilen des Landes befreite Gebiete zu schaffen, wie das in El Salvador bereits der Fall ist. Es sind nach wie vor „Hit-and-run"-Aktionen, die vorübergehend Einrichtungen des Militärs und der Polizei Schläge versetzen. Aber diese Aktionen haben vor allem seit Dezember letzten Jahres an Umfang zugenommen, als vier Guerillaorganisationen zu einer vereinigten Offensive aufgerufen haben. Diese Ankündigung war abgestimmt mit dem Versuch einer militärischen Offensive der Widerstandsbewegung in El Salvador und sollte zumindest verhindern, daß die Streitkräfte Guatemalas in größerem Umfang offen in El Salvador intervenieren. Das ist auch erreicht worden.

Begonnen haben die Guerillaaktionen im Dezember mit der Zerstörung der Botschaft El Salvadors in Guatemala City und einem Angriff auf das Büro der salvadorianischen Fluggesellschaft Taca. Seitdem sind wohl über hundert Guerillaaktionen durchgeführt worden. Diese Aktionen haben zumeist folgende Form: Ein Dorf wird von einer Guerillagruppe besetzt, Telegraphen- und Telephonleitungen werden zerschnitten, die örtliche Polizei- oder Militärstation wird entwaffnet. Die Dorfbevölkerung wird zu einer Versammlung aufgerufen. Wenige Stunden später verschwinden die Guerillas wieder in die Berge und hinterlassen nur Flugblätter, Transparente und Wandbeschriftungen. Seit Anfang dieses Jahres sollen im Verlauf solcher Aktionen über hundert Soldaten oder Polizisten getötet worden sein.

Einstweilen kann aber das Militärregime trotz der sich ausdehnenden Guerillatätigkeit durch eine Mord- und Terrorwelle seine Herrschaft im ganzen Land aufrechterhalten. Diese Terrorwelle ist in Form und Umfang dem Terrorismus des salvadorianischen Militärregimes ähnlich. Allein im Verlauf des letzten Jahres sind den Antiguerillaeinheiten und Todesschwadronen des regierenden General Lucas Garcia über 4000 Menschen zum Opfer gefallen. Es sind zumeist indianische Landarbeiter und Kleinbauern, sowie Gewerkschafter, Industriearbeiter. Teilweise aber auch Priester und Funktionäre der Oppositionsparteien einschließlich der christdemokratischen Partei. Die Maschinengewehre, mit denen diese teils in Uniform, teils in Zivil auftretenden Mörderbanden ihre Opfer niedermachen, stammen übrigens zu nicht geringen Teilen von der deutschen Firma „Heckler und Koch".

Die amerikanische Reagan-Administration prüft gegenwärtig die Bedingungen, um die Militärhilfe an das guatemaltekische Regime wiederaufzunehmen, die 1977 unter Carter wegen Menschenrechtsverletzungen gestoppt worden war. Anfang Juni hat US-Außenminister Haig den ehemaligen stellvertretenden CIA-Chef Vernon A. Walters nach Guatemala entsandt, um die Lage entsprechend zu sondieren. Es geht in erster Linie um die Lieferung von Ersatzteilen für Hubschrauber, die das dortige Militärregime bevorzugt einsetzt, um Bewohner abgelegener Indianerdörfer, die der Sympathie mit den Guerillas verdächtigt werden, zu massakrieren. Allgemein wird damit gerechnet, daß Reagan noch in diesem Jahr Militärhilfe von 2 bis 2,5 Mio. $ an Guatemala beantragen wird.

Die zunehmenden Guerillaaktivitäten sind nur ein Teil des Widerstands der Volksmassen gegen das Militärregime Lucas Garcias. Nach Rückschlägen in den 60er und Anfang der 70er Jahre entwickelte sich seit dem Ende der 70er Jahre erneut eine breite Welle gewerkschaftlicher und politischer Kämpfe. Das neue an diesen Kämpfen ist, daß an ihnen zunehmend die indianischen Bauern und Landarbeiter teilnehmen. Die Indigenas, Nachfahren der Mayas, die vorwiegend in dem zentralen Hochland Guatemalas leben, machen zwischen 60 und 70% der Bevölkerung Guatemalas aus. Im Altiplano, das nur



Indianische Landarbeiter – mit geschulterter Machete, auf dem Weg zur Arbeit

26% der Gesamtfläche des Landes umfaßt, konzentrieren sich 50% der Gesamtbevölkerung. Die steinigen, oftmals steil abfallenden Böden, sind äußerst dicht besiedelt, aber die kargen Böden reichen nicht aus, die Ernährung der indianischen Familien zu sichern, so daß Männer, Frauen und Kinder gezwungen sind, während der Saison ihre Arbeitskraft auf den Großplantagen des Südens zu verkaufen. Auf diesen Farmen, aber auch in den Elendsvierteln der Großstädte vegetieren die Indianer unter deutlich schlechteren Bedingungen als die Ladinos, die von den spanischen Eroberern abstammenden, nichtindianischen Proletarier. Und es war den herrschenden Klassen Guatemalas in der Vergangenheit immer wieder gelungen, durch verschiedene Vorteile und regelrechter rassistischer Vorurteile die nichtindianische Bevölkerung den Indianern entgegenzustellen.

Daß es ihnen nicht gelang, sich mit der indianischen Landbevölkerung zu verbinden, daran sind wahrscheinlich die Guerillaorganisationen gescheitert, die sich bereits zu Beginn der 60er Jahre gebildet hatten und die dann zu Beginn der 70er Jahre weitgehend zerschlagen wurden.

Inzwischen hat sich diese Lage geändert. Reste der früheren Guerillaverbände hatten sich in die Dörfer zurückgezogen, und als sie 1975 erneut in Erscheinung traten, war es ihnen gelungen, Verbindungen mit den indianischen Bauern herzustellen. In der 2. Hälfte der 70er Jahre bildeten sich erneut Massenorganisationen, vor allem Gewerkschaften, die nicht mehr – wie früher – weitgehend von der Christdemokratischen Partei kontrolliert werden und die indianische und nichtindianische Arbeiter und Landarbeiter umfaßten. Seit 1976 sind die Gewerkschaften der Land- und der Industriearbeiter in einem einheitlichen Dachverband, dem „Nationalen Komitee der Einheit der Gewerkschaften" (CNUS) zusammengeschlossen. Dieses Komitee ist auch die wichtigste Kraft beim Versuch einer Vereinigung der demokratischen, nichtbewaffneten Opposition gegen die politische Unterdrückung, die im Februar 1980 gegründet wurde.

Ein entscheidendes Ereignis für den Zusammenschluß der Industrie- und Landarbeiter Guatemalas war der Marsch der Minenarbeiter von Ixtahuacán Ende 1977, der von einem Lohnkampf seinen Ausgang nahm. Dieser Marsch führte die Minenarbeiter vom nördlichen Bergland 300 km weit durch das Vulkanhochland in die Hauptstadt. Während des Marsches schlossen sich über längere Strecken Gruppen indianischer Bergbauern an, zwei Tage vor der Hauptstadt schlossen sich die Plantagen- und Zuckerrohrfabrikarbeiter eines der größten Landgüter an. In der Hauptstadt selber beteiligten sich Bewohner der Elendsviertel, Industriearbeiter und Studenten an dem Protestmarsch. Der Marsch wurde zu einer bedeutenden Manifestation der Einheit der indianischen und nichtindianischen Volksmassen, die Minenbesitzer wurden zum Nachgeben gezwungen.

Im März 1980 kam es zu einem 2-wöchigen Streik der Plantagenarbeiter an der Pazifikküste. Kern dieses Streiks waren 70000 Landarbeiter, die durch die Bauerngewerkschaft (CUC) organisiert wurden. Zahlreiche Fabriken der Küste und in der Hauptstadt schlossen sich dem Streik an. Auch in diesem Streik war es der CUC gelungen, ein Bündnis zwischen den ständigen, zumeist nichtindianischen Landarbeitern und den indianischen Saisonarbeitern, die nur zur Erntezeit aus dem Hochland auf die Plantagen der Küstenregion kommen, zustandezubringen. Die Regierung mußte am Ende die Verdreifachung des Mindestlohns dekretieren.

Einen Monat zuvor waren 39 Menschen einem Massaker zum Opfer gefallen, das die Armee in der spanischen Botschaft angerichtet hatte. Diese Botschaft war von 21 indianischen Bauern besetzt worden, die die Untersuchung eines Massakers in ihrem Dorf gefordert hatten. Andere hatten sich angeschlossen. Die Armee griff mit Brandbomben an, die Besetzer verbrannten bei lebendigem Leib.

Die seither verschärfte Terrorwelle des Militärregimes hat offene Massenkämpfe ziemlich erschwert und wohl auch zum Teil die gewerkschaftlichen Strukturen zerschlagen. Es spricht aber manches dafür, daß der sich gegenwärtig anbahnende Zusammenschluß der gewerkschaftlichen und politischen Massenorganisationen und Guerillaorganisationen Voraussetzungen für den von den Guerillaorganisationen proklamierten langandauernden Volkskrieg schaffen wird.

lizei Schläge versetzen. Aber diese Aktionen haben vor allem seit Dezember letzten Jahres an Umfang zugenommen, als vier Guerillaorganisationen zu einer vereinigten Offensive aufgerufen haben. Diese Ankündigung war abgestimmt mit dem Versuch einer militärischen Offensive der Widerstandsbewegung in El Salvador und sollte zumindest verhindern, daß die Streitkräfte Guatemalas in größerem Umfang offen in El Salvador intervenieren. Das ist auch erreicht worden.

Begonnen haben die Guerillaaktionen im Dezember mit der Zerstörung der Botschaft El Salvadors in Guatemala City und einem Angriff auf das Büro der salvadorianischen Fluggesellschaft Taca. Seitdem sind wohl über hundert Guerillaaktionen durchgeführt worden. Diese Aktionen haben zumeist folgende Form: Ein Dorf wird von einer Guerillagruppe besetzt, Telegraphen- und Telephonleitungen werden zerschnitten, die örtliche Polizei- oder Militärstation wird entwaffnet. Die Dorfbevölkerung wird zu einer Versammlung aufgerufen. Wenige Stunden später verschwinden die Guerillas wieder in die Berge und hinterlassen nur Flugblätter, Transparente und Wandbeschriftungen. Seit Anfang die-

nehmen, die 1977 unter Carter wegen Menschenrechtsverletzungen gestoppt worden war. Anfang Juni hat US-Außenminister Haig den ehemaligen stellvertretenden CIA-Chef Vernon A. Walters nach Guatemala entsandt, um die Lage entsprechend zu sondieren. Es geht in erster Linie um die Lieferung von Ersatzteilen für Hubschrauber, die das dortige Militärregime bevorzugt einsetzt, um Bewohner abgelegener Indianerdörfer, die der Sympathie mit den Guerillas verdächtigt werden, zu massakrieren. Allgemein wird damit gerechnet, daß Reagan noch in diesem Jahr Militärhilfe von 2 bis 2,5 Mio. $ an Guatemala beantragen wird.

Die zunehmenden Guerillaaktivitäten sind nur ein Teil des Widerstands der Volksmassen gegen das Militärregime Lucas Garcias. Nach Rückschlägen in den 60er und Anfang der 70er Jahre entwickelte sich seit dem Ende der 70er Jahre erneut eine breite Welle gewerkschaftlicher und politischer Kämpfe. Das neue an diesen Kämpfen ist, daß an ihnen zunehmend die indianischen Bauern und Landarbeiter teilnehmen. Die Indigenas, Nachfahren der Mayas, die vorwiegend in dem zentralen Hochland Guatemalas leben, machen zwischen 60 und 70% der Bevölkerung

plantagen des Südens zu verkaufen. Auf diesen Farmen, aber auch in den Elendsvierteln der Großstädte vegetieren die Indianer unter deutlich schlechteren Bedingungen als die Ladinos, die von den spanischen Eroberern abstammenden, nichtindianischen Proletarier. Und es war den herrschenden Klassen Guatemalas in der Vergangenheit immer wieder gelungen, durch verschiedene Vorteile und regelrechter rassistischer Vorurteile die nichtindianische Bevölkerung den Indianern entgegenzustellen.

Daß es ihnen nicht gelang, sich mit der indianischen Landbevölkerung zu verbinden, daran sind wahrscheinlich die Guerillaorganisationen gescheitert, die sich bereits zu Beginn der 60er Jahre gebildet hatten und die dann zu Beginn der 70er Jahre weitgehend zerschlagen wurden.

Inzwischen hat sich diese Lage geändert. Reste der früheren Guerillaverbände hatten sich in die Dörfer zurückgezogen, und als sie 1975 erneut in Erscheinung traten, war es ihnen gelungen, Verbindungen mit den indianischen Bauern herzustellen. In der 2. Hälfte der 70er Jahre bildeten sich er-

(CNUS) zusammengeschlossen. Dieses Komitee ist auch die wichtigste Kraft beim Versuch einer Vereinigung der demokratischen, nichtbewaffneten Opposition gegen die politische Unterdrückung, die im Februar 1980 gegründet wurde.

Ein entscheidendes Ereignis für den Zusammenschluß der Industrie- und Landarbeiter Guatemalas war der Marsch der Minenarbeiter von Ixtahuacán Ende 1977, der von einem Lohnkampf seinen Ausgang nahm. Dieser Marsch führte die Minenarbeiter vom nördlichen Bergland 300 km weit durch das Vulkanhochland in die Hauptstadt. Während des Marsches schlossen sich über längere Strecken Gruppen indianischer Bergbauern an, zwei Tage vor der Hauptstadt schlossen sich die Plantagen- und Zuckerrohrfabrikarbeiter eines der größten Landgüter an. In der Hauptstadt selber beteiligten sich Bewohner der Elendsviertel, Industriearbeiter und Studenten an dem Protestmarsch. Der Marsch wurde zu einer bedeutenden Manifestation der Einheit der indianischen und nichtindianischen Volksmassen, die Minenbesitzer wurden zum Nachgeben gezwungen.

darbeitern und den indianischen Saisonarbeitern, die nur zur Erntezeit aus dem Hochland auf die Plantagen der Küstenregion kommen, zustandezubringen. Die Regierung mußte am Ende die Verdreifachung des Mindestlohns dekretieren.

Einen Monat zuvor waren 39 Menschen einem Massaker zum Opfer gefallen, das die Armee in der spanischen Botschaft angerichtet hatte. Diese Botschaft war von 21 indianischen Bauern besetzt worden, die die Untersuchung eines Massakers in ihrem Dorf gefordert hatten. Andere hatten sich angeschlossen. Die Armee griff mit Brandbomben an, die Besetzer verbrannten bei lebendigem Leib.

Die seither verschärfte Terrorwelle des Militärregimes hat offene Massenkämpfe ziemlich erschwert und wohl auch zum Teil die gewerkschaftlichen Strukturen zerschlagen. Es spricht aber manches dafür, daß der sich gegenwärtig anbahnende Zusammenschluß der gewerkschaftlichen und politischen Massenorganisationen und Guerillaorganisationen Voraussetzungen für den von den Guerillaorganisationen proklamierten langandauernden

Geschichte und Lage des Befreiungskampfes des Volkes von Tigre (Äthiopien)

heh.Rom. Im März dieses Jahres tagte in Addis Abeba die Konferenz der COPWE (Comission for Organizing the Party of the Working People of Ethiopia). Während im Süden Äthiopiens Befreiungsbewegungen der Somalis und der Oromos operieren und im Norden, in Eritrea und in Tigre, weite Gebiete außer der Kontrolle der Zentralregierung sind, wurde die Nationalitätenfrage auf besagter Konferenz ausgeklammert – kein Wunder, denn 90% des ZK der COPWE sind Amhara, jenes Volk, das im 19. Jahrhundert die Nationalitäten, aus denen Äthiopien sich heute zusammensetzt, seiner Feudalherrschaft unterwarf. 15% der Bevölkerung Äthiopiens sind Amharen.

Die Komission wurde Dezember 1979 per Dekret gebildet mit dem Auftrag, eine Partei zu gründen, die das gegenwärtige Militärregime, den Derg, ablösen könnte. Sie setzt sich aus 1500 Delegierten äthiopischer Organisationen, wie der offiziell zugelassenen Gewerkschaft, der Bauernvereinigung usw. zusammen. Von den 93 Mitgliedern des ZK sind 79 Militärs.

Anfang Juni 1981 hatten wir Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Vertreter der TPLF (Tigray People's Liberation Front) in Rom. Tigre grenzt südlich an Eritrea und zählt etwa 5 der 31 Millionen Einwohner Äthiopiens.

Geschichte des Befreiungskampfes

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterwarf der amharische König Menelik II mit Unterstützung der britischen und italienischen Imperialisten die an sein Reich angrenzenden Völker und errichtete das äthiopische Reich. Die Herrschaft des amharischen Feudaladels und der koptischen Kirche als dem größten Grundbesitzer richteten Äthiopien zugrunde und ließen es zu einem der ärmsten Länder der Erde werden. Zugleich errichteten sie ein tyrannisches Regime über die eroberten Völker, das unter dem Ansturm einer wachsenden Massenbewegung 1974 zerbrach. Nach einigem Schwanken und blutigen Machtkämpfen hat die herrschende Militärclique die Nationalitätenpolitik des gestürzten Kaisers Haile Selassie fortgesetzt.

Der Widerstand in Tigre gegen die amharischen Herren brach nie ab. 1943 erreichte er einen ersten Höhepunkt in einem Aufstand, in dem weite Teile des Landes, einschließlich der Städte, befreit wurden. Nur mit Hilfe der Briten wurde der Aufstand blutig niedergeworfen. Aber erst 1972 bildete sich eine nationale Organisation, die Tigray National Organization, aus der 1975 die TPLF hervorging, die den bewaffneten Kampf im selben Jahr aufnahm.

Programm der TPLF

Die TPLF versteht sich selber als antiimperialistisch, anti-zionistisch, antifeudal und anti-faschistisch. Sie kämpft für die nationale Selbstbestimmung des Volkes von Tigre im Rahmen einer nationaldemokratischen Revolution. Die TPLF sucht die Zusammenarbeit mit anderen Befreiungsbewegungen in Äthiopien. Sie strebt einen gemeinsamen äthiopischen Staat an unter den Bedingungen der Gleichheit, Demokratie und des gegenseitigen Nutzens der assoziierten äthiopischen Völker, erklärt jedoch ihr Recht, unter den Bedingungen nationaler Unterdrückung, ein unabhängiges demokratisches Tigre zu gründen.

Als den Hauptfeind des Volkes von Äthiopien betrachtet die TPLF die äthiopische Militärjunta, deren Regime sie als faschistisch bezeichnet. In ihrem Kampf sucht sie sich hauptsächlich auf die ländlichen Massen zu stützen. In den von ihr kontrollierten Gebieten hat sie eine Landreform durchgeführt, von der 2,2 Millionen Menschen betroffen gewesen sind. Der Vertreter der TPLF beschreibt diese Landreform so, daß alles Land zusammengenommen und dann neu an die Bauern verteilt worden sei. In der alten Gesellschaft habe es zwar wenig landlose, aber viele arme Bauern gegeben, die schwer unter den Feudallasten litten. Im übrigen bemüht sich die TPLF, in den von ihr kontrollierten Gebieten Schulen und Kliniken zu errichten, die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln und die Bevölkerung zu mobilisieren und in ihren Massenorganisationen zu organisieren.

Die militärische Lage

Die äthiopische Regierung versucht, die nationalen Bewegungen mit allen Mitteln zu unterdrücken. Solange sie sich dabei hauptsächlich auf die von ihr rekrutierten Bauernmilizen stützte, erlitt sie verheerende Niederlagen. In Eritrea eroberte die EPLF die meisten Städte, und über weite Teile Tigre's und der von Oromos und Somalis bewohnten Gebiete ging der Regierung die Kontrolle verloren.

1978 konnte die Regierung mit massiver sowjetischer Unterstützung, Beratern und kubanischen Soldaten die Städte und meisten Hauptstraßen wieder zurückerobern, ohne jedoch eine grundlegende strategische Wende zu ihren Gunsten erzielen zu können. Die TPLF zählte bis heute sechs Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzüge, die alle zurückgeschlagen werden konnten, der letzte endete erst im März 1981.

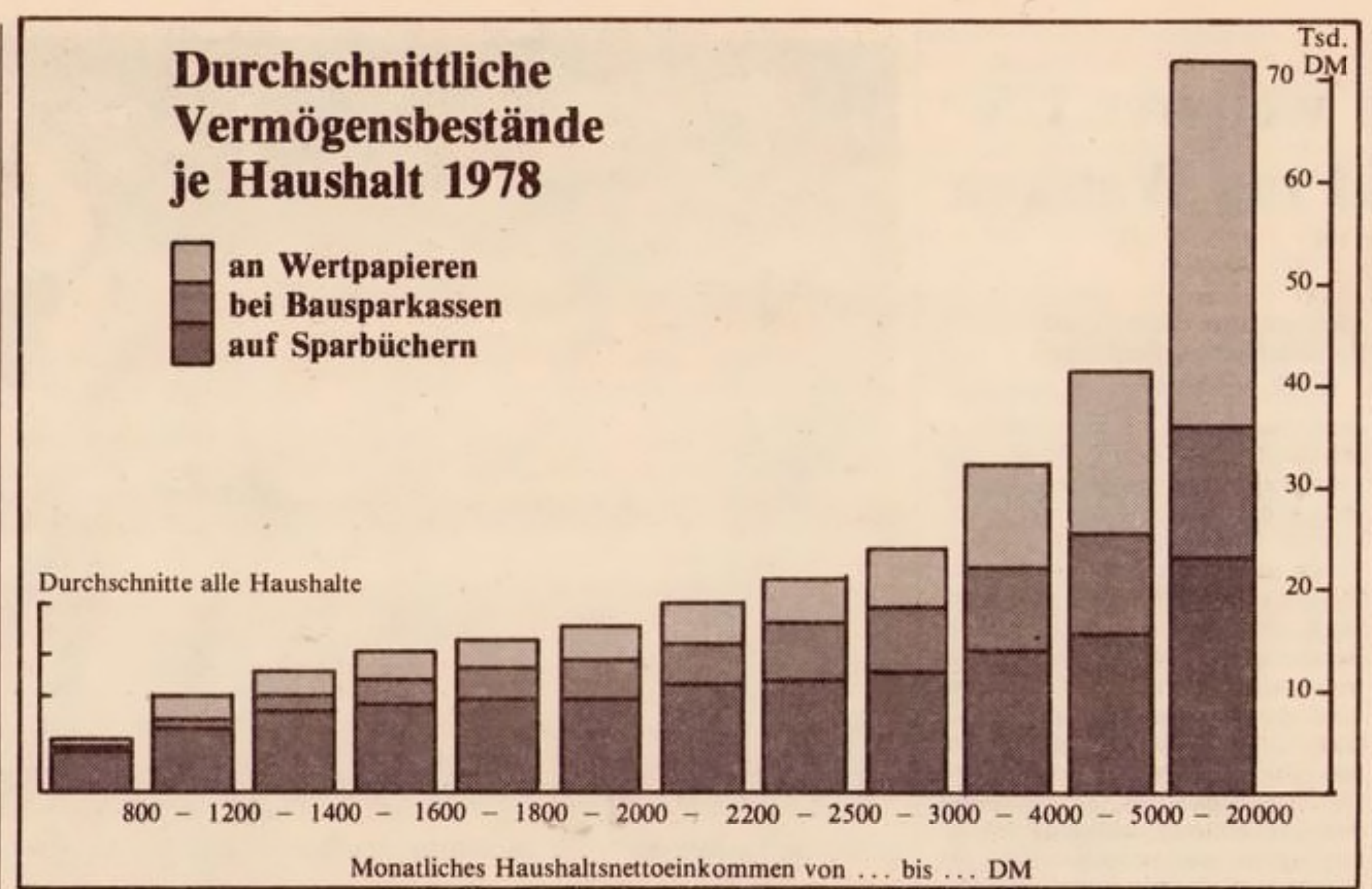
Während die TPLF 1978 etwa 60% Tigre's kontrollierte, sind es nach Angaben des TPLF-Vertreters heute bereits 80%. Vier von fünf Millionen Einwohnern leben danach in TPLF-Gebieten, davon 3,5 unter voller TPLF-Verwaltung.

Zur Konsolidierung des wankenden äthiopischen Regimes hat auch die seit Ende der siebziger Jahre in wachsendem Umfang ins Land fließende Entwicklungshilfe beigetragen. Die westlichen Imperialisten mochten sich in ihrer Suche nach Einfluß im strategisch wichtigen Horn von Afrika nicht alleine auf das in der Region isolierte Somalia stützen. Durch dessen groß-somalische Ambitionen verprellte es alle seine Nachbarn, in denen alle großen Bevölkerungsgruppen von Somalis leben und die sich deshalb in ihrer Integrität bedroht fühlten.

Auf der anderen Seite geht die sowjetische Hilfe nicht weit über die Militärhilfe hinaus. Dies und die drückende Abhängigkeit von Kubanern und Sowjets mag den Derg bewogen haben, sich dem Westen etwas mehr anzunähern.

Noch Ruhe beim Bauerntag

frb. Seit zehn Jahren hat sich das Realeinkommen in der westdeutschen Landwirtschaft nicht erhöht. So sagen es die Unterlagen der EG. Doch steigende Ausgaben für den EG-Agrarmarkt sollen jetzt gebremst werden. Nach einjährigem Brüten hat die EG-Kommission einen Bericht zur Gemeinschaftspolitik vorgelegt, der die bisherige Preispolitik durch Mengenbegrenzungen ergänzen will. Bei Getreide soll die Überschreitung des Produktionsziels eine Verringerung des Interventionspreises nach sich ziehen, der EG-Haushalt würde entlastet. „Gleichzeitig ließen sich die wettbewerbsfähigsten Betriebe weiter entwickeln", schreibt die Kommission. Bei den Milcherzeugnissen ist eine Erweiterung des Systems der „Mitverantwortung" der Erzeuger vorgesehen, das Produktionssteigerung bestraft. Freiherr Heereman, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, hat signalisiert, daß er gegen mengenbeschränkende Maßnahmen prinzipiell nichts hätte, weil nur so die bisherige Preispolitik zu retten ist. Und das „Herumreiten auf innerlandwirtschaftlichen Einkommensunterschieden" sei ein „vordergründiges Ablenkungsmanöver". Heereman ist unter Druck. Vor allem bei den Jungbauern gärt es. Seit längerem schon kritisieren sie, daß jede Preiserhöhung die Großen noch größer macht. Sie wollen weg von der EG-Politik. Weg mit den Subventionen, die nie beim Bauern ankommen, fordern sie. Und nach oben abgestaffelte Preise, d.h. Preiserhöhungen für die Kleinen, damit sie leben können, ohne wachsen zu müssen. Preissenkung für die Großen, damit ihnen das Wachstum verleidet wird. Auf dem Bauerntag in Trier ist davon wenig zu hören. Zu sehr noch haben die Gutsbesitzer und Großbauern das Sagen. Das Bild, das der Bauerntag über die Interessen der Bauernschaft bietet, ist falsch. So verschwindet auch die Gemeinsamkeit der Interessen mit den industriellen Arbeitern.



Einige Anhaltspunkte über die Vermögen der privaten Haushalte liefert die zuletzt 1978 durchgeführte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Haushalte mit Nettoeinkommen über 20000 DM sind gar nicht erfaßt, rund 50% aller Wertpapiere halten sie. 1,6% der erfaßten Haushalte gaben ein Monatseinkommen von 5000 bis 20000 DM an. Ihr angegebenes Vermögen war 72000 DM.
(Quelle: Wirtschaft und Statistik 4/81)

Wirtschaftsnachrichten

Die Preise für die Lebenshaltung aller privater Haushalte sollten im Juni 5,6% über dem Niveau des Vorjahres gelegen haben. Dies besagen vorläufige Angaben des Statistischen Bundesamtes. Auch im Mai hatte der Preisanstieg bei 5,6% gelegen. Für NRW werden Preissteigerungen von 5,9% gemeldet. – **Eine Erhöhung der Strom- und Gaspreise** hat der Vorstand der Contigas Deutsche Energie-AG angekündigt. Die Preise für Erdgas würden um 25 bis 30%, die Strompreise um 8 bis 12% steigen. – **Einen Spitzensteuersatz von 60%** statt der bisherigen 56% hat der IG-Metall-Vorsitzende Loderer in einem Interview mit der Hamburger „Morgenpost" gefordert. Sparmöglichkeiten gebe es genug, sagte er. Eingriffe in das „soziale Netz" seien daher unnötig. Auch Steuerrückstände könnten besser eingetrieben und z.B. die Steuervergünstigungen für Sportboote mit Dieselmotor beseitigt werden. – **26% seines Presse-Imperiums** plant Axel Cäsar Springer, frischgebackener Träger des Adenauer-Freiheits-Preises, an Senator Franz Burda in Offenburg zu vermachen. Rund 200 Mio. DM soll Burda für dieses Geschäft über den Tische geschoben haben. Eine Mehrheitsbeteiligung der Familie Burda an Springers Unternehmen soll angestrebt sein. – **580 Mrd. $ Schulden haben die Entwicklungsländer** nach Angaben des Internationalen Währungsfonds Ende 1980 verschuldet. Ein Jahr zuvor waren es 490 Mrd. $ gewesen. Brasilien, Mexiko, Türkei, Südkorea, Indonesien, Jugoslawien und Ägypten haben die höchsten Schulden. Rund die Hälfte aller Kredite ist bei privaten Banken aufgenommen. Ihr Anteil an der Verschuldung der Entwicklungsländer wächst von Jahr zu Jahr.

35-Stunden-Woche beschäftigt EG-Gipfel

frb. Neue Töne brachte Frankreichs sozialistischer Präsident Mitterrand auf den EG-Gipfel in Luxemburg. Er forderte Initiativen zur Erhöhung der Beschäftigung und zur ökonomischen Belebung. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte für die Gemeinschaft die Priorität der Prioritäten sein, sagte er und widersprach damit den Ausführungen von Thatcher, Schmidt und Spadolini, die der Formel folgten, Inflationsdämpfung habe Vorrang. Die Finanzpresse fürchtet, die kleinen Mitgliedsländer könnten Mitterrands Forderungen folgen. Er war es auch, der als Einziger Schritte der EG zur Einführung der 35-Stunden-Woche und bessere Arbeitsbedingungen forderte. Worauf Frau Thatcher meinte, es komme eher auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie an.

Zinnabkommen gegen die USA

frb. Mit einem brüchigen Kompromiß haben die Verhandlungen über das 6. Zinnabkommen in Genf geendet. Wird es ratifiziert, so setzt es das Mitte 1982 auslaufende 5. Abkommen fort. Obgleich die Forderungen der Produzentenländer der Dritten Welt sich nur unvollkommen durchsetzen konnten, bringt es eine wesentliche Neuerung, die auf den von der UNCTAD aufgestellten Grundsätzen basiert. Die Ausgleichslager werden von Produzenten- und Komsumentenländern gemeinsam finanziert, während bisher hauptsächlich die Produzenten die Mittel aufzubringen hatten. Die USA sind dem Abkommen denn auch nicht beigetreten, entsprechend der von Reagan verschärften Umgangsweise mit den Forderungen der Entwicklungsländer. Erst nachdem die EG-Verhandlungskommission Erpressungsversuchen der USA nicht zugänglich war, war überhaupt ein Abschluß möglich geworden.

Ausbau der Kernenergie in Frankreich gestoppt
Vom „Nuclear total" zum „sozialistischen Ausverkauf der französischen Kernkraft?
ruw.Idar-Oberstein. „Wir haben das ehrgeizigste Nuklearprogramm der Welt." Das war nach den Worten Giscard d'Estaing's noch Anfang des Jahres der französische Kernenergiekurs. Und in der Tat. Nach der installierten Kapazität von Kernkraftwerken liegt Frankreich mit 11 Milliarden Watt nach den USA (52,4 Mrd. Watt), Japan (15,1 Mrd. Watt), und der UdSSR
Auch konnte Anfang des Jahres „Framatome", der französische Hersteller von KKW's, den Lizenzvertrag mit der amerikanischen Gesellschaft Westinghouse vorzeitig kündigen und in einen Vertrag technischer Zusammenarbeit gleichberechtigter Partner umwandeln. Damit war Frankreich beim Export von Atomkraftwerken an kein amerikanisches Veto mehr gebun-
heitsbeauftragten für Kernkraftwerke, Jean Servant. In seiner Rücktrittserklärung, die monatelang verheimlicht worden war, hatte Servant erklärt, er sehe sich außerstande, seinen Auftrag zu erfüllen. Von verschiedenen Regierungsstellen würde seine Arbeit massiv behindert und die „auftauchenden Probleme werden zu den geringsten Kosten gelöst".
unterschiedlich: „Wir sind nicht gegen die Kernenergie, aber wir wollen auch keine ausschließliche und aufgezwungene Kernenergie", so der Industrieminister Joxe. Dies liegt auf der im Wahlkampf vertretenen Linie, wonach sich die Sozialisten nicht grundsätzlich gegen die Kernenergie aussprachen, sondern gegen eine einseitige und übersteigerte Abhängigkeit von einem einzigen
die Absicht, die im Bau befindlichen Kraftwerke fertigzustellen, nicht aber neue Bauplätze zu eröffnen." Fast gleichzeitig mit der Plogoff-Erklärung Mitterands gab der sozialistische Industrieminister grünes Licht für die Inbetriebnahme zweier neuer AKWs in Graveslines und Tricastin. Teile der PS treten für den endgültigen Stop zehn weiterer Projekte ein, darunter Chooz an der belgischen Grenze und Cattenom an der luxemburgisch-deutschen Grenze.
Energiepolitisch will die PS durch Umstrukturierungen den vorraussichtlichen Ölverbrauch auf 230 Millionen Tonnen im Jahre 1990 begrenzen, die Regierung Barre rechnete mit 242 Millionen Tonnen. Zugleich soll der Anteil der Kernenergie an der gesamten

Preiserhöhungen für die Kleinen, damit sie leben können, ohne wachsen zu müssen. Preissenkung für die Großen, damit ihnen das Wachstum verleidet wird. Auf dem Bauerntag in Trier ist davon wenig zu hören. Zu sehr noch haben die Gutsbesitzer und Großbauern das Sagen. Das Bild, das der Bauerntag über die Interessen der Bauernschaft bietet, ist falsch. So verschwindet auch die Gemeinsamkeit der Interessen mit den industriellen Arbeitern.
tes. Auch im Mai hatte der Preisanstieg bei 5,6% gelegen. Für NRW werden Preissteigerungen von 5,9% gemeldet. – Eine Erhöhung der Strom- und Gaspreise hat der Vorstand der Contigas Deutsche Energie-AG angekündigt. Die Preise für Erdgas würden um 25 bis 30%, die Strompreise um 8 bis 12% steigen. – Einen Spitzensteuersatz von 60% statt der bisherigen 56% hat der IG-Metall-Vorsitzende Loderer in einem Interview mit der Hamburger
Wirtschaftsnachrichten
könnten besser eingetrieben und z.B. die Steuervergünstigungen für Sportboote mit Dieselmotor beseitigt werden. – 26% seines Presse-Imperiums plant Axel Cäsar Springer, frischgebackener Träger des Adenauer-Freiheits-Preises, an Senator Franz Burda in Offenburg zu vermachen. Rund 200
Schulden haben die Entwicklungsländer nach Angaben des Internationalen Währungsfonds Ende 1980 verschuldet. Ein Jahr zuvor waren es 490 Mrd. $ gewesen. Brasilien, Mexiko, Türkei, Südkorea, Indonesien, Jugoslawien und Ägypten haben die höchsten Schulden. Rund die Hälfte aller Kredite ist bei privaten Banken aufgenommen. Ihr Anteil an der Verschuldung der Entwicklungsländer wächst von Jahr zu Jahr.
finanziert, während bisher hauptsächlich die Produzenten die Mittel aufzubringen hatten. Die USA sind dem Abkommen denn auch nicht beigetreten, entsprechend der von Reagan verschärften Umgangsweise mit den Forderungen der Entwicklungsländer. Erst nachdem die EG-Verhandlungskommission Erpressungsversuchen der USA nicht zugänglich war, war überhaupt ein Abschluß möglich geworden.

Ausbau der Kernenergie in Frankreich gestoppt

Vom „Nuclear total" zum „sozialistischen Ausverkauf der französischen Kernkraft?

ruw.Idar-Oberstein. „Wir haben das ehrgeizigste Nuklearprogramm der Welt." Das war nach den Worten Giscard d'Estaing's noch Anfang des Jahres der französische Kernenergiekurs. Und in der Tat. Nach der installierten Kapazität von Kernkraftwerken liegt Frankreich mit 11 Milliarden Watt nach den USA (52,4 Mrd. Watt), Japan (15,1 Mrd. Watt), und der UdSSR (14,2 Mrd. Watt) auf dem vierten Platz der Kernkrafterzeuger. Die BRD liegt mit 8,6 Mrd. Watt an fünfter Stelle. Rechnet man aber die noch vor dem Präsidenten- und Regierungswechsel im Bau befindlichen und gestellten Anlagen hinzu, so nimmt Frankreich mit 56,6 Mrd. Watt hinter den USA den 2. Platz ein. (Handelsblatt 3.2.81) Tatsächlich wurde in den letzten Jahren in Frankreich alle 2 – 3 Monate ein neues KKW mit 920 Megawatt in Betrieb genommen. Bis 1985 wollte die Regierung Barre rund 100 Milliarden Francs in die Kernenergie investieren und bis 1990 ingesamt über 60 KKW's bauen. Damit sollte der Anteil der Kernenergie an der Primärenergie von 3,4% 1980 auf 20,4% 1985 steigen. Bis 1990 sollte sogar rund 75% des Stroms aus KKW's kommen. Dabei setzte die alte französische Regierung auch auf die „Schnelle Brüter"-Technologie. In Marcoule/Südfrankreich sollten für 16 Mrd. Francs zwei „Schnelle Brüter" gebaut werden, weitere drei waren an der Rhône geplant. Zusammenballungen von bis zu vier Reaktoren mit 5200 Megawatt waren bei der Baulinie Druckwasserreaktor die Regel.

Begründet wurde dieses Programm hauptsächlich mit Frankreichs Abhängigkeit von importierten Erdöl; Strom wird in Frankreich zu mehr als 50% mit Öl erzeugt, in der BRD sind es lediglich 7%. Bis 1990 sollten die KKW's die Einfuhr von 73 Milliarden Tonnen Mineralöl überflüssig machen. Damit würde sich, so die FAZ vom 6.2.81 „Frankreichs Handelsbilanz (1980: 60 Milliarden Francs) in einen prächtigen Überschuß verwandeln."

Auch konnte Anfang des Jahres „Framatome", der französische Hersteller von KKW's, den Lizenzvertrag mit der amerikanischen Gesellschaft Westinghouse vorzeitig kündigen und in einen Vertrag technischer Zusammenarbeit gleichberechtigter Partner umwandeln. Damit war Frankreich beim Export von Atomkraftwerken an kein amerikanisches Veto mehr gebunden. Ein Vorgang, der für die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit spricht.

„Ohne neuesten technischen Standard"

Dieses mit Polizeistaatsmethoden gegen die französische Anti-AKW-Bewegung durchgesetzte Programm wurde von der westdeutschen Bourgeoisie mit gemischten Gefühlen verfolgt. Einerseits war Frankreich dabei, sich einen vermeintlichen Konkurrenzvorsprung aufzubauen, andererseits konnte man in Finanzkreisen auch eine gewisse Bewunderung nicht verbergen, die RWE sprach von der „Atomtraumlandschaft Frankreich". Die Gründe waren im wesentlichen, daß „die verantwortlichen französischen Behörden einmal einen als verbindlich anerkannten Sicherheitsstandard über längere Zeit akzeptieren, ohne ständig dem neuesten technischen Standard hinterherzulaufen". (FAZ 10.3.81) Auch mit den Genehmigungsverfahren hielt man sich bisher in Frankreich nicht lange auf, sie dauerten im Schnitt ein Jahr. Daß gerade an französischen KKWs wiederholt Materialfehler und Haarrisse festgestellt wurden, schien Betreiber und Regierung in der Vergangenheit wenig zu stören. Allein in der Wiederaufbereitungsanlage La Hague kam es 1980 zu sechs schweren Unfällen, wobei mehrmals die Umgebung der Anlage und Beschäftigte radioaktiv verseucht wurden. Das französchische Wochenmagazin „Le Point" veröffentlichte im Dezember 1980 Enthüllungen über den Rücktritt des staatlichen Sicherheitsbeauftragten für Kernkraftwerke, Jean Servant. In seiner Rücktrittserklärung, die monatelang verheimlicht worden war, hatte Servant erklärt, er sehe sich außerstande, seinen Auftrag zu erfüllen. Von verschiedenen Regierungsstellen würde seine Arbeit massiv behindert und die „auftauchenden Probleme werden zu den geringsten Kosten gelöst".

Aufschlußreich war auch ein von der Stadt Trier und anderen Kommunen mit der Trierer BI gegen das KKW Cattenom/Lothringen im Mai veranstaltetes Expertenhearing. Die Mehrzahl der eingeladenen Wissenschaftler, die an vier Abenden vor 2700 Zuhörern referierten, kam zu dem Ergebnis, daß die französischen Sicherheitsbestimmungen noch problematischer seien als die westdeutschen. So konnte beispielsweise Dr. Dieter Teufel vom Institut für Energie- und Umweltforschung aus Heidelberg in einem detaillierten Vergleich nachweisen, daß die französischen Grenzwerte für radioaktive Substanzen in allen Bereichen um ein Vielfaches höher liegen als bei westdeutschen Anlagen, dabei „müßten die meisten KKWs in Westdeutschland heute schon sofort stillgelegt werden!" (Teufel)

Volksentscheid angestrebt

Es ist klar, daß allein durch den Wechsel der politischen Verhältnisse die etwa 40 Reaktoren nicht sicherer geworden sind. Äußerungen in Richtung Betriebsstopp sind von den an der Regierung beteiligten Kräften nicht bekannt. Die in der jetzigen Regierung vertretene PCF war in der Vergangenheit für den rigorosen Ausbau der Kernenergie. Die Sozialistische Partei ist die einzige Partei in Frankreich, die sich gegen das bisherige Kernenergieprogramm gestellt hat. Allerdings gibt es auch eine Strömung in der PS für den Ausbau der Kernenergie. Die Stimmen aus der neuen Regierung sind demnach auch unterschiedlich: „Wir sind nicht gegen die Kernenergie, aber wir wollen auch keine ausschließliche und aufgezwungene Kernenergie", so der Industrieminister Joxe. Dies liegt auf der im Wahlkampf vertretenen Linie, wonach sich die Sozialisten nicht grundsätzlich gegen die Kernenergie aussprachen, sondern gegen eine einseitige und übersteigerte Abhängigkeit von einem einzigen Energieträger. Der Staatssekretär für Umweltschutz, Bombard, setzt die Akzente anders: „Es wird kein Kernkraftwerk gebaut, ehe wir nicht andere Formen der Energiegewinnung entwickelt haben." (FAZ, 14.6.81) Mitterrand selbst hat noch vor den Parlamentswahlen am 3. Juni erklärt: „Ich habe die Absicht, die im Bau befindlichen Kraftwerke fertigzustellen, nicht aber neue Bauplätze zu eröffnen." Fast gleichzeitig mit der Plogoff-Erklärung Mitterands gab der sozialistische Industrieminister grünes Licht für die Inbetriebnahme zweier neuer AKWs in Graveslines und Tricastin. Teile der PS treten für den endgültigen Stop zehn weiterer Projekte ein, darunter Chooz an der belgischen Grenze und Cattenom an der luxemburgisch-deutschen Grenze.

Energiepolitisch will die PS durch Umstrukturierungen den vorraussichtlichen Ölverbrauch auf 230 Millionen Tonnen im Jahre 1990 begrenzen, die Regierung Barre rechnete mit 242 Millionen Tonnen. Zugleich soll der Anteil der Kernenergie an der gesamten Primärenergie nicht 30 sondern „nur" 21% ausmachen. Insbesondere soll stattdessen der Anteil der Kohle höher liegen, nämlich bei 18,5% statt 11,5%. Absolut sind das etwa 30 Millionen Tonnen im Jahr, die Regierung Barre hatte nur ein Drittel dieser Menge vorgesehen.

In der französischen Industrie wird teilweise befürchtet, daß es nicht beim Baustopp für Kernkraftwerke bleibt, sondern auch die „Schnelle-Brüter"-Technologie und der Ausbau der Wiederaufbereitungsanlage von La Hague auf Eis gelegt wird. „Der sozialistische Ausverkauf der französischen Kernkraft," so die Zeitung ‚Le Figaro', werde seine negativen Folgen erst nach der Amtszeit Mitterrands in sieben Jahren zeigen. Mitterrand selbst hat, entsprechend seiner Linie, die Gewalt der Zentralregierung zugunsten volksnaher Entscheidungen einzuschränken, angekündigt, daß es nach den Parlamentswahlen eine umfassende Debatte über die bisherige Atompolitik geben soll. Möglicherweise soll sogar ein Volksentscheid über die weitere Kernenergiepolitik entscheiden. Solch eine breite Debatte könnte jedenfalls von der französischen Anti-AKW-Bewegung, die zuletzt während der Amtszeit Giscard d'Estaing's sehr zersplittert und politisch fast bedeutungslos war, genutzt werden, um die grundsätzlichen Argumente gegen die Kernenergie zu stärken. Reorganisationsversuche gibt es nach dem Sieg der Sozialisten allerorten. Dabei wird man sich auf Teile der PS selbst und einer der beiden großen Gewerkschaften, der CFDT, stützen können.

BBU fordert die neue französische Regierung auf, die grenzüberschreitende Umweltverschmutzung zu stoppen

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. – BBU – hat den französischen Präsidenten Mitterrand sowie den Regierungschef Mauroy am 24. Juni 1981 in einem Schreiben aufgefordert, der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung mehr Bedeutung beizumessen und die Blockade-Politik bei der Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes aufzugeben. Frankreich hat in der Vergangenheit mit einer veralteten Ideologie der nationalen Souveränität jede Verpflichtung und Kontrolle bei grenzüberschreitenden Umweltschutzproblemen abgelehnt. Am französischen Veto ist deshalb eine koordinierte Umweltschutzpolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft bereits mehrmals gescheitert, so z.B. die sog. „Seveso-Richtlinie" zur Kontrolle gefährlicher Industrieanlagen, die Richtlinie zur „Umwelt-Verträglichkeitsprüfung" von technischen Großprojekten und die Regelung der Umweltverschmutzung durch Quecksilber. Die deutschen Umweltschützer knüpfen an die Politik der neuen französischen Regierung Erwartungen und Hoffnungen, erklärte der BBU-Vorstand in seinem Brief.

Helfen Weltbankkredite der Dritten Welt?

Wachsender Widerstand gegen imperialistische Rohstoffsicherung und Markterschließung



cht. Der in diesem Jahr zurückgetretene Päsident der Weltbank, McNamara, kann mit Recht behaupten, daß die Weltbank während der 13 Jahre seiner Geschäftsführung erfolgreich war. Die Bank hat sich zum wichtigsten Kreditinstitut der Welt entwickelt, und hat mit 11,5 Mrd. $ (Jahresbericht 1980) ihre Kreditsumme seit 1968 um das zehnfache gesteigert. Die Weltbankkredite an die Länder der 3. Welt machen ca. 20% aller Entwicklungshilfefinanzierungen aus. Da die Projekte der Weltbank in der Regel von ihr nur teilfinanziert werden, ist ihr Gewicht, gemessen an der Gesamtsumme der Projekte, weitaus größer: sie kontrolliert derzeit mehr als 1600 Projekte in 100 Ländern, im Gesamtwert von mehr als 100 Mrd. $. Für die Länder der 3. Welt ist diese Organisation nicht nur wegen ihres finanziellen Gewichts bedeutend; die Weltbank beeinflußt, sich auf einen Riesenapparat von Fachleuten stützend, mit Gutachten zur Entwicklungsstrategie, zur Beratung von Entwicklungsfinanzierungen durch Dritte, mit Länderberichten und Stellungnahmen über Kreditwürdigkeit bestimmter Regierungen und ihrer Wirtschaftspolitik, die Entwicklungsmöglichkeiten und den Handlungsspielraum dieser Länder nicht unerheblich. Es muß also gefragt werden, welchen Einfluß sie hat, und ob sie einen positiven Beitrag zur Entwicklung ihrer Wirtschaft leistet.

Anders als in der UNO haben die Mitglieder der Weltbank nicht gleiches Stimmrecht. Ihr Präsident wird von der Regierung der Vereinigten Staaten eingesetzt, und die Stimmanteile, vergeben nach Kapitalbeteiligung, garantieren den USA die Kontrolle der Konferenz der Mitglieder: sie haben 21% der Stimmen, gefolgt von BRD, Japan und Frankreich mit je 5,3% der Stimmen. Trotzdem wäre es verfehlt, die Weltbank ausschließlich als ein Instrument des US-Imperialismus zu betrachten. Seitdem die Länder der 3. Welt politisch ihre Position gegenüber

100 Mrd. $. Für die Länder der 3. Welt ist diese Organisation nicht nur wegen ihres finanziellen Gewichts bedeutend; die Weltbank beeinflußt, sich auf einen Riesenapparat von Fachleuten stützend, mit Gutachten zur Entwicklungsstrategie, zur Beratung von Entwicklungsfinanzierungen durch Dritte, mit Länderberichten und Stellungnahmen über Kreditwürdigkeit bestimmter Regierungen und ihrer Wirtschaftspolitik, die Entwicklungsmöglichkeiten und den Handlungsspielraum dieser Länder nicht unerheblich. Es muß also gefragt werden, welchen Einfluß sie hat, und ob sie einen positiven Beitrag zur Entwicklung ihrer Wirtschaft leistet.

Anders als in der UNO haben die Mitglieder der Weltbank nicht gleiches Stimmrecht. Ihr Präsident wird von der Regierung der Vereinigten Staaten eingesetzt, und die Stimmanteile, vergeben nach Kapitalbeteiligung, garantieren den USA die Kontrolle der Konferenz der Mitglieder: sie haben 21% der Stimmen, gefolgt von BRD, Japan und Frankreich mit je 5,3% der Stimmen. Trotzdem wäre es verfehlt, die Weltbank ausschließlich als ein Instrument des US-Imperialismus zu betrachten. Seitdem die Länder der 3. Welt politisch ihre Position gegenüber
den Imperialisten gestärkt haben und sie in der UNO und anderen internationalen Zusammenschlüssen sowie innerhalb der Weltbank Kritik an ihrer Politik äußern, ist sie ideologisch unter Druck geraten und wurde gezwungen, ihre Ausrichtung und Schwerpunkte, zumindest was ihre Absichtserklärungen betrifft, zu ändern. Während die Weltbank noch bis zu den siebziger Jahren den Schwerpunkt auf Infrastrukturprojekte legte, deren Hauptnutznießer offensichtlich das nach neuen Märkten und Anlagesphären drängende imperialistische Kapital ist, während sie die Förderung privater Investitionen an die ersten Stelle setzte, sieht sie sich nun gezwungen, auch Projekte im Erziehungswesen, Gesundheitswesen und von den Regierungen getragene Projekte in der Landwirtschaft zu unterstützen. Seit 1976 pflegt die Weltbank sich in der Einleitung zum Jahresbericht entsprechend darzustellen: „Während die Weltbank herkömmlich alle Arten von Infrastrukturmaßnahmen finanziert hat, wie Straßen, Eisenbahnen, Telekommunikation, Hafenanlagen und Kraftwerke, betont die jetzige Entwicklungsstrategie Investitionen, die direkt den Lebensstandard der armen Massen in den Entwicklungsländern beeinflussen, indem ihre Produktivität gesteigert wird und sie als aktive Partner in den Entwicklungsprozeß einbezogen werden. Diese Strategie wird zunehmend deutlich in den Projekten zur ländlichen Entwicklung, der Landwirtschaft und Erziehung, ..."

Ob die behauptete Zielsetzung, die Armut und den Hunger in den Entwicklungsländern zu bekämpfen, mit der tatsächlichen Politik und den konkreten Projekten eingelöst wird oder ob die Bank weiterhin hauptsächlich imperialistische Interessen verfolgt, kann am besten im Bereich der Landwirtschaft und Energie überprüft werden. Für die Länder der 3. Welt ist die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion die allerwichtigste Voraussetzung, um das Nahrungsmitteldefizit und die Abhängigkeit von den imperialistischen Lebensmittelimporten zu überwinden. Die Förderung der armen Bauern und kleinen Pächter ist dabei der wichtigste Hebel, da sie die Masse der ländlichen Bevölkerung bilden, und die Unterernährung in diesen Schichten kann nur durch eine Stärkung ihrer Produktivität beseitigt werden. Da die herkömmlichen Energieformen, die diesen Kleinbauern und Pächtern in der überwiegenden Mehrheit alleine zur Verfügung stehen und die eine bedeutende Rolle in der Nahrungsmittelproduktion und -verarbeitung spielen, verknappen – wie Brennholz und Weideland für die Arbeitstiere – stehen die Länder der 3. Welt vor der Aufgabe, neue Energieformen zu finden, die einerseits nicht die Abhängigkeit von den Imperialisten durch steigende Importe von Rohstoffen und Technologie vergrößern, und die andererseits den ländlichen Massen zur Verfügung stehen können, d.h. dezentral und mit einfachen Mitteln einsetzbar sind.

Projekte zur Energieförderung

Die Weltbank hat mindestens seit 1977 die Steigerung der verfügbaren Energie in der 3. Welt zu einem ihrer Hauptanliegen gemacht. Die Tatsache, daß ihre Projekte ausschließlich die Entwicklung kommerzieller Energie fördern, steht dabei in krassem Gegensatz dazu, daß diese Energie für die Massen der ländlichen Bevölkerung sowohl unerreichbar, als auch bislang ohne Bedeu-

den. Da die herkömmlichen Energieformen, die diesen Kleinbauern und Pächtern in der überwiegenden Mehrheit alleine zur Verfügung stehen und die eine bedeutende Rolle in der Nahrungsmittelproduktion und -verarbeitung spielen, verknappen – wie Brennholz und Weideland für die Arbeitstiere – stehen die Länder der 3. Welt vor der Aufgabe, neue Energieformen zu finden, die einerseits nicht die Abhängigkeit von den Imperialisten durch steigende Importe von Rohstoffen und Technologie vergrößern, und die andererseits den ländlichen Massen zur Verfügung stehen können, d.h. dezentral und mit einfachen Mitteln einsetzbar sind.

Projekte zur Energieförderung

Die Weltbank hat mindestens seit 1977 die Steigerung der verfügbaren Energie in der 3. Welt zu einem ihrer Hauptanliegen gemacht. Die Tatsache, daß ihre Projekte ausschließlich die Entwicklung kommerzieller Energie fördern, steht dabei in krassem Gegensatz dazu, daß diese Energie für die Massen der ländlichen Bevölkerung sowohl unerreichbar, als auch bislang ohne Bedeu-
tung ist: traditionelle Energieformen machen in Asien noch 50–60% und in Afrika 70–90% des Gesamtverbrauchs aus. Die Bemühungen der Länder, Energieformen zu finden, die sich nicht verbrauchen, werden, von einigen Landwirtschaftsprojekten zur Aufforstung abgesehen, von der Weltbank nicht unterstützt. Stattdessen beschloß sie 1977, die Ölproduktion in den Entwicklungsländern zu steigern. Sie finanzierte zunächst nur Investitionen in Ölförderung aus bekannten Reserven, die einen hohen Gewinnertrag versprachen. 1979 legte sie ein neues Programm vor, mit dem sowohl die Förderung als auch die Erschließung von Öl finanziert werden soll. Von den gebilligten 18 Projekten finanzieren 9 die vorbereitende Enwicklung, mit Probebohrungen, Explorationsförderung und Einschätzung von entdeckten Fundstellen in Argentinien, Bolivien, Honduras, Madagaskar, Peru und in der Volksrepublik Jemen. Die Projekte werden in Zusammenarbeit mit den großen Ölkonzernen durchgeführt, und diese sind mehr daran interessiert, Öl für den Export in die Industrieländer als kleine Vorkommen zu fördern, die nur für den Verbrauch im Land verwertet werden können. Entsprechend sind die Schwerpunkte bei der Ölförderung gesetzt, und die Bemühungen der Weltbank um die Steigerung der Energieproduktion in der 3. Welt entpuppen sich als Vorsorgemaßnahmen zur Energieversorgung der Industrieländer. Die Bank steigerte die Kredite für Öl-, Gas- und Kohle-Projekte von 1979 auf 1980 um das Vierfache.

Alle weiteren Projekte im Energiebereich fördern Kohlekraftwerke und Staudämme für Wassenkraftwerke oder den Ausbau und das Verteilersystem für bestehende Kraftwerke. In keinem Fall wird durch ein Energieprojekt die ländliche Bevölkerung und landwirtschaftliche Produktion gefördert; im besten Fall dienen diese Investitionen der Entwicklung einer eigenständigen Industrie, in den meisten Fällen wird der Strom imperialistische Industrieanlagen versorgen. Im Falle von einigen Projekten zum Bau von Staudämmen und Wasserkraftwerken ist anstelle der Förderung mit der Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion zu rechnen. Das mit der Inter-Amerikanischen Entwicklungs-

verwertet werden können. Entsprechend sind die Schwerpunkte bei der Ölförderung gesetzt, und die Bemühungen der Weltbank um die Steigerung der Energieproduktion in der 3. Welt entpuppen sich als Vorsorgemaßnahmen zur Energieversorgung der Industrieländer. Die Bank steigerte die Kredite für Öl-, Gas- und Kohle-Projekte von 1979 auf 1980 um das Vierfache.

Alle weiteren Projekte im Energiebereich fördern Kohlekraftwerke und Staudämme für Wassenkraftwerke oder den Ausbau und das Verteilersystem für bestehende Kraftwerke. In keinem Fall wird durch ein Energieprojekt die ländliche Bevölkerung und landwirtschaftliche Produktion gefördert; im besten Fall dienen diese Investitionen der Entwicklung einer eigenständigen Industrie, in den meisten Fällen wird der Strom imperialistische Industrieanlagen versorgen. Im Falle von einigen Projekten zum Bau von Staudämmen und Wasserkraftwerken ist anstelle der Förderung mit der Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion zu rechnen. Das mit der Inter-Amerikanischen Entwicklungs-
bank und anderen kommerziellen Banken gemeinsam finanzierte Wasserkraftwerk am Parana in Argentinien, das aus 20 Einheiten zu je 135 MW bestehen soll, und bei dem ein 70 km langer Staudamm aufgeschüttet wird, erfordert die Umsiedlung von 33000 Menschen. Ein kleineres Stauwerk in Thailand wird 2000 Familien von ihrem Boden vertreiben. Auch wenn der Jahresbericht der Weltbank beteuert, daß die Hauptsorge der Bekämpfung der Armut und des Hungers gilt, tragen die Projekte im Energiebereich nichts dazu bei, und unterscheiden sich tatsächlich nicht von der früheren Politik, Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren, die den Einstrom imperialistischen Kapitals begünstigen.

Im vorigen Jahr veröffentlichte die Bank den Plan, eine vierte angeschlossene Einrichtung zu schaffen, die ausschließlich Mittel zur Förderung von Energie in der 3. Welt bereitstellen sollte. Dies geschah kurz nachdem die OPEC die Absicht, einen eigenen Energie-Entwicklungsfond zu gründen, bekanntgegeben hatte. Auch wenn dieser Plan entlang derselben alten energiepolitischen Vorstellungen entworfen war, und außerdem das Ziel hatte, die OPEC-Länder unter Druck zu setzen, diesen Fonds statt eines eigenen massiv zu unterstützen, könnte dieser Weltbank-Energiefonds eine nützliche Rolle spielen, wenn den Ländern der 3. Welt eine größere Kontrolle eingeräumt würde. Mit der Neuausrichtung der Politik unter der Präsidentschaft Reagans haben die USA ihre versprochene finanzielle Unterstützung entzogen. Die Regierung Reagan zieht es vor, US-Kapital direkt zu investieren, um sich die ausschließliche Kontrolle zu sichern. Das Projekt ist so gut wie gescheitert, nachdem die OPEC nun auch keine Veranlassung mehr sieht, es weiter zu unterstützen.

Die Landwirtschaftsprojekte

Von den Landwirtschaftsprojekten der Weltbank haben solche, die die Lebensmittelselbstversorgung der Länder stärken, keineswegs die bedeutendste Stellung. Die im Jahresbericht 1980 aufgeführten Projekte lassen sich in folgende Gruppen einteilen:

24 für Bereitstellung von Krediten, technischem Beratungsdienst, Ausbildung; 18 für Bewässerung, Landgewinnung; 17 für Lebensmittelproduktion für den Eigenbedarf; 16 für landwirtschaftliche Exportgüter und Plantagenproduktion; 9 für Wiederauffor-

hatte, die OPEC-Länder unter Druck zu setzen, diesen Fonds statt eines eigenen massiv zu unterstützen, könnte dieser Weltbank-Energiefonds eine nützliche Rolle spielen, wenn den Ländern der 3. Welt eine größere Kontrolle eingeräumt würde. Mit der Neuausrichtung der Politik unter der Präsidentschaft Reagans haben die USA ihre versprochene finanzielle Unterstützung entzogen. Die Regierung Reagan zieht es vor, US-Kapital direkt zu investieren, um sich die ausschließliche Kontrolle zu sichern. Das Projekt ist so gut wie gescheitert, nachdem die OPEC nun auch keine Veranlassung mehr sieht, es weiter zu unterstützen.

Die Landwirtschaftsprojekte

Von den Landwirtschaftsprojekten der Weltbank haben solche, die die Lebensmittelselbstversorgung der Länder stärken, keineswegs die bedeutendste Stellung. Die im Jahresbericht 1980 aufgeführten Projekte lassen sich in folgende Gruppen einteilen:

24 für Bereitstellung von Krediten, technischem Beratungsdienst, Ausbildung; 18 für Bewässerung, Landgewinnung; 17 für Lebensmittelproduktion für den Eigenbedarf; 16 für landwirtschaftliche Exportgüter und Plantagenproduktion; 9 für Wiederauffor-
stungsprogramme.

Da die Kreditbedingungen der IBRD nur den Ländern, die Rückzahlungsgarantien im gesetzten Zeitraum und mit marktüblichen Zinsen geben können, zugute kommen, sind die ärmsten Länder – und das sind die mit dem größten Ernährungsdefizit – auf IDA-Kredite angewiesen. Mit 3,838 Mrd. $ wurden 1980 Darlehen der IDA für 103 Projekte in 40 Ländern vergeben. Diese Mittel betragen nur ca. 30% der Kredite der Weltbank und es ist abzusehen, daß ihr Anteil sinkt unter der neuen Ausrichtung der US-Politik gegenüber der 3. Welt.

Die IDA-Landwirtschaftsprojekte werden im Jahresbericht der Weltbank so beschrieben, als ob ihr Nutzen sich in ganz klaren Zahlen voraussagen ließe, z.B. für ein Projekt in Ghana, 29,5 Mio. $: „Voraussichtlich 60000 Bauernfamilien werden von einem landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekt im Volta-Gebiet profitieren, das verbesserte Dienstleistungen, Kredite und Ausbildung für Bauern unterstützt sowie die Einrichtung von 65 landwirtschaftlichen Diensteinrichtungen, den Ausbau des Landwirtschaftlichen Instituts in Adidome; und die Konstruktion und Verbesserung von Zufahrtswegen." Projekte dieses Typs nehmen den größten Posten der landwirtschaftlichen Projekte ein, und entsprechen der Politik der Weltbank, das Schwergewicht auf technologische Entwicklung mit Einsatz von Düngemitteln und Maschinen zu legen, um die Produktivität in der Landwirtschaft zu fördern. Was zumindestens damit erreicht worden ist, ist die kapitalistische Durchdringung der Landwirtschaft und die Schaffung neuer Märkte für industrielle landwirtschaftliche Produkte aus den Industrieländern. Auch wo die landwirtschaftliche Produktion der Länder dadurch gesteigert werden konnte, wurden durch diese Maßnahmen die mittleren und großen Bauern gefördert, zuungunsten der kleinen. Ein Land wie Indien z.B. ist durch die von der Weltbank geförderte grüne Revolution in die Lage versetzt worden, einen Überschuß an landwirtschaftlichen Produkte für den Export zu produzieren, während die arme ländliche Bevölkerung mehr als zuvor vom Hunger bedroht ist.

Da die Weltbankkredite an Regierungen vergeben werden oder von Regierungen mit Bürgschaft abgedeckt werden müssen, hängt es auch von der politischen Situation eines Landes ab, welche Projekte von den Regierungen gewünscht und unterstützt werden. Die Beschreibung der Projekte, die z.B. in Tanzania durchgeführt werden, spricht dafür, daß die tanzanische Regierung klare Vorstellung und Planungen eingebracht hat, und die Durchführung der Projekte kontrolliert; z.B. ein IDA-Projekt, 10 Mio. $, das kleine Bauern stärkt: „Durch Bereitstellung von Setzlingen und durch verbesserte Forschung, Beratung, Vermarktung und Transport wird das Einkommen von 37000 kleinen Pyrethrum-Bauern über eine Zeit von 5 Jahren um 17% gesteigert." (Aus Pyrethrum wird ein natürliches, nicht giftiges Pflanzenschutzmittel gewonnen.) Ein krasses Beispiel für die Förderung kapitalistisch betriebener Landwirtschaft im Interesse der Imperialisten ist ein Pro-

Ein Land wie Indien z.B. ist durch die von der Weltbank geförderte grüne Revolution in die Lage versetzt worden, einen Überschuß an landwirtschaftlichen Produkte für den Export zu produzieren, während die arme ländliche Bevölkerung mehr als zuvor vom Hunger bedroht ist.

Da die Weltbankkredite an Regierungen vergeben werden oder von Regierungen mit Bürgschaft abgedeckt werden müssen, hängt es auch von der politischen Situation eines Landes ab, welche Projekte von den Regierungen gewünscht und unterstützt werden. Die Beschreibung der Projekte, die z.B. in Tanzania durchgeführt werden, spricht dafür, daß die tanzanische Regierung klare Vorstellung und Planungen eingebracht hat, und die Durchführung der Projekte kontrolliert; z.B. ein IDA-Projekt, 10 Mio. $, das kleine Bauern stärkt: „Durch Bereitstellung von Setzlingen und durch verbesserte Forschung, Beratung, Vermarktung und Transport wird das Einkommen von 37000 kleinen Pyrethrum-Bauern über eine Zeit von 5 Jahren um 17% gesteigert." (Aus Pyrethrum wird ein natürliches, nicht giftiges Pflanzenschutzmittel gewonnen.) Ein krasses Beispiel für die Förderung kapitalistisch betriebener Landwirtschaft im Interesse der Imperialisten ist ein Pro-
jekt der Bank in Marokko, 58 Mio. $, das Westeuropa im Winter mit Sommergemüse versorgen soll: „Durch die Einführung neuer Produktionstechniken und Stärkung der Produktionsplanung, Schaffung einer gesonderten Marktstruktur für Gemüse außerhalb der Saison, wird der Gemüseexport des Landes verdoppelt und die Deviseneinnahmen um 85 Mio. gesteigert. Ca. 8000 Bauernfamilien werden direkt profitieren, und 16000 zusätzliche Arbeitsplätze werden voraussichtlich geschaffen."

Die Liste der Projekte des Jahresberichts 1980 bestätigt den Verdacht, daß die Weltbank, weit davon entfernt, Regierungen, die die selbstständige Entwicklung ihres Landes anstreben, zu unterstützen, oder neutral zu sein, reaktionären Regierungen den Vorzug gibt und solchen, auf die die Imperialisten hoffen, sich weiterhin stützen zu können. Z.B. in Nordafrika ist Algerien bei den landwirtschaftlichen Krediten nur einmal vertreten mit 8 Mio. $, Marokko zweimal mit 92 Mio. $. Ein anderes Beispiel aus Südostasien sind Birma (2 Projekte: 125 Mio. $) und Indonesien (8 Projekte: 436,2 Mio. $). Bei der Auseinandersetzung in der Weltbank und im Weltwährungsfonds um eine Vertretung der PLO konnten die USA kraft ihres Stimmvorteils die Aufnahme der PLO verhindern; sie konnten jedoch nicht verhindern, daß eine Kommission zur Klärung der Frage eingerichtet worden ist. In der Auseinandersetzung mit den Forderungen der 3. Welt zeichnet sich auch für die Weltbank ab, daß sie immer mehr von den imperialistischen Positionen abrücken und Kompromisse suchen muß.

Weltbankgruppe dazu gehören heute 3 Institutionen mit je verschiedenen Aufgaben:

IBRD (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
– gegründet 1945
– 135 Mitglieder
– Kredite werden nur an Regierungen vergeben oder an Dritte mit Bürgschaft der Regierung. Laufzeit der Kredite im allgemeinen 20 Jahre, rückzuzahlen mit Beginn des 6. Jahres. Kommerzieller Zinssatz.

IDA (Internationale Entwicklungsgesellschaft)
– gegründet 1960
– 121 Mitglieder
– Kredite nur an Regierungen. Laufzeit der Kredite 50 Jahre, rückzuzahlen vom 11. Jahr an. Die Kredite sind zinsfrei, es wird aber eine Kontogebühr von 0,75% erhoben. IDA-Kredite werden an die ärmsten Länder vergeben. Nach dem letzten Jahresbericht sind das die Länder mit einem Pro-Kopf-Brutto-Sozialprodukt von 625 $ (im $-Wert von 1978). Dazu gehören 50 Länder.

IFC (Internationale Finanzgesellschaft)
– gegründet 1956
– vergibt Kredite zu handelsüblichen Bedingungen an Privatunternehmen, ohne erforderliche Regierungsbürgschaft.

Weltbankgruppe dazu gehören heute
– Kredite nur an Regierungen. Laufzeit der Kredite 50 Jahre, rück-



Der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Breit, kündigte entschiedenen Kampf gegen den Streikbrechereinsatz von Beamten an, der das Koalitionsrecht berührt. Er wandte sich damit auch gegen Bundespostminister Kurt Gscheidle, der den Einsatz von Beamten während Streiks weiterhin befürwortet.

Frankreich: Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche

acm. Nach der Bildung der französischen Regierung haben jetzt die Verhandlungen zwischen Kapitalistenverbänden, Gewerkschaften und Regierungsvertretern über die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche begonnen. Die CGT verlangte in den Verhandlungen die sofortige Kürzung der Arbeitszeit auf 38 Stunden pro Woche, danach schrittweise auf 35 Stunden – bei vollem Lohnausgleich. die CFDT trat für ein branchenmäßiges Vorgehen ein; jeder Wirtschaftszweig solle die Prioritäten selber festlegen können. Die Kapitalistenvertreter stellten sich in Bezug auf das Ziel – 35-Stunden-Woche – völlig stur und wollen darüber nicht verhandeln. Ministerpräsident Pierre Mauroy vertrat den Willen der Regierung, bis 1985 die 35-Stunden-Woche einzuführen; würden die Verhandlungen scheitern, werde der gesetzliche Weg beschritten. Die Verhandlungen werden jetzt am 6. Juli fortgesetzt. – Francois Mitterrand hat jüngst auf der Europaratstagung die europäischen Länder zur Einführung der 35-Stunden-Woche aufgefordert.

Bremer Zeitungsverlag muß Erschwerniszulage zahlen

hku.Bremen. Die Weser-Kurier GmbH („Weser-Kurier" und „Bremer Nachrichten") zahlt den Arbeitern ab 1. Juli eine einheitliche Erschwerniszulage von 20 DM pro Woche (50 Pfennig pro Stunde). Belegschaft und Betriebsrat hatten die Erschwernis begründet mit der Umstellung auf die neue Satztechnik, die in der Pilotphase ist, und mit Rationalisierungen in Druck und Versand. Durch die feste Haltung der Facharbeiter wurde die Geschäftsleitung zuletzt auch gezwungen, die Zulage für alle, einschließlich der Hilfskräfte, gleich zu zahlen. Gleichzeitig wurde festgehalten, daß zum Zeitpunkt der

Stunden – bei vollem Lohnausgleich. die CFDT trat für ein branchenmäßiges Vorgehen ein; jeder Wirtschaftszweig solle die Prioritäten selber festlegen können. Die Kapitalistenvertreter stellten sich in Bezug auf das Ziel – 35-Stunden-Woche – völlig stur und wollen darüber nicht verhandeln. Ministerpräsident Pierre Mauroy vertrat den Willen der Regierung, bis 1985 die 35-Stunden-Woche einzuführen; würden die Verhandlungen scheitern, werde der gesetzliche Weg beschritten. Die Verhandlungen werden jetzt am 6. Juli fortgesetzt. – Francois Mitterrand hat jüngst auf der Europaratstagung die europäischen Länder zur Einführung der 35-Stunden-Woche aufgefordert.

Bremer Zeitungsverlag muß Erschwerniszulage zahlen

hku.Bremen. Die Weser-Kurier GmbH („Weser-Kurier" und „Bremer Nachrichten") zahlt den Arbeitern ab 1. Juli eine einheitliche Erschwerniszulage von 20 DM pro Woche (50 Pfennig pro Stunde). Belegschaft und Betriebsrat hatten die Erschwernis begründet mit der Umstellung auf die neue Satztechnik, die in der Pilotphase ist, und mit Rationalisierungen in Druck und Versand. Durch die feste Haltung der Facharbeiter wurde die Geschäftsleitung zuletzt auch gezwungen, die Zulage für alle, einschließlich der Hilfskräfte, gleich zu zahlen. Gleichzeitig wurde festgehalten, daß zum Zeitpunkt der

ersten Teilproduktion in der neuen Technik alle Facharbeiter der Technik einheitlich nach dem Maschinensetzertarif F3 (120% vom Ecklohn) bezahlt werden. Hier gilt die jetzt durchgesetzte Erschwerniszulage als Vorgriff auf die F3 Regelung und wird entsprechend angerechnet werden.

Absetzbewegung im Zug der Rollei-Pleite

acm. Nachdem die Norddeutsche Landesbank die Rollei-Schulden in Millionenhöhe nicht mehr zahlen will, ist der Vergleich beantragt und steht die Entlassung von 750 Arbeitern im Braunschweiger Werk ab September an. Die IG Metall ist mit Kritik nicht sparsam, nachdem die Nord-LB noch vor kurzem ihre Anteile an andere Gesellschafter verkauft hatte. Porst (40%) ist am letzten Donnerstag noch schnell aus der Geschäftsführung abgehauen; Adolf Kracht, bisheriger Vorstandsvorsitzender der Nord-LB, ließ sich seinen Vertrag zum September aufkündigen, er steigt in eine Münchner Privatbank ein. Und die Wirtschaftministerin Breuel (CDU) des Landes erklärte locker: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Die Landeskasse kann für Rollei nicht mehr bezahlen."

Untersuchungsverfahren der IGM gegen HDW Betriebsräte

edd.Hamburg. Wie in der KVZ berichtet, gewannen die 43 Vertrauensleute, die auf der Liste *Aktive Metaller* kandidierten, bei den Betriebsratswahlen die absolute Mehrheit. Das schon vor der Wahl eingeleitete Ausschlußverfahren hat jetzt begonnen. Da viele Gewerkschafter ernsthaft die Gewerkschaftseinheit, nicht nur auf der HDW, gefährdet sehen, gibt es viele Proteste gegen dieses Verfahren. In der gesamten BRD mußte ein Funktionär gesucht werden, der bereit war, den Vorsitz des Untersuchungsausschusses zu übernehmen. Gefunden wurde keiner. Daraufhin wurde der 1. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Bergedorf, Nack, bekannt für seine Ausschlußpolitik gegen Kommunisten, verpflichtet. Mittlerweile hat die große Funktionärsversammlung der IGM Hamburg einen Beschluß, gegen die Ortsverwaltung verabschiedet, der sich gegen Ausschlüsse und Funktionsverbot wendet.

Ausschluß bei zweiter Liste nicht gerechtfertigt

acm. Mit der Entscheidung, daß eine Gewerkschaft Mitglieder nicht allein wegen deren Kandidatur zur Betriebsratswahl auf einer nicht von der Gewerkschaft unterstützen Liste ausschließen darf, hob der Bundesgerichtshof eine anderslautende Entscheidung des Oberlandesgerichts Celle auf. Damit wurde der Revision von fünf Mitgliedern der IG Chemie stattgegeben, die auf einer anderen Liste zusammen mit Nichtorganisierten kandidiert hatten. Das Gericht vertrat den Standpunkt, die Wahlfreiheit im Betrieb sei gesetzlich höher zu bewerten als eine Beschränkung der Verbandsgewalt. Der Gewerkschaft bleibe außerdem eine Chance auf angemessene Repräsentation.

Kurznachrichten

Ihre Drohung auf Klage gegen Warnstreiks setzen die Arbeitgeberverbände der Metallindustrie gegenwärtig um, indem alle 13 Mitgliedsverbände in die-

verpflichtet. Mittlerweile hat die große Funktionärsversammlung der IGM Hamburg einen Beschluß, gegen die Ortsverwaltung verabschiedet, der sich gegen Ausschlüsse und Funktionsverbot wendet.

Ausschluß bei zweiter Liste nicht gerechtfertigt

acm. Mit der Entscheidung, daß eine Gewerkschaft Mitglieder nicht allein wegen deren Kandidatur zur Betriebsratswahl auf einer nicht von der Gewerkschaft unterstützen Liste ausschließen darf, hob der Bundesgerichtshof eine anderslautende Entscheidung des Oberlandesgerichts Celle auf. Damit wurde der Revision von fünf Mitgliedern der IG Chemie stattgegeben, die auf einer anderen Liste zusammen mit Nichtorganisierten kandidiert hatten. Das Gericht vertrat den Standpunkt, die Wahlfreiheit im Betrieb sei gesetzlich höher zu bewerten als eine Beschränkung der Verbandsgewalt. Der Gewerkschaft bleibe außerdem eine Chance auf angemessene Repräsentation.

Kurznachrichten

Ihre Drohung auf Klage gegen Warnstreiks setzen die Arbeitgeberverbände der Metallindustrie gegenwärtig um, indem alle 13 Mitgliedsverbände in die-

sen Tagen Klagen bei den zuständigen Arbeitsgerichten für ihre Tarifgebiete einreichen. Dies zielt auf die nachträgliche Verurteilung der Warnstreiks im Tarifkampf 1981 ab und die Untersagung zukünftiger Aktionen.

Der Freispruch im „Schandurteil"-Prozeß gegen F. Steinkühler, Bezirksleiter der IGM in Stuttgart, bleibt erhalten, da die Staatsanwaltschaft die Revision zurückzog. Der Bruchsaler IGM-Bevollmächtigte Schering, der vor Jahren ein Urteil angegriffen hatte, wird dagegen weiter strafrechtlich verfolgt. Außerdem wurde ihm seine ehrenamtliche Tätigkeit als Arbeitsrichter entzogen.

334 Entlassungen bei VAW in Hannover wurden auf einer Betriebsversammlung angekündigt. Protestaktionen von Betriebsrat und IGM in Bonn bei den Chefs des bundeseigenen Unternehmens brachten kein Ergebnis.

Gewerkschaftsführer in Bolivien schwer verletzt verhaftet. Genaro Flores, Vorsitzender des Nationalen Bauernbundes, der größten Gewerkschaft Boliviens, und unumstrittener oberster Vertreter des Gewerkschaftsdachverbandes COB, hatte seit 11 Monaten auf dem Land im Untergrund gegen das Regime von General Meza gekämpft.

Neue Angriffe auf die „Scala mobile" sind kurz nach der Regierungsbildung in Italien von dem Kapitalistenverband „Confindustria" und anderen vorgetragen worden.

Die Argentinische Gewerkschaft CGT führt Aktionstage durch für „sichere Arbeitsplätze", mit dem Ziel des Verbots von Entlassungen in der Industrie.

Bundesverfassungsgericht schränkt gewerkschaftliche Betätigung ein

b.l. Ausgangspunkt des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Februar 1981, der in nichtmündlicher Verhandlung gefaßt und vor knapp zwei Wochen veröffentlicht wurde, ist das Verhältnis von Kirche und Gewerkschaften. Sein Inhalt ist von erheblich größerer Tragweite für die Gewerkschaften insgesamt. Der mehrfach unverhohlene Ruf nach dem Gesetzgeber weist in die Richtung eines sogenannten Verbändegesetzes.

Gegenstand der Verfassungsbeschwerde der Orthopädischen Anstalten Vollmarstein war die Frage, ob den Gewerkschaften das Recht zusteht, in karitativen Einrichtungen der Kirche durch externe Gewerkschaftsbeauftragte zu werben und zu informieren. Mit etwa 550000 Beschäftigten sind die beiden Kirchen der zweitgrößte Ankäufer von Arbeitskraft nach dem Staat. Generell gilt für diese Bediensteten, unabhängig davon, ob sie als Krankenschwestern in Krankenhäusern, in Kindergärten usw. arbeiten und unabhängig von der Rechtsform, in der diese Einrichtungen betrieben werden, das Betriebsverfassungsgesetz nicht. Es sind „Dienstgemeinschaften" mit jener spezifischen Verpflichtung zu Treue und Hingabe, die es oft genug erfordert hat, das ÖTV-Brett zu entfernen. 65 Verfahren vor den Landesarbeitsgerichten hat die ÖTV um das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung durch Gewerkschaftsbeauftragte in den letzten Jahren geführt. Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hatte 1978 dem Antrag der ÖTV stattgegeben und die Orthopädischen Anstalten Vollmarstein verpflichtet, auch betriebsfremden Gewerkschaften Zugang zur Einrichtung zu gewähren. Dieses Urteil des Bundesarbeitsgerichts hat das Verfassungsgericht jetzt abkassiert.

Schon die bisherigen Urteile des Bundesarbeitsgerichts haben die Rechte der Gewerkschaften mehr beschränkt als solche anerkannt. In einem Grundsatzurteil von 1967 wurden die Schranken der gewerkschaftlichen Betätigung im Betrieb so formuliert: Es ist auf den Koalitionspluralismus Rücksicht zu nehmen; das Werbe- und Informationsmaterial darf keinen parteipolitischen Charakter haben, aber auch Informationen allgemein-politischen Inhalts sind unzulässig; nur „gütiges Zureden ist gegenüber den Arbeitskameraden" zulässige Werbung; schließlich darf „der Arbeitgeber nicht unsachlich angegriffen werden". 1978 bestritt das Bundesarbeitsgericht in zwei weiteren Urteilen den Gewerkschaften generell das Recht, die Vertrauensleutewahlen im Betrieb durchführen zu lassen und für die gewerkschaftliche Werbung Eigentum des Ar-

das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung durch Gewerkschaftsbeauftragte in den letzten Jahren geführt. Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hatte 1978 dem Antrag der ÖTV stattgegeben und die Orthopädischen Anstalten Vollmarstein verpflichtet, auch betriebsfremden Gewerkschaften Zugang zur Einrichtung zu gewähren. Dieses Urteil des Bundesarbeitsgerichts hat das Verfassungsgericht jetzt abkassiert.

Schon die bisherigen Urteile des Bundesarbeitsgerichts haben die Rechte der Gewerkschaften mehr beschränkt als solche anerkannt. In einem Grundsatzurteil von 1967 wurden die Schranken der gewerkschaftlichen Betätigung im Betrieb so formuliert: Es ist auf den Koalitionspluralismus Rücksicht zu nehmen; das Werbe- und Informationsmaterial darf keinen parteipolitischen Charakter haben, aber auch Informationen allgemein-politischen Inhalts sind unzulässig; nur „gütiges Zureden ist gegenüber den Arbeitskameraden" zulässige Werbung; schließlich darf „der Arbeitgeber nicht unsachlich angegriffen werden". 1978 bestritt das Bundesarbeitsgericht in zwei weiteren Urteilen den Gewerkschaften generell das Recht, die Vertrauensleutewahlen im Betrieb durchführen zu lassen und für die gewerkschaftliche Werbung Eigentum des Ar-

beitgebers zu benutzen (IGM-Emblem auf dem Schutzhelm).

Allerdings hatte das Bundesarbeitsgericht in den beiden Urteilen von 1967 und 1978 grundsätzlich das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb, sowohl durch betriebsangehörige Mitarbeiter, wie auch durch betriebsfremde Gewerkschaftsbeauftragte zum Kernbereich der Koalitionsfreiheit und ihrer Betätigung gerechnet. Art. 9 Abs. 2 Grundgesetz gewähre den Gewerkschaften nicht nur ihr Entstehen und ihren Bestand, sondern auch die Betätigung, die zur Sicherung ihrer Existenz notwendig sei, dazu gehöre insbesondere die Werbung neuer Mitglieder sowie die Information der Mitglieder – so das Bundesarbeitsgericht in den erwähnten Urteilen. Art. 9 Grundgesetz war jetzt auch das Einfallstor für das Bundesverfassungsgericht, weshalb die Entscheidung auch

allgemeine Geltung für die gewerkschaftliche Bewegung insgesamt hat.

Hinsichtlich der Kirche und ihren wirtschaftlichen oder karitativen Einrichtungen wird auf Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung verwiesen, der aufgrund der Bestimmung des Grundgesetzes heute noch gilt: „Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes". Das Bundesverfassungsgericht folgert daraus: 1. Ein solches Gesetz gibt es nicht mit dem unzweideutigen mehrfachen Hinweis, der Gesetzgeber solle ein solches Verbändegesetz für *alle* Gewerkschaften erlassen. 2. Das Recht auf Bildung von Koalitionen (Art. 9 GG) wird als solche gesetzliche Regelung nicht anerkannt, da der Kernbereich des Art. 9 GG gerade nicht die Werbung und Information durch betriebsfremde Gewerkschaftsbeauftragte umfasse.

Völlig zu Recht hat der Hauptvorstand der ÖTV das Urteil als eine Herausforderung für alle Arbeitnehmer bezeichnet und als Absicht die Beschränkung der gewerkschaftlichen Betätigung hervorgehoben. Es liegt auf der Hand, daß die gewerkschaftliche

Postf. 111162 / 6000 Frankfurt 11
Telefon: 0611 / 73 02 34

allgemeine Geltung für die gewerkschaftliche Bewegung insgesamt hat.

Hinsichtlich der Kirche und ihren wirtschaftlichen oder karitativen Einrichtungen wird auf Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung verwiesen, der aufgrund der Bestimmung des Grundgesetzes heute noch gilt: „Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes". Das Bundesverfassungsgericht folgert daraus: 1. Ein solches Gesetz gibt es nicht mit dem unzweideutigen mehrfachen Hinweis, der Gesetzgeber solle ein solches Verbändegesetz für alle Gewerkschaften erlassen. 2. Das Recht auf Bildung von Koalitionen (Art. 9 GG) wird als solche gesetzliche Regelung nicht anerkannt, da der Kernbereich des Art. 9 GG gerade nicht die Werbung und Information durch betriebsfremde Gewerkschaftsbeauftragte umfasse.

Völlig zu Recht hat der Hauptvorstand der ÖTV das Urteil als eine Herausforderung für alle Arbeitnehmer bezeichnet und als Absicht die Beschränkung der gewerkschaftlichen Betätigung hervorgehoben. Es liegt auf der Hand, daß die gewerkschaftliche

Unterstützung oft wirkungslos bleibt, wenn sie nicht durch ausgebildete und gewählte Gewerkschaftsbeauftrage *im* Betrieb eingesetzt werden kann. Offen bleibt, was mit den Betrieben ist, in denen die Gewerkschaft noch gar nicht vertreten ist, wo es keine Mitglieder gibt, die – wie es das Verfassungsgericht noch genehmigt – die „Prospekte auslegen können". Entscheidend sind jedoch die Auswirkungen unter zwei Gesichtspunkten. Seine Ausführungen zu Art. 9 GG gelten nicht nur für den Bereich der Kirche, sondern für *jede* gewerkschaftliche Betätigung, also auch in den Industriebetrieben und im öffentlichen Dienst. Zwar regelt das Betriebsverfassungsgesetz den Zugang von Gewerkschaftsbeauftragten, jedoch ausdrücklich nur für Fragen, die Gegenstand des Betriebsverfassungsgesetzes sind (§ 2 Abs. 2 und 3 BetrVG). Die Information und Werbung fällt nicht unter diese Bestimmung.

Zweitens ist der offene Hinweis auf eine gesetzliche Regelung wichtig. Die Gewerkschaften lehnen zu Recht ein sogenanntes Verbändegesetz ab. Seit Jahren gibt es Vorstöße von seiten der CDU/CSU und auch der FPD in Richtung eines Gesetzes, das die Aufgabenstellung der Gewerkschaften und ihre Betätigung gesetzlich regeln soll. Norbert Blüm verkündete 1979, wohin das gehen soll: Beseitigung der „allzuständigen Gewerkschaft". Einheitsgewerkschaften müßten weltanschauliche Fragen ausklammern. „Welchen Wert zum Beispiel das ungeborene Leben hat, darüber kann man in Einheitsgewerkschaften nicht mit Mehrheit entscheiden. Deshalb müssen Gewerkschaften ihre Finger von der Diskussion des § 218 lassen" (Blüm in Gewerkschaftliche Monatshefte, 8/79). Schon in ihrer Mannheimer Erklärung hatte die CDU 1975 nach politischen und rechtlichen Kontrollen über die Gewerkschaft gerufen.

Sollen sich die Gewerkschaften das Recht zur Stellungnahme zu *allen* gesellschaftlichen Fragen nehmen lassen oder nicht, sollen sie sich gesetzlich auf eine Sozialpflichtigkeit und das „Gemeinwohl" festlegen lassen – diese wesentlichen Fragen sind mit der Diskussion um das Verbändegesetz angesprochen. 1971 hat das Bundesarbeitsgericht die Verpflichtung zur Sozialadäquanz bei Arbeitskampfmaßnahmen auferlegt, 1975 folgte das Kriterium der „Verhältnismäßigkeit" (ein Streik ist nur zulässig, wenn Beginn, Ziel und Mittel geeignet und sachlich erforderlich sind, d.h. wenn sie die wirtschaftlichen Gegebenheiten berücksichtigen und den Arbeitsfrieden wiederherzustellen in der Lage sind). Innerhalb dieses Rahmens der Berücksichtigung von „wirtschaftlichen Erfordernissen" und dem „Gemeinwohl" – mit wem anders als dem der

gen ausklammern. „Welchen Wert zum Beispiel das ungeborene Leben hat, darüber kann man in Einheitsgewerkschaften nicht mit Mehrheit entscheiden. Deshalb müssen Gewerkschaften ihre Finger von der Diskussion des § 218 lassen" (Blüm in Gewerkschaftliche Monatshefte, 8/79). Schon in ihrer Mannheimer Erklärung hatte die CDU 1975 nach politischen und rechtlichen Kontrollen über die Gewerkschaft gerufen.

Sollen sich die Gewerkschaften das Recht zur Stellungnahme zu allen gesellschaftlichen Fragen nehmen lassen oder nicht, sollen sie sich gesetzlich auf eine Sozialpflichtigkeit und das „Gemeinwohl" festlegen lassen – diese wesentlichen Fragen sind mit der Diskussion um das Verbändegesetz angesprochen. 1971 hat das Bundesarbeitsgericht die Verpflichtung zur Sozialadäquanz bei Arbeitskampfmaßnahmen auferlegt, 1975 folgte das Kriterium der „Verhältnismäßigkeit" (ein Streik ist nur zulässig, wenn Beginn, Ziel und Mittel geeignet und sachlich erforderlich sind, d.h. wenn sie die wirtschaftlichen Gegebenheiten berücksichtigen und den Arbeitsfrieden wiederherzustellen in der Lage sind). Innerhalb dieses Rahmens der Berücksichtigung von „wirtschaftlichen Erfordernissen" und dem „Gemeinwohl" – mit wem anders als dem der

Kapitalisten – findet die Diskussion um ein Verbändegesetz ihre innere Logik.

Massenentlassungen in der Westberliner Metallindustrie

wem.Westberlin. Unmittelbar nach den Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus gaben die Kapitalisten umfangreiche Massenentlassungen bekannt. Das Werk Schwedenstraße der AEG-Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH (TFR) mit 1200 Beschäftigten soll zum Jahresende geschlossen werden, die DVG-Solex will 250 Beschäftigte entlassen, bei der H. Berthold AG ist Kurzarbeit bis 31.10., 44 Beschäftigte stehen auf der Entlassungsliste. Weitere Entlassungen stehen bevor bei Siemens, KWU und AEG-Brunnenstrasse.

Der AEG-Vorstand begründet die Schließung des Werks Schwedenstraße mit Unrentabilität der Rundfunkgerätefertigung. 350 Beschäftigte sind zum 30.6. gekündigt, 150 weitere stehen auf der zweiten „Freistellungs"-Liste. In dem Werk arbeiten zu 75% Frauen, davon 350 Jugoslawinnen und 164 Türkinnen. Ein großer Teil der jugoslawischen Arbeiterinnen arbeitet dort seit 12 – 13 Jahren. Aufgrund eines im Frühjahr 1980 vom Konzernbetriebsrat abgeschlossenen Sozialplans werden sie ganze 2½ Bruttomonatslöhne als Abfindung erhalten und verlieren auch den Betriebsrentenanspruch, wenn sie noch nicht 35 Jahre alt sind.

Ursprünglich sollte ab 1982 im Werk Schwedenstraße eine Videorecorder-Fertigung anlaufen. Stattdessen haben sich AEG, JVC, Thomson-Brand und Thorn-ENI zu je 25% an einer neuen Gesellschaft beteiligt, die 30 – 40 Mio. DM in eine vollautomatische Videorecorder-Fertigung in einer AEG-Fertigungshalle in der Quickborner Straße investiert. Dort soll die Produktion im Mai oder Juni 1982 beginnen mit zunächst 400 – 500, später maximal 700 bis 800 Beschäftigten, die zum Teil aus der Belegschaft der Schwedenstraße übernommen werden sollen.

Der Betriebsrat der Schwedenstraße hat nur bei 101 von 500 Kündigungsanträgen Widerspruch eingelegt, eine außerordentliche Betriebsversammlung sowie jede öffentliche Stellungnahme abgelehnt. Er beruft sich auf die Gültigkeit des vom Konzernbetriebsrat abgeschlossenen Sozialplans, der jetzt bis Ende 1982 verlängert wurde und den Werks-Betriebsräten jegliche Zuständigkeit für alle personellen Maßnahmen im Rahmen der Konzern-„Sanierung" entzieht. Die Westberliner Ortsverwaltung der IG Metall kritisiert diesen Sozialplan, ist aber aufgrund dieser juristischen Lage offenbar nicht bereit, Kampfmaßnahmen einzuleiten. So sind die Aussichten für gemeinsame Kampfmaßnahmen der Belegschaft Schwedenstraße mit den anderen Westberliner AEG-Belegschaften ungünstig. Darüberhinaus hat die IGM-Ortsverwaltung ihre Funktionäre aufgefordert, die Aktivitäten zweier oppositioneller Betriebsratsmitglieder bei TFR zu boykottieren. Diese hatten aufgerufen zu einer Demonstration zum Weddinger Rathaus, an der knapp 100 Beschäftigte teilnahmen, sowie zu einer Solidaritätsveranstaltung am 26.6. unter Forderungen wie: Keine Entlassungen, Videofertigung in die Schwedenstraße, Offenlegung aller Berlin-Subventionen für TFR, Bindung von Berlin-Subventionen an Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Fraktion der AL im Abgeordnetenhaus hatte die Belegschaft mit einer großen Anfrage an den Senat unterstützt. Die IGM-MV der H. Berthold AG fordert jetzt richtig eine IGM-Funktionärskonferenz, die über Kampfmaßnahmen beschließen soll.

Wirtschaftliche Situation Ostfrieslands

Strukturpolitik, Regionalförderung und Subventionen ...

... aber die Tendenz zur Verödung konnte bislang nicht aufgehalten werden

wem/uwt. „Wenn sich die wirtschaftspolitische Situation weiterhin verschlimmern wird, werden wir nicht davor zurückschrecken, auf die Straße zu gehen und massiv zu demonstrieren. Der Sprengstoff ist da", so der Vorsitzende des DGB-Kreises Aurich-Wittmund im April 1981 vor Personal- und Betriebsräten und Funktionären aus den ostfriesischen DGB-Kreisen.

Nachdem 1980 mit rund 30100 Industriebeschäftigten noch einmal annähernd der Stand von 1971 erreicht wurde, hat sich die Tendenz zur Krise wieder verstärkt. Der Arbeitsamtsbereich Leer erreichte wieder Arbeitslosenzahlen der 50er Jahre. Insgesamt waren in den ostfriesischen Ämtern im Januar 1981 über 20000 Arbeitslose gemeldet, d.h. von 15 ostfriesischen Lohnabhängigen waren im Schnitt zwei arbeitslos.

Mittlerweile ist deutlich geworden, daß die Sanierung der Olympia-AG nicht nur Massenentlassungen in Leer und Norden bringen wird, sondern viele Indizien (statt 770 sollen nur noch 470 in Leer beschäftigt bleiben) auf ein „Sterben auf Raten" hindeuten. Zusätzlich steht die Landmaschinenfabrik Cramer (Leer, 180 Beschäftigte) vor dem Konkurs. Die Eisengießerei Boekhoff (Leer) ist ebenfalls bereits ins Gerede gekommen. In Emden hat das Kaufhaus Hertie (268 Beschäftigte) geschlossen. Die Emder Hafenbetrieb haben wegen der Flaute im Hafen umfangreiche Entlassungen vorgenommen, bzw. fahren Kurzarbeit. Doornkaat (Norden) wird wegen Kürzung der Brennrechte und Umsatzflaute 183 der 455 Beschäftigten in Kurzarbeit schicken. „Eine negative Entwicklung gibt der anderen in buchstäblicher Kettenreaktion die Hand", so faßt der DGB Emden zusammen. Gegen die Betriebsschließungen bzw. Massenentlassungen (z.B. Olympia, Schulte&Bruns) gab und gibt es heftige Kämpfe, vom Charakter her Abwehrkämpfe, geführt aus schwieriger Position, nämlich auf Grundlage hoher Arbeitslosigkeit.

Eine wirkliche Entlastung des Arbeitsmarktes ist auch nicht durch die Aufhebung des Einstellungsstopps bei VW zu erwarten. VW will mit 300 Neuen den „Belegschaftsabbau seit Januar 1981 aufheben". Mit der neuen Fertigungshalle 7 (Investitionssumme 280 Mio. DM) kann die Tagesproduktion von jetzt 600 auf 1200 Passat 1982 gesteigert werden. Nicht übersehen werden sollte, daß die in Emden von VW getätigten Investitionen nicht Erweiterungs-, sondern Rationalisierungsinvestitionen sind.

Seit Anfang 1980 ist die Kurzarbeit auf den Werften Ostfrieslands wegen verbesserter Auftragslage praktisch abgebaut. Dies waren auch die Belegschaften, die die IG Metall-Taktik der Warnstreiks in diesem Tarifkampf mitgetragen haben.

Neben dem Fahrzeugbau und der Werftindustrie, wobei VW und TNSW beinahe die Hälfte aller ostfriesischen Industriearbeiter kommandieren, ist die Bauwirtschaft noch von erheblicher Bedeutung. Indes ist auch hier die Abschwächung der Konjunktur unübersehbar. Dazu gesellt sich noch die stetige Speisung des Arbeitsmarktes durch gelegte Bauern, gegenwärtig forciert durch die Hochzinspolitik.

Angesichts solcher Entwicklung, wo die Aussichten auf Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse Ostfrieslands endgültig zu entschwinden scheinen, wächst die Verbitterung unter den Lohnabhängigen Ostfrieslands (Massenarbeitslosigkeit, 11000 Fernpendler) einerseits, andererseits wird sich an Projekte wie Dollarthafen, Emslandautobahn A31 etc. geklammert, die Arbeit und Brot bringen sollen.

Die allgemeine Krise des westdeutschen Kapitalismus ist auch bestimmend für Ostfriesland, während die Strukturschwäche dieser Region (Randlage etc.) Einfluß auf den konkreten Verlauf (Schwankungsintensität innerhalb eines Krisenzyklus) nimmt. Mit Strukturverbesserungen werden lediglich Voraussetzungen für die Konkurrenz der Kapitalisten auf neuer Stufenleiter geschaffen. Die Ursache der Krise (tendenzieller Fall der Profitrate) ist nicht beseitigt. „Wirtschaftsförderung" und „Strukturpolitik" sind die Schlagworte, um die Steuergelder fließen zu lassen. Wozu, das ahnen auch die ostfriesischen Gewerkschaften, wenn sie den Landesrechnungshof zitieren: „... eine Überprüfung habe ergeben, daß die öffentlichen Mittel nur zur Stabilisierung der Privateinnahmen gedient hätten."

Sowohl die Bundesregierung wie auch die Bundesländer haben auf die sich abzeichnenden Krisenerscheinungen im ostfriesischen Raum reagiert. Anfang bzw. Ende 1979 verabschiedeten sie Untersuchungs- und Konzeptionsmaßnahmen, die zwischen Bund und Land ausgehandelt werden sollten. Im Januar 1980 reagierte der DGB: „Da angesichts der unterschiedlichen Positionen der Bundesregierung und der Küstenländerregierungen zu befürchten ist, daß ein gemeinsames Strukturkonzept für die Küste nicht zustande kommt bzw. die Arbeitnehmerinteressen nicht ausreichend berücksichtigt, sehen sich die DGB-Landesbezirke Niedersachsen und Nordmark (Schleswig-Holstein) gefordert, mit eigenen Vorstellungen über die Entwicklung der Küstenregion an die Öffentlichkeit zu treten ... Das DGB-Strukturprogramm Küste erhebt keinen Anspruch, alle wirtschaftspolitischen Bereiche unserer Region zu umfassen, sondern es setzt aus gewerkschaftlicher Sicht Prioritäten und weist damit über Ländergrenzen und parteipolitische Barrieren hinweg einen Weg, wie unserer gemeinsamer Heimat an der Küste geholfen werden kann." (S. 5)

Damit ist zugleich der Charakter des DGB-Strukturprogramms Küste angegeben: Es soll ein Beitrag geleistet werden zur Überwindung der Struktur- und Konjunkturkrisen. Hierüber ist die Vollbeschäftigung zu verwirklichen, die „gegeben ist, wenn jeder Arbeitnehmer die Möglichkeit hat, in für ihn ohne Schwierigkeiten erreichbarer Nähe einen Arbeitsplatz zu finden, der seinen Bedürfnissen, Neigungen und Fähigkeiten entspricht". (S. 32) Dies ist gewiß ein hoher Anspruch angesichts tatsächlicher Verödung, gewaltigen Bauernlegens und enormer Pendlerzahlen (s.o.).

Vor allem aber ist der Umweg sehr riskant, über das Aufblühen der Wirtschaft eine Vollbeschäftigung zu erreichen und darüber die Absicherung der Lebenssituation der Lohnabhängigen. Was macht der DGB, wenn die Wirtschaft nicht aufblüht? Was macht er, wenn sie nur aufblüht als Folge von Verschärfung der Arbeitshetze, Lohnsenkungen und Rationalisierungen? Dann: Ohne Vollbeschäftigung keine Absicherung?

„Die im DGB zusammengeschlossenen Arbeitnehmer weigern sich, diese Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Küstenregion als unvermeidlich hinzunehmen. Wir

Entwicklung der Industriebeschäftigten in Ostfriesland / Papenburg

	Ostfriesld.	VW	TNSW
1962	19436	–	–
1963	19216	–	–
1964	19595	790	–
1965	20411	3016	–
1966	24728	4487	–
1967	24176	5402	–
1968	26663	6557	–
1969	28709	7002	–
1970	29996	8123	5300[1]
1971	30600	8305	5300[1]
1972	29525	7321	5300[1]
1973	29558	7578	4739
1974	29363	7299	4714
1975	27865	6111	4714
1976	27440	6507	4281
1977	27164	7358	3973
1978	28841	7386	3734
1979	28907	8244	3688
1980	30123	8338	3559

[1] + 1500 ausländische Arbeiter

fordern, die im Grundgesetz verbriefte Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse herzustellen." (S. 7)

Etwas vertrackt: Wir Lohnabhängigen weigern uns sicher, die Senkung unseres Lebensstandards als unvermeidlich hinzunehmen, wenn wir dann aber im Grundgesetz nach einem Grundsatz der Herstellung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse suchen, wird sich da nichts finden. Wie läßt sich davon das Recht auf Strukturförderung ableiten?

Dann formuliert der DGB seine wichtigsten Grundsätze für die Strukturpolitik:

- Die europäische Regionalpolitik soll mehr industrielle Strukturpolitik für die Problemgebiete betreiben;
- Strukturpolitik darf sich nicht den unternehmerischen Gewinninteressen unterordnen, sondern muß den Bedürfnissen der Bevölkerung dienen;
- Strukturpolitik muß die Richtung der Steigerung des qualitativen Wachstums nehmen, d.h. Kriterien des Umweltschutzes berücksichtigen;
- Investitionszulagen und Steuervergünstigungen müssen an die tatsächliche Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen gebunden sein – andernfalls besteht Rückzahlungspflicht;
- Öffentliche Verkehrsmittel haben Vorrang in der Verkehrspolitik;
- Wissenschaft und Forschung sollen nicht ausschließlich kapitalorientiert sein, sondern müssen der allseitigen Entfaltung der Menschen durch eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dienen.

In der Alternative, Subventions- und Strukturpolitik aus öffentlichen Mitteln vollständig abzulehnen oder aber diese von seiten der Lohnabhängigen zu beeinflussen, hat sich der DGB für letzteres entschieden, denn: „Solange die Werften in anderen Ländern subventioniert werden, bleiben auch die deutschen Werften weiterhin auf Beihilfe angewiesen." Zugleich formuliert der DGB einen stärkeren Abbau der Subventionen in internationalen oder ggfs. zweistaatlichen Vereinbarungen.

Neben den sektoralen Maßnahmen (Förderung des Schiffbaus, der Luft- und Raumfahrtindustrie, der Energieversorgung, Fischwirtschaft usw.) werden regionale Maßnahmen gefordert. Den breitesten Raum nehmen die Ausführungen zur Arbeitsmarktpolitik ein. Hierbei geht der DGB von der abwegigen Position aus, daß eine „aktive Arbeitsmarktpolitik" Probleme der Arbeitslosigkeit lösen könnte. Denn da können die falsch Berufsausgebildeten noch so sehr umgeschult, die Arbeitsvermittlung noch so sehr intensiviert, die Frauenbenachteiligungen noch so sehr aufgehoben werden – das schafft alles keinen neuen Arbeitsplatz (allerdings einige auf Kosten der Versicherung in den Umschulungseinrichtungen).



Personalratswahlen '81:

Streit oder Versöhnung

An den Unikliniken Münster

gab, sich eine Vorstellung vom Neubau zu machen – aus ihrer Sichtweise, nämlich was ihre Arbeitsbedingungen und z.T. auch die Bedingungen der Patienten in diesem Haus angeht. Die Dokumentation kritisierte die empfindlichen Stellen des Neubaus, d.h. die vom Architekten selbst kritisierten

schicken. „Eine negative Entwicklung gibt der anderen in buchstäblicher Kettenreaktion die Hand", so faßt der DGB Emden zusammen. Gegen die Betriebsschließungen bzw. Massenentlassungen (z.B. Olympia, Schulte&Bruns) gab und gibt es heftige Kämpfe, vom Charakter her Abwehrkämpfe, geführt aus schwieriger Position, nämlich auf Grundlage hoher Arbeitslosigkeit.

Eine wirkliche Entlastung des Arbeitsmarktes ist auch nicht durch die Aufhebung des Einstellungsstopps bei VW zu erwarten. VW will mit 300 Neuen den „Belegschaftsabbau seit Januar 1981 aufheben". Mit der neuen Fertigungshalle 7 (Investitionssumme 280 Mio. DM) kann die Tagesproduktion von jetzt 600 auf 1200 Passat 1982 gesteigert werden. Nicht übersehen werden sollte, daß die in Emden von VW getätigten Investitionen nicht Erweite-

schaftlichen Verhältnisse Ostfrieslands endgültig zu entschwinden scheinen, wächst die Verbitterung unter den Lohnabhängigen Ostfrieslands (Massenarbeitslosigkeit, 11000 Fernpendler) einerseits, andererseits wird sich an Projekte wie Dollarthafen, Emslandautobahn A31 etc. geklammert, die Arbeit und Brot bringen sollen.

Die allgemeine Krise des westdeutschen Kapitalismus ist auch bestimmend für Ostfriesland, während die Strukturschwäche dieser Region (Randlage etc.) Einfluß auf den konkreten Verlauf (Schwankungsintensität innerhalb eines Krisenzyklus) nimmt. Mit Strukturverbesserungen werden lediglich Voraussetzungen für die Konkurrenz der Kapitalisten auf neuer Stufenleiter geschaffen. Die Ursache der Krise (tendenzieller Fall der Profitrate) ist nicht beseitigt. „Wirtschaftsförderung" und „Strukturpolitik" sind die

zustande kommt bzw. die Arbeitnehmerinteressen nicht ausreichend berücksichtigt, sehen sich die DGB-Landesbezirke Niedersachsen und Nordmark (Schleswig-Holstein) gefordert, mit eigenen Vorstellungen über die Entwicklung der Küstenregion an die Öffentlichkeit zu treten ... Das DGB-Strukturprogramm Küste erhebt keinen Anspruch, alle wirtschaftspolitischen Bereiche unserer Region zu umfassen, sondern es setzt aus gewerkschaftlicher Sicht Prioritäten und weist damit über Ländergrenzen und parteipolitische Barrieren hinweg einen Weg, wie unserer gemeinsamer Heimat an der Küste geholfen werden kann." (S. 5)

Damit ist zugleich der Charakter des DGB-Strukturprogramms Küste angegeben: Es soll ein Beitrag geleistet werden zur Überwindung der Struktur- und Konjunkturkrisen. Hierüber ist

1970	29996	8123	5300[1]
1971	30600	8305	5300[1]
1972	29525	7321	5300[1]
1973	29558	7578	4739
1974	29363	7299	4714
1975	27865	6111	4714
1976	27440	6507	4281
1977	27164	7358	3973
1978	28841	7386	3734
1979	28907	8244	3688
1980	30123	8338	3559

[1] + 1500 ausländische Arbeiter

fordern, die im Grundgesetz verbriefte Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse herzustellen." (S. 7)

Etwas vertrackt: Wir Lohnabhängigen weigern uns sicher, die Senkung unseres Lebensstandards als unvermeidlich hinzunehmen, wenn wir dann aber im Grundgesetz nach einem Grundsatz der Herstellung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse suchen,

der DGB einen stärkeren Abbau der Subventionen in internationalen oder ggfs. zweistaatlichen Vereinbarungen.

Neben den sektoralen Maßnahmen (Förderung des Schiffbaus, der Luft- und Raumfahrtindustrie, der Energieversorgung, Fischwirtschaft usw.) werden regionale Maßnahmen gefordert. Den breitesten Raum nehmen die Ausführungen zur Arbeitsmarktpolitik ein. Hierbei geht der DGB von der abwegigen Position aus, daß eine „aktive Arbeitsmarktpolitik" Probleme der Arbeitslosigkeit lösen könnte. Denn da können die falsch Berufsausgebildeten noch so sehr umgeschult, die Arbeitsvermittlung noch so sehr intensiviert, die Frauenbenachteiligungen noch so sehr aufgehoben werden – das schafft alles keinen neuen Arbeitsplatz (allerdings einige auf Kosten der Versicherung in den Umschulungseinrichtungen).

Personalratswahlen '81:

Streit oder Versöhnung

An den Unikliniken Münster hat die ÖTV an Boden gewonnen, konnte aber eine „private Liste" nicht übertreffen.

wöa.Münster. Am 10., 11. und 12. Juni fanden in den Unikliniken Münster die diesjährigen Personalratswahlen statt. Gegenüber anderen großen Betrieben in Münster, wie z.B. der Universität oder auch dem Westf. Landeskrankenhaus, in denen der Personalrat vollständig von ÖTV-Mitgliedern gestellt wird, hat an den Kliniken eine „private" Liste auf der Seite der Angestellten 7 Sitze erreicht. Dies ist Ausdruck der besonderen Lage, in der sich die Universitäts-Kliniken kurz vor Einzug in den Neubau befinden.

Trotzdem war der Wahlausgang keine Niederlage für die ÖTV. Die Wahlbeteiligung konnte erheblich erhöht werden, von 23,5 auf 37%. Konnte die ÖTV nach den letzten Wahlen nur eine der vier Arbeitersitze besetzen, hat sie jetzt die notwendige Stimmenzahl für drei Sitze erreicht. Auf Seiten der Angestellten konnte zwar die Stimmenzahl mehr als verdoppelt werden, was jedoch durch die hohe Wahlbeteiligung relativiert wurde, so daß die ÖTV-Liste jetzt 4 Sitze erreicht hat; bei den letzten Wahlen hatte die Stimmenzahl nur für 2 Sitze gereicht. Von 15 Sitzen besetzt die ÖTV also jetzt 7 mit Vertretern, die über ÖTV-Listen gewählt wurden. Einige andere Personalräte sind auch ÖTV-Mitglieder, haben allerdings auf anderen Listen kandidiert. Im Wissenschaftler-Personalrat konnte die ÖTV ebenfalls einen zusätzlichen Sitz gewinnen.

Zur Information sei hier noch angemerkt, daß bei den Wahlen zum Hauptpersonalrat beim Innenminister des Landes NRW, die gleichzeitig stattfanden, die ÖTV von 15 Sitzen 12 erreicht hat, 2 entfielen auf die DAG und einer auf die GÖD (christl. Gewerkschaft).

Trotz dieser Erfolge jedoch muß man sich fragen, wie es einem „Privatmann" (auf seine Person bezogene Liste) gelingen kann, 7 von 12 Angestelltensitzen zu besetzen. Sicherlich kann man von der Erscheinung her argumentieren, daß er eben Personalratsvorsitzender war und damit besser bekannt ist usw. Oder es wird gesagt, daß die Kommunisten-Hetze doch gewirkt hat (die ÖTV würde Kommunisten in den Personalrat „einschleusen" wollen), die die DAG im Wahlkampf eröffnet hat (hat ihr aber nichts genützt, sie hat sogar einen ihrer beiden Sitze verloren) und die vom PR-Vorsitzenden Klein-Hitpaß dann freudig aufgegriffen wurde und er sich fortan im Recht sah, einen Wahlkampf unterhalb der Gürtellinie zu führen mit auch rechtlich unlauteren Mitteln, so daß die ÖTV sich überlegte, einen Ausschluß von den Wahlen zu beantragen. Richtigerweise hat sie das aber nicht getan, sondern hat weiterhin eine Wahlpropaganda betrieben, die sich auf die inhaltlichen Probleme der Beschäftigten bezog. Darum kann man den Erfolg des Kollegen Klein-Hitpaß nicht an diesen Erscheinungen allein oder vorrangig festmachen, sondern muß die Politik, für die er steht, ernst nehmen.



Eine Aufnahme des Großklinikums aus der Broschüre der ÖTV. Gegenüber den überall sonst zu sehenden Luftaufnahmen, auf denen die Bettentürme sich „architektonisch in die Landschaft einfügen", ist hier einmal die Sichtweise eines Benutzers dargestellt, wenn er sich dem Klinikum nähert. Der hier entstehende Eindruck eines gigantischen Systems, dem man sich als unbedeutender Einzelner einzuordnen hat, verstärkt sich im Innern des Gebäudes noch erheblich, nicht nur durch die Bauweise, sondern auch durch die Organisation des Betriebs. Die Bedürfnisse der Patienten wie des Personals z.B. nach Tageslicht, nach Aussicht ins Freie, nach frischer Luft, nach Kontakt mit Kollegen, nach Schutz des Intimbereiches der Patienten, nach Zuwendung durch die betreuende Schwester usw. fallen einem mehr oder weniger perfekt durchorganisierten Ablaufplan zum Opfer. Das Häufigste, oft das einzige Argument gegen die Forderungen der Beschäftigten z.B. nach einem annehmbaren Aufenthaltsraum ist: „Das ist im Plan nicht vorgesehen!" Die ÖTV hat dem Personalrat und der Verwaltung Gespräche angeboten, wie dieser „Plan" sinnvoll zugunsten der Beschäftigten geändert werden kann. Diese Gespräche wurden bisher abgelehnt.

Diese erlangt Wichtigkeit in erster Linie in Bezug auf das neue Großklinikum, in dessen Planungsabteilung er arbeitet. Er hat sich vollständig mit der Propaganda identifiziert, die von Seiten der Klinikenleitung betrieben wird und die das Großklinikum als das modernste, schönste, zweckmäßigste Klinik-Gebäude darstellt, das die Welt je gesehen hat. Internationale Anerkennung von allen Seiten etc.

In diese Beweihräucherung, die mit einer weitestgehenden Informationsblockade für die Beschäftigten unterhalb des Oberarztes einherging, platzte eine Dokumentation über das Großklinikum „Hinter jedem Fenster ist ein Mensch ...", die von der ÖTV herausgegeben wurde und die den Beschäftigten erstmals die Möglichkeit gab, sich eine Vorstellung vom Neubau zu machen – aus ihrer Sichtweise, nämlich was ihre Arbeitsbedingungen und z.T. auch die Bedingungen der Patienten in diesem Haus angeht. Die Dokumentation kritisierte die empfindlichen Stellen des Neubaus, d.h. die vom Architekten selbst kritisierten nachträglichen Änderungen der ursprünglichen Planung, z.B. das Wegfallen der Lichthöfe im Flachbau, wodurch ein Großteil des Personals ausschließlich unter künstlichem Licht arbeiten muß, oder die Hereinnahme der Kinderklinik, was von mehreren Seiten als psychologisch unverantwortlich betrachtet wird, usw. Die Klinikleitung verbot sofort den Vertrieb bzw. die Verteilung der Broschüre; die ÖTV klagte dagegen. In der Woche vor den Personalratswahlen entschied das Arbeitsgericht, daß die Verteilung der Broschüre von der Klinikleitung geduldet werden müsse, da nicht nachgewiesen werden konnte, daß dort Unwahrheiten verbreitet würden, wie vom Verwaltungsdirektor behauptet.

Das machte die Konfrontation schärfer zwischen Klinikleitung und den Teilen der Beschäftigten unter Führung der ÖTV-Kollegen, die Änderungen in der Nutzung des Gebäudes durchsetzen wollen, um die Arbeitsbedingungen erträglich zu gestalten. Der größte Teil der Arbeiter, von allem die, die schon im Großklinikum arbeiten, hat sich klar für die Position der ÖTV entschieden in diesen PR-Wahlen. Die Angestellten haben zu einem großen Teil Angst vor der Auseinandersetzung und glauben, durch Versöhnung wenigstens etwas zu erreichen, ohne Streit. Es wird sich zeigen, daß sie auf dem Holzwege sind, denn ihre Forderungen kosten Geld und das steht den Kostendämpfungsinteressen des Farthmann-Ministeriums schroff gegenüber. Es wird Streit geben müssen und die ÖTV wird ihn führen. Nur könnte ihre Position dabei besser sein.

Höchste Zeit für Arbeitszeitverkürzung

Entwicklung der tariflichen Arbeitszeit 35-Stunden-Woche und Lebensarbeitszeitverkürzung

geh. Der Stahlarbeiterstreik für die 35-Stunden-Woche um die Jahreswende 1978/79 war der erste Streik in der Nachkriegszeit für eine Verkürzung der Arbeitszeit. Der Versuch, die Normalarbeitszeit unter 8 Stunden täglich zu drücken, konnte nicht erfolgreich abgeschlossen werden.

Für einen Großteil der Arbeitnehmer, insbesondere im industriellen Bereich, hat sich die tarifliche Arbeitszeit seit 10–15 Jahren nicht verändert. 1980 hatten 94% aller Beschäftigten der Industrie und der Dienstleistungsbereiche, das sind 17,8 Mio., eine tarifliche Wochenarbeitszeit von 40 Stunden. 1981 werden nochmal 200000 hinzukommen. Arbeitnehmer, für die die tarifliche 40-Stunden-Woche noch nicht gilt, sind vor allem in der Land- und Forstwirtschaft, in Teilen des Nahrungsmittel- und Verkehrsgewerbes, sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe beschäftigt.

Damit sich daran nichts ändert, haben die Kapitalisten dies in ihrem „Tabu-Katalog" als unveränderlich festgelegt. „Nachdem bis Ende 1974 für mehr als 80% der Arbeitnehmer die 40-Stunden-Woche vereinbart wurde, ist eine weitere Reduzierung des Arbeitsvolumens durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit unter 40 Stunden keinesfalls zu verantworten. Sie würde das notwendige wirtschaftliche Wachstum ernstlich beeinträchtigen und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährden." Ebenso darf nach dem Tabu-Katalog durch zusätzliche Pausen die Arbeitszeit nicht unter 40 Stunden sinken. In den letzten 5 Jahren haben sich durch die bleibende hohe Arbeitslosigkeit die Kampfbedingungen für eine Verkürzung der Arbeitszeit verschlechtert.

Die folgende Tabelle zeigt, wie die Wochenarbeitszeit nach anfänglich relativ rascher Verkürzung in den letzten Jahren stagnierte.

Durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeiten

Jahr	Std.	Verkürzung (%) gegen Vorzeitraum %
1960	44,56	
1962	44,02	1,2
1964	43,13	2,0
1966	42,55	1,3
1968	42,10	1,1
1970	41,49	1,4
1972	41,02	1,1
1974	40,73	0,7
1976	40,25	1,2
1978	40,18	0,2
1979	40,13	0,1

Dagegen heißt es im Aktionsprogramm des DGB von 1979: „Die Arbeitszeit muß bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich weiter verkürzt werden. Ziel ist die 35-Stunden-Woche." Und der IG Metall-Gewerkschaftstag 1980 beschloß: „Die weitere Verkürzung der Arbeitszeit zum Ausgleich für wachsende Arbeitsbelastungen, als Beitrag zur Sicherung der Beschäftigung und um eine umfassende Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Familien am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, durch:

– Verkürzung der Lebens-, Jahres-, Wochen- und Tagesarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich bei gleichzeitigen definierten Arbeitsbedingungen
– Einführung der 35-Stunden-Woche.



Waren früher die körperliche und geistige Belastung durch den Arbeitsprozeß und der Wunsch nach mehr Freizeit die Hauptgründe für die Arbeitszeitverkürzung, so tritt heute zunehmend das Arbeitsmarktargument in den Vordergrund, zumindest in den offiziellen gewerkschaftlichen Stellungnahmen.

Gleichzeitig hat jedoch die Arbeitsintensität keineswegs nachgelassen, sondern in Bereichen wie den Büroarbeiten enorm zugenommen. Hinzu kommt, daß solche Zeiten wie für die Fahrten von und zur Arbeit, die nicht für die Reproduktion genutzt werden können, ebenfalls zugenommen haben.

Neben der Blockade tarifvertraglicher Regelungen versuchen die Kapitalisten, den Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten durch solche Regelungen wie Teilzeitarbeit, job-sharing, flexiblen Jahresarbeitsvertrag, Gleitzeit etc. aufzufangen. Jedesmal wird in Zeiten niedriger Produktivität oder Auslastung vertraglich oder gewohnheitsmäßig die Arbeitskraft nicht genutzt, in der übrigen Zeit um so stärker.

Weitgehend einig sind sich die Gewerkschaften, daß neben der Vermehrung der Pausen die Wochenarbeitszeit, wie auch die Lebensarbeitszeit, verringert und der Urlaub verlängert werden soll. Einig sind sie in der Notwendigkeit kollektiver Regelungen. Nicht einig sind sich die Gewerkschaften, worauf davon in der nächsten Zeit der Schwerpunkt gelegt werden soll. Während die IG Metall zum nächstmöglichen Termin (31.12.1982) die Wochenarbeitszeit neu regeln und die 35-Stunden-Woche durchsetzen will, gibt es bei der ÖTV Überlegungen, das Schwergewicht auf die Möglichkeit der frühzeitigeren Verrentung und der gezielten Arbeitszeitverkürzung für besonders belastete Gruppen zu legen. Im Oktober will sie ihre Vorstellungen veröffentlichen.

Die Vorverlegung des Renteneintrittsalters wirkt vermutlich am direktesten auf den Arbeitsmarkt. Auch könnte die Wirkung einer solchen Arbeitszeitverkürzung nicht im Gegenzug aufgehoben werden durch eine gleichzeitige Intensivierung der Arbeit. Allerdings ist sie auch keine Schranke gegen die übermäßige Vernutzung der Arbeitskraft, sondern wirkt – polemisch gesagt – erst, wenn es zu spät ist, wenn die Arbeitskraft bereits weitgehend verschlissen ist. Darum wird die notwendige Einheit zwischen jungen und alten Arbeitern schwierig herzustellen sein. Gleichzeitig wirft diese Art der Arbeitszeitverkürzung eine Reihe von Folgeproblemen auf. Die Rentenansprüche könnten sich verringern, Versorgungsansprüche würden gemindert. Die Kosten würden weitgehend den Versicherungen zufallen, was kurz- und mittelfristig eine Verringerung des Nettoeinkommens der Lohnabhängigen bedeutete.

Beim erklärten Widerstand aller Kapitalisten ist es richtig, den Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit mit einer Forderung durchzusetzen, die alle Arbeitnehmer einbezieht. Das ist die Forderung nach der 35-Stunden-Woche an 5 Tagen bei vollem Lohnausgleich. Wenn möglich, sollten die Arbeitsbedingungen definiert sein. Der Arbeitsmarkteffekt wurde in einer IFO-Studie bei einer Arbeitszeitverkürzung um 2 Stunden auf etwa 150000 Arbeitsplätze geschätzt. Selbst, wenn kein vollständiger Lohnausgleich durchgesetzt werden könnte, würde das zur Verknappung des Arbeitsmarktes führen und die Bedingungen für den Lohnkampf verbessern.

Damit die Kapitalisten jedoch nicht all diese Effekte durch Mehrarbeit auffangen und in ihr Gegenteil verwandeln können, ist die Änderung der Arbeitszeitordnung dringlicher als je.

Diese Überlegungen sollen nicht bedeuten, daß man gegen die Vorverlegung des Rentenalters auftreten soll oder gegen besondere Arbeitszeitregelungen. Im Gegenteil, gerade wenn wir die 35-Stunden-Woche zum Schwerpunkt machen, werden auch solche Forderungen leichter durchgesetzt werden.

Kongreß der GEW Berlin zur Arbeitsbelastung im Lehrerberuf

71,1% der Befragten klagen darüber mit ihrer Arbeit für die Schule nie fertig zu werden

ram. Am Samstag fand in Westberlin ein Kongreß der GEW Berlin zum Thema „Arbeitsbelastung im Lehrerberuf" statt. Anlaß des Kongresses war die Vorstellung einer Studie über „psychomentale Belastungen im Lehrerberuf". Die Studie ist im Auftrag der GEW Berlin von Dr. Rolf Saupe und Dr. Helmut Möller erstellt

werden ihrem eigenen Selbstverständnis als Lehrer völlig widersprechen. Die meisten Lehrer (80,6%) spüren, daß die Situation in der Schule durch die gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt wird: „Von uns Lehrern wird im Grunde erwartet, das erzieherische Versagen im Elternhaus auszuglei-

entgegen der allgemein vertretenen Auffassung die körperliche Belastung der Lehrer (stehen, schlecht sitzen, statische Bewegungsabläufe) nicht als „leicht", sondern als „mäßig" einzustufen sind. Er verglich die körperliche Belastung mit der eines Baggerführers und die geistige mit Tätigkeiten in der

ang.Kiel. Vor dem Hintergrund des Auslaufens der 10jährigen Versuchsphase für Gesamtschulen erhielt das Leitthema der Kieler Woche „Bildung in Europa – vom Nachbarn lernen" besondere politische Brisanz. Die Landesregierung und die örtliche Presse veranstalteten großen Zinnober – die GEW wollte mit ihrem Kongreß, der den politischen Mittelpunkt der Kieler Woche darstellte, eine Propagandakampagne für die Gesamtschulen inszenieren – und hielten demgegenüber das dreigliedrige Schulsystem als das

reits seit 1962 als einzige Regelschule eingeführt worden sei, daß dort bis zur 9. Klasse der Unterricht einheitlich durchgeführt und ab der 10. Klasse, die für alle obligatorisch sei, differenziert werde. Weiter seien dort Lernbehinderte und ausländische Kinder völlig in der Regelschule integriert, es gebe dort keine Sonderschulen und Sonderklassen mehr, stattdessen werde in kleineren Klassen gegebenenfalls mit zwei Lehrern, von denen einer eine spezielle sonderpädagogische Ausbildung habe, unterrichtet.

„Bildung in Europa –

Wochenarbeitszeit unter 40 Stunden keinesfalls zu verantworten. Sie würde das notwendige wirtschaftliche Wachstum ernstlich beeinträchtigen und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährden." Ebenso darf nach dem Tabu-Katalog durch zusätzliche Pausen die Arbeitszeit nicht unter 40 Stunden sinken. In den letzten 5 Jahren haben sich durch die bleibende hohe Arbeitslosigkeit die Kampfbedingungen für eine Verkürzung der Arbeitszeit verschlechtert.

wachsende Arbeitsbelastungen, als Beitrag zur Sicherung der Beschäftigung und um eine umfassende Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Familien am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, durch:

– Verkürzung der Lebens-, Jahres-, Wochen- und Tagesarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich bei gleichzeitigen definierten Arbeitsbedingungen
– Einführung der 35-Stunden-Woche.

kommt, daß solche Zeiten wie für die Fahrten von und zur Arbeit, die nicht für die Reproduktion genutzt werden können, ebenfalls zugenommen haben.

Neben der Blockade tarifvertraglicher Regelungen versuchen die Kapitalisten, den Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten durch solche Regelungen wie Teilzeitarbeit, job-sharing, flexiblen Jahresarbeitsvertrag, Gleitzeit etc. aufzufangen. Jedesmal wird in Zeiten niedriger Produktivität oder Ausla-

Während die IG Metall zum nächstmöglichen Termin (31.12.1982) die Wochenarbeitszeit neu regeln und die 35-Stunden-Woche durchsetzen will, gibt es bei der ÖTV Überlegungen, das Schwergewicht auf die Möglichkeit der frühzeitigeren Verrentung und der gezielten Arbeitszeitverkürzung für besonders belastete Gruppen zu legen. Im Oktober will sie ihre Vorstellungen veröffentlichen.

Die Vorverlegung des Renteneintrittsalters wirkt vermutlich am direk-

all diese Effekte durch Mehrarbeit auffangen und in ihr Gegenteil verwandeln können, ist die Änderung der Arbeitszeitordnung dringlicher als je.

Diese Überlegungen sollen nicht bedeuten, daß man gegen die Vorverlegung des Rentenalters auftreten soll oder gegen besondere Arbeitszeitregelungen. Im Gegenteil, gerade wenn wir die 35-Stunden-Woche zum Schwerpunkt machen, werden auch solche Forderungen leichter durchgesetzt werden.

Kongreß der GEW Berlin zur Arbeitsbelastung im Lehrerberuf

71,1% der Befragten klagen darüber mit ihrer Arbeit für die Schule nie fertig zu werden

ram. Am Samstag fand in Westberlin ein Kongreß der GEW Berlin zum Thema „Arbeitsbelastung im Lehrerberuf" statt. Anlaß des Kongresses war die Vorstellung einer Studie über „psychomentale Belastungen im Lehrerberuf". Die Studie ist im Auftrag der GEW Berlin von Dr. Rolf Saupe und Dr. Helmut Möller erstellt worden. *(GEW Berlin, Ergebnisse einer Studie in Berlin-West, Dr. Rolf Saupe/Dr. Helmut Möller, Psychomentale Belastungen im Lehrerberuf, Berlin, Juni 1981)* Die beiden Wissenschaftler hatten an 1000 Westberliner Lehrer aus der GEW Fragebögen versandt, in denen diese ankreuzen mußten, wie sie ihre Arbeitsbedingungen empfinden. Folgende Fragen standen im Mittelpunkt:

„– Worüber klagen Lehrer(innen)?
,– Besteht ein Zusammenhang zwischen bestimmten Arbeitsplatzstrukturen und Belastungsreaktionen der Lehrer(innen)?
,– Wie spiegelt sich der Arbeitsplatz des(r) Lehrers(in) in seinen subjektiven Äußerungen wider?
,– Welche Verarbeitsreaktionen zeigen Lehrer(innen)?"
(Möller/Saupe, a.a.O., S. II)

Das Ergebnis war für die Kongreßteilnehmer nicht überraschend. „71,1% der Befragten klagen darüber, mit ihrer Arbeit für die Schule nie fertig zu werden." *(a.a.O., S. VIII)* 78,9% arbeiten häufig in den Abend hinein, 83,3% arbeiten auch sonntags.

Neben der zeitlichen Arbeitsbelastung ist der Widerspruch zwischen den eigenen oder an der Universität erworbenen pädagogischen Ansprüchen und den Fesseln durch die Arbeitsbedingungen und Anforderungen des Schulalltags besonders ausgeprägt. 78,1% der Befragten waren der Auffassung, daß die Anforderungen, die seitens der Schulbehörde an sie gestellt werden ihrem eigenen Selbstverständnis als Lehrer völlig widersprechen. Die meisten Lehrer (80,6%) spüren, daß die Situation in der Schule durch die gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt wird: „Von uns Lehrern wird im Grunde erwartet, das erzieherische Versagen im Elternhaus auszugleichen." (a.a.O.,S.IX) Daß die gesellschaftlichen Verhältnisse hier zu individuellen Schuldfragen („erzieherisches Versagen") erklärt werden, ist nicht verwunderlich. Schließlich ist den Lehrern in ihrer Ausbildung beigebracht worden, daß Mißerfolge in der Schule vermeidbar und ausschließlich auf eigenes Versagen zurückzuführen sind.

Sehr skeptisch stehen die Lehrer ihrem eigenen Handlungsspielraum in der Schule gegenüber. „Nur 33.8% der Lehrer(innen) geben an, daß sie ... Möglichkeiten sehen, ihre Arbeitsbedingungen zu verändern." (a.a.O., S. X) Lähmend wirkt sich die Individualisierung der Lehrer an ihrem Arbeitsplatz aus. 64,8% sehen in mangelnder Kooperation und gegenseitiger Unterstützung ein Problem.

Als Folge dieser täglich erfahrenen Widersprüche häufen sich bei den Lehrern Niedergeschlagenheit, Gereiztheit, das Gefühl, nie „abschalten zu können". Es treten aber auch in hohem Maße körperliche Symptome, wie Kopfschmerzen, empfindlicher Magen, Schlafstörungen, Kreislaufbeschwerden etc. auf. Deutlich stärker als auf ältere, wirken sich die Widersprüche auf jüngere Lehrer (bis 30 Jahre) aus.

Die Studie schließt an eine bereits im vorigen Jahr von der GEW veröffentlichten Studie zur arbeitspsychologischen Bewertung der Belastungen des Lehrers von Prof. Dr. W. Müller-Limmroth, der auch auf dem Kongreß anwesend war, an. Er führte aus, daß entgegen der allgemein vertretenen Auffassung die körperliche Belastung der Lehrer (stehen, schlecht sitzen, statische Bewegungsabläufe) nicht als „leicht", sondern als „mäßig" einzustufen sind. Er verglich die körperliche Belastung mit der eines Baggerführers und die geistige mit Tätigkeiten in der Datenverarbeitung. Entscheidend für die Befindlichkeit der Lehrer ist unverhältnismäßig hohe Streßbelastung. Während ein Führerscheinprüfling während der Prüfung 23 Streßhormoneinheiten ausscheidet, sind es beim Lehrer *täglich* in der Unterrichtszeit 34 Einheiten!

Ziel des Kongresses konnte es nicht sein, aus diesen Gutachten jetzt linear eine gewerkschaftliche Tätigkeit zu begründen. Dr. Wunder, stellvertretender Vorsitzender der GEW, maß solchen wissenschaftlichen Untersuchungen in erster Linie unterstützenden Charakter im Kampf gegen den Dienstherren zu. Er sah in dem Kongreß eher einen Schlußpunkt der Untersuchungsphase, gerade auch im Bezug auf die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Es ist für die GEW nützlich, diese Untersuchungen zu haben. „Wissenschaftliche Untersuchungen sind kein Ersatz für gewerkschaftliche Arbeit und können sicherlich – für sich genommen – die Arbeitgeberseite nicht bewegen, unsere Forderungen zu erfüllen", steht im Einladungsschreiben des Vorstandes zu dem Kongreß. Das wurde auch in der Diskussion deutlich, die sich im Anschluß an die Vorstellung der Studien entwickelte. Die Studien können aber in gewisser Weise als Lagebeschreibung gelten. Die psychomentalen Belastungen der Lehrer sind ja gerade deshalb so groß, weil sie sehr wohl die Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche erfahren.

ang.Kiel. Vor dem Hintergrund des Auslaufens der 10jährigen Versuchsphase für Gesamtschulen erhielt das Leitthema der Kieler Woche „Bildung in Europa – vom Nachbarn lernen" besondere politische Brisanz. Die Landesregierung und die örtliche Presse veranstalteten großen Zinnober – die GEW wollte mit ihrem Kongreß, der den politischen Mittelpunkt der Kieler Woche darstellte, eine Propagandakampagne für die Gesamtschulen inszenieren – und hielten demgegenüber das dreigliedrige Schulsystem als das einzig humane „System der Zukunft" hoch. Besonders empörten sie sich über den GEW-Vorsitzenden Frister, der in seiner Eröffnungsrede den Gesichtspunkt hervorhob, daß Wissen Macht ist und eine „intensive allgemeine Bildung auf einem hohen Niveau" postulierte. Weiter führte er aus: „Es gibt den Zusammenhang zwischen der schönen Literatur und dem Fließband. Er ist negativ für den Unternehmer und wird von diesem als Überqualifikation kritisiert. Er ist aber positiv für den Arbeitnehmer und sollte von ihm und seinen Gewerkschaften stärker als Chance ergriffen und genutzt werden ... Die Siege über Reaktionäre wurden von Könnern nach Anstrengungen errungen."

Scharf griff Frister die geplanten Stellenkürzungen im Öffentlichen Dienst sowie Kürzungen bei Arbeitslosengeldern und Ausbildungsbeihilfen an. Als Vorbild für richtige Politik stellte er den neuen französischen Ministerpräsidenten Mitterrand dar, daran müsse man sich orientieren.

Unter dem Gesichtspunkt einer einheitlichen Mindestausbildung wurde auf dem Gewerkschaftskongreß vor allem Schweden als ein positives Beispiel angeführt. Die ehemalige schwedische Schulministerin, Rhode, berichtete unter großem Beifall, daß in Schweden die Gesamt- bzw. Einheitsschule bereits seit 1962 als einzige Regelschule eingeführt worden sei, daß dort bis zur 9. Klasse der Unterricht einheitlich durchgeführt und ab der 10. Klasse, die für alle obligatorisch sei, differenziert werde. Weiter seien dort Lernbehinderte und ausländische Kinder völlig in der Regelschule integriert, es gebe dort keine Sonderschulen und Sonderklassen mehr, stattdessen werde in kleineren Klassen gegebenenfalls mit zwei Lehrern, von denen einer eine spezielle sonderpädagogische Ausbildung habe, unterrichtet.

„Bildung in Europa – Vom Nachbarn lernen"

GEW-Kongreß während der Kieler Woche

Als Nachteil der Gesamtschulen in Westdeutschland wurde in der Diskussion aufgeführt, daß sie nach wie vor nach der 10. Klasse die drei traditionellen Abschlüsse erteile und bestenfalls als Alternative zur Hauptschule, statt zum dreigliedrigen Schulsystem insgesamt, eingeführt werde.

Als weitere Punkte, die man von Nachbarn, dabei besonders von Österreich, Frankreich und England lernen könne, wurden auf dem GEW-Kongreß genannt: • Überwindung der Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung, • Verleihung von Doppelqualifikationen (Hochschulreife und Berufsbefähigung), • Einführung eines generellen zehnten allgemeinbildenden Schuljahres auch für Haupt- und Sonderschüler, • kostenlose Vorschule für alle Kinder, insbesondere auch für die ausländischen u.a.m.

Am Rand der Kieler Woche fand zusätzlich ein Kongreß der Landesschülervertretung für Gymnasien statt, an dem 700 Schüler, Eltern und Lehrer teilnahmen. Neben einem umfangreichen Forderungsprogramm zu den Schulfragen, bei dem die Rechte der Schüler und Eltern im Mittelpunkt standen, wurde dort in der stark besuchten Friedensarbeitsgruppe der Aufruf der Russel-Peace-Foundation unterstützt.

Kampf um ein Kommunikationszentrum

„Die Stadt wollte einlenken – da war aber schon die Hölle los"

Dialog mit der Jugend – Modell Bochum

rew.Bochum. Nach den ersten Auseinandersetzungen um ein unabhängiges Kultur- und Kommunikationszentrum erklärte Oberbürgermeister Eikelbeck noch, man habe erhebliche Fehler gemacht und müsse jetzt nach „neuen Wegen" der Verständigung suchen. Wenige Tage später, in der Nacht zum Freitag, erfolgte einer der brutalsten Polizeieinsätze, die es je in Bochum gab.

Mit Knüppeln und Chemischer Keule überfiel eine Unzahl von Polizisten ohne Vorwarnung ca. 450 vor dem Polizeipräsidium sitzende Leute, die die Freilassung von drei zuvor festgenommenen Demonstranten verlangt hatten. Das Ergebnis dieses Überfalls und der anschließenden Hetzjagd durch die Innenstadt, bei der jeder überrollt wurde, der nicht schnell genug laufen konnte: etliche Verletzte, davon vier krankenhausreif, weitere acht Festnahmen und unzählige zerbrochene Fensterscheiben.

Pech für die Polizeiführung war allerdings, daß ein Kamerateam des WDR seit zwei Tagen die Aktivitäten der Kulturzentrumsbewegung verfolgt hatte und ein mehrfach gezeigter Fernsehbericht das Gegenteil der Aussagen von Polizeipräsident Behrndt und Innenminister Schnoor – daß nämlich die Demonstranten das Polizeipräsidium angegriffen hätten – beweist.

Seither ist die Empörung über das Vorgehen von Stadtverwaltung und Polizei in Bochum noch weiter gewachsen, schieben sich die jeweils Verantwortlichen über Fernsehinterviews die Schuld zu und konnte die „Bewegung" einen greifbaren Erfolg verbuchen: die inszwischen doch besetzte Fabrik soll einstweilen nicht geräumt werden.

Begonnen hatte das, was seit 14 Tagen die Lokal- und Regionalpresse als „Thema Nr. 1" beschäftigt, eher ruhig in kleinem Kreis, wenn auch einigermaßen gut vorbereitet.

Angesichts der trostlosen Freizeitsituation in Bochum hatte es vielen jungen Leuten schon lange gestunken, daß die von der „Szene" frequentierten Lokale sich weitgehend in der Hand des Monopolisten Leo Bauer befinden, wo die Preise hoch, der Einfluß auf das Geschehen aber gleich null ist. Die Jugendheime der Stadt waren nie eine Alternative, nicht nur, weil es nicht einfach um Jugend geht, sondern sie stehen auch stark unter Kontrolle der Stadt; die Sozialarbeiter werden schnell abgelöst, wenn sie mit den Jugendlichen fraternisieren.

„Bei uns soll es nicht so aussehen wie in diesen 32 verkorksten Jugendzentren. Wir haben es satt, uns dauernd von irgendwelchen Institutionen vorschreiben zu lassen, wie ein Kulturprogramm aussehen soll. Wir wollen ein Zentrum, in dem wir über AKWs und Umweltfragen reden, wo wir überlegen, was wir z.B. gegen die Stationierung von Atomraketen und Hochsicherheitstrakte machen können." (aus: „Informationen der Bewegung") Einige Wochen vorher war schon im Uni-Bereich die leerstehende Alte Mensa mit der gleichen Absicht besetzt worden und man hatte einen praktischen Eindruck, wie sowas in Zukunft laufen könnte.

Dienstag vor zwei Wochen besetzten dann ca. 50 Leute eine seit vier Jahren leerstehende Fabrik in der Nähe des Hauptbahnhofes, richteten sie planmäßig ein und über die folgenden Feiertage rollte sofort eine teilweise begeisternde Rockfete mit den örtlichen New Wave Bands ab. Die wesentliche Schwachstelle der Besetzer, die sofortige breite Öffentlichkeitsarbeit, deckte überraschenderweise der Lokalteil der WAZ ab. Die solidarische Berichterstattung, die nach aller Erfahrung am wenigsten erwartet worden war, entwickelte sich auch im Fortgang der Ereignisse zu einem Hauptstützpunkt der Bewegung (zumindest so lange, bis die Chefredaktion ausflippte).

Aus der Lokalredaktion kam auch am Donnerstag die Information, daß Freitagmorgen die Polizei zuschlagen würde. So war es; bei der Räumung gab es 135 Festnahmen und Strafanzeigen. Ähnlich waren die Stadtverwaltungen zuvor auch in den Nachbarstädten Herne, Witten und Wanne-Eickel vorgegangen. Das Bochumer Presseamt begründete die Räumung mit geplanter Sanierung und Nutzung durch die Stadt. Doch vier Stunden nach der Räumung erschien ein Bagger und riß die Fabrik ein.

„Wir haben öffentliches Eigentum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht"

Von diesem Zeitpunkt an ging es in Bochum für mehr als eine Woche drunter und rüber. Der Oberbürgermeister Eikelbeck mußte in einem TAZ-Interview zugeben, Räumung und Abriß schon am Dienstag geplant zu haben, „weil die Besetzer sonst immer wieder gekommen wären", und man keine Kontrolle habe, wer das sei.

Am Freitagnachmittag bewegten sich schon rund 700 erregte Demonstranten durch die Innenstadt, Kreuzungen wurden gesperrt, der ansässige Einzelhandel hatte nichts zu lachen. Samstagmorgen am Flohmarkt hatte der OB Eikelbeck Pech, als er in eine Kontrolle der Demonstranten geriet. Sein Auto wurde mit Absperrgittern umstellt, die Karosse leicht modifiziert, der OB erlitt Tritte, die Frau OB einen Schock. Eigenhändig mußte E. danach einen zerstochenen Reifen wechseln. Ohne daß die Polizei einzugreifen wagte, schritt man dann noch zur Sperrung der Kreuzung am Schauspielhaus und besetzte anschließend die Kammerspiele.

Aus dieser kurzfristigen Besetzung, die vom Schauspielensemble und Claus Peymann durch einen offenen Protestbrief an die Stadt unterstützt wurde, entwickelte sich dann ein weiterer Meilenstein der Besetzerbewegung, die „Vollversammlung". Sie tagte in der Folge fast täglich, zwischen 400 und 800 Leute diskutierten solidarisch, die Beschlüsse zum weiteren Vorgehen wurden immer mit großer Einmütigkeit gefaßt und auch meist in der WAZ veröffentlicht.

So die Forderung nach Rücknahme aller Strafanträge („Wir haben öffentliches Eigentum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht"), Entschädigung für zerstörte Einrichtungsgegenstände und erlittene Haft.

Es erwies sich als richtig, daß das Delegationsprinzip ausdrücklich abgelehnt wurde, sowohl in Verhandlungen mit der Stadt als auch bei der Planung des weiteren Vorgehens. Man konnte nicht nur breit diskutieren, sondern – wenn nötig – auch sofort handeln. Die anschließenden kleinen Aktionen wirkten außerdem sehr erfrischend und brachten Polizei und Stadtverwaltung einigermaßen in die Defensive, z.B. die Ankündigung einer Vollversammlung bei „Mc Donald's", „ruhige Spaziergänge" von 500 – 700 Leuten durch die Stadt, wo zumindest der Beate-Uhse-Laden Schaden nahm, wie auch die Autorität der Insassen von Polizeifahrzeugen.

Eine Flut von Leserbriefen in der Lokalpresse bewies die Solidarität großer Teile der Bevölkerung, im Schauspielhaus wurde vor den Vorstellungen zur Unterstützung der Besetzer aufgerufen und wurden mehrere hundert Mark gesammelt.

„... nicht unsere Aufgabe, mit Polizei und Bagger hinter den Jugendlichen herzulaufen."

Als in dieser Situation – drei Tage nach dem Abriß – die Vollversammlung beschloß, eine andere Fabrik zu besetzen, zeigte die Stadtspitze Wirkung. Eine Fabrik sollte angeboten werden, um „gewaltlos eine Eskalation zu vermeiden". Es könne nicht die Aufgabe der Stadt sein, „mit Polizei und Bagger hinter den Jugendlichen herzulaufen". Inzwischen hatten die Geschehnisse nicht nur Krach zwischen den Ratsfraktionen ausgelöst, sondern auch innerhalb der mit absoluter Mehrheit regierenden SPD, wo die Stadtväter um die Reste ihrer Glaubwürdigkeit fürchteten. Die CDU sorgte sich hauptsächlich um die Grundwerte und war für Durchgreifen.

Am folgenden Dienstag beurteilte die Vollversammlung die angebotene Fabrik aufgrund ihres katastrophalen Zustandes als Provokation, lehnte auch alle Verhandlungen mit der Stadt ab, solange nicht die Strafanträge zurückgezogen seien. Als am späten Abend, nach einem „Spaziergang durch die Stadt" die Polizei erstmals wieder brutal zuschlug – Hundeeinsatz, sechs Festnahmen – folgte postwendend eine „unfriedliche" Demonstration zum Präsidium, es gab größeren Sachschaden. Nach einer Stunde waren die Festgenommenen wieder frei.

Abends Vollversammlung in der angebotenen Fabrik. Kein Ratsvertreter erscheint, dafür das Fernsehen. Einstimmiger Beschluß, nach der VV am Freitag „konkrete Schritte" zu unternehmen. Man hat jetzt das Gefühl, in der Offensive zu sein. Die Stadtspitze unternimmt Donnerstag nochmal hilflose Vermittlungsversuche, jede Menge Fehler werden zugegeben, auch das neue Angebot sei nicht das Gelbe gewesen; „im Interesse des Inneren Friedens ist Dialog das Einzig sinnvolle."

Am Freitag steigt die Spannung: Auf dem Weg zur VV im Theaterinnenhof sieht man hauptsächlich grün. Zur Versammlung sind so viele Leute wie nie gekommen. Ein letzter Vermittlungsversuch eines liberalen Stadtrates geht daneben, er erhält kein Rederecht. Der Beschluß zum Handeln wird bekräftigt. Sofort begibt sich ein riesiger Zug zur nahegelegenen, bereits „vermessenen" Fabrik. Dort muß man jedoch erkennen, daß uniformierte Besetzer schneller gewesen sind. Bei einer ersten Rangelei um einen Polizeifotografen deutet die Polizei an, was sie an diesem Tag vorhat. Es wird hart und wahllos in die Menge geknüppelt und drei Leute werden abtransportiert. Nach kurzer Beratung zieht ein Großteil der Demonstranten weiter zum Polizeipräsidium, um die Freilassung zu erreichen. Eine halbe Stunde später erfolgt der eingangs geschilderte Überfall.

Die Presse wird eingenordet

Samstag ist die Polizei überraschend aus der Fabrik abgezogen. Es kann friedlich besetzt werden, was allgemein als Sieg eingeschätzt wird. Im WDR erklärt Eikelbeck nicht gerade glaubwürdig, die Stadt habe von Anfang an einlenken wollen, der Polizeieinsatz sei ein Mißverständnis gewesen. Die WAZ erwähnt die Ereignisse dagegen mit keinem Wort. Später sickert durch, daß ein Redakteur beurlaubt ist, zwei weitere von politischer Berichterstattung ausgeschlossen sind. Der WDR-Redakteur G. Bahrs steht ebenfalls unter Druck, weil er den Märchen des Innenministers Schnoor von der friedlichen Polizei und den angreifenden Demonstranten längere Zeit widersprochen hat. Als Sofortmaßnahme wird die Info-Gruppe der Besetzer noch in dieser Woche eine Pressekonferenz veranstalten.

Die erste Instandsetzung der Fabrik ist schon am Samstagabend abgeschlossen und 600 Leute ziehen ein ordentliches Fest ab. Es kann mehr daraus werden.



sterscheiben.

Pech für die Polizeiführung war allerdings, daß ein Kamerateam des WDR seit zwei Tagen die Aktivitäten der Kulturzentrumsbewegung verfolgt hatte und ein mehrfach gezeigter Fernsehbericht das Gegenteil der Aussagen von Polizeipräsident Behrndt und Innenminister Schnoor – daß nämlich die Demonstranten das Polizeipräsidium angegriffen hätten – beweist.

Seither ist die Empörung über das Vorgehen von Stadtverwaltung und Polizei in Bochum noch weiter gewachsen, schieben sich die jeweils Verantwortlichen über Fernsehinterviews die Schuld zu und konnte die „Bewegung" einen greifbaren Erfolg verbuchen: die inszwischen doch besetzte Fabrik soll einstweilen nicht geräumt werden.

Begonnen hatte das, was seit 14 Tagen die Lokal- und Regionalpresse als „Thema Nr. 1" beschäftigt, eher ruhig in kleinem Kreis, wenn auch einigermaßen gut vorbereitet.

Angesichts der trostlosen Freizeitsituation in Bochum hatte es vielen jungen Leuten schon lange gestunken, daß die von der „Szene" frequentierten Lokale sich weitgehend in der Hand des Monopolisten Leo Bauer befinden, wo die Preise hoch, der Einfluß auf das

meister Eikelbeck mußte in einem TAZ-Interview zugeben, Räumung und Abriß schon am Dienstag geplant zu haben, „weil die Besetzer sonst immer wieder gekommen wären", und man keine Kontrolle habe, wer das sei.

Am Freitagnachmittag bewegten sich schon rund 700 erregte Demonstranten durch die Innenstadt, Kreuzungen wurden gesperrt, der ansässige Einzelhandel hatte nichts zu lachen. Samstagmorgen am Flohmarkt hatte der OB Eikelbeck Pech, als er in eine Kontrolle der Demonstranten geriet. Sein Auto wurde mit Absperrgittern umstellt, die Karosse leicht modifiziert, der OB erlitt Tritte, die Frau OB einen Schock. Eigenhändig mußte E. danach einen zerstochenen Reifen wechseln. Ohne daß die Polizei einzugreifen wagte, schritt man dann noch zur Sperrung der Kreuzung am Schauspielhaus und besetzte anschließend die Kammerspiele.

Aus dieser kurzfristigen Besetzung, die vom Schauspielensemble und Claus Peymann durch einen offenen Protestbrief an die Stadt unterstützt wurde, entwickelte sich dann ein weiterer Meilenstein der Besetzerbewegung, die „Vollversammlung". Sie tagte in der Folge fast täglich, zwischen 400 und 800 Leute diskutierten solidarisch, die

kung. Eine Fabrik sollte angeboten werden, um „gewaltlos eine Eskalation zu vermeiden". Es könne nicht die Aufgabe der Stadt sein, „mit Polizei und Bagger hinter den Jugendlichen herzulaufen". Inzwischen hatten die Geschehnisse nicht nur Krach zwischen den Ratsfraktionen ausgelöst, sondern auch innerhalb der mit absoluter Mehrheit regierenden SPD, wo die Stadtväter um die Reste ihrer Glaubwürdigkeit fürchteten. Die CDU sorgte sich hauptsächlich um die Grundwerte und war für Durchgreifen.

Am folgenden Dienstag beurteilte die Vollversammlung die angebotene Fabrik aufgrund ihres katastrophalen Zustandes als Provokation, lehnte auch alle Verhandlungen mit der Stadt ab, solange nicht die Strafanträge zurückgezogen seien. Als am späten Abend, nach einem „Spaziergang durch die Stadt" die Polizei erstmals wieder brutal zuschlug – Hundeeinsatz, sechs Festnahmen – folgte postwendend eine „unfriedliche" Demonstration zum Präsidium, es gab größeren Sachschaden. Nach einer Stunde waren die Festgenommenen wieder frei.

Abends Vollversammlung in der an-

stimmiger Beschluß, nach der VV am Freitag „konkrete Schritte" zu unternehmen. Man hat jetzt das Gefühl, in der Offensive zu sein. Die Stadtspitze unternimmt Donnerstag nochmal hilflose Vermittlungsversuche, jede Menge Fehler werden zugegeben, auch das neue Angebot sei nicht das Gelbe gewesen; „im Interesse des Inneren Friedens ist Dialog das Einzig sinnvolle."

Am Freitag steigt die Spannung: Auf dem Weg zur VV im Theaterinnenhof sieht man hauptsächlich grün. Zur Versammlung sind so viele Leute wie nie gekommen. Ein letzter Vermittlungsversuch eines liberalen Stadtrates geht daneben, er erhält kein Rederecht. Der Beschluß zum Handeln wird bekräftigt. Sofort begibt sich ein riesiger Zug zur nahegelegenen, bereits „vermessenen" Fabrik. Dort muß man jedoch erkennen, daß uniformierte Besetzer schneller gewesen sind. Bei einer ersten Rangelei um einen Polizeifotografen deutet die Polizei an, was sie an diesem Tag vorhat. Es wird hart und wahllos in die Menge geknüppelt und drei Leute werden abtransportiert. Nach kurzer Beratung zieht ein Großteil der Demonstranten weiter zum Polizeipräsidium, um die Freilassung zu

fall.

Die Presse wird eingenordet

Samstag ist die Polizei überraschend aus der Fabrik abgezogen. Es kann friedlich besetzt werden, was allgemein als Sieg eingeschätzt wird. Im WDR erklärt Eikelbeck nicht gerade glaubwürdig, die Stadt habe von Anfang an einlenken wollen, der Polizeieinsatz sei ein Mißverständnis gewesen. Die WAZ erwähnt die Ereignisse dagegen mit keinem Wort. Später sickert durch, daß ein Redakteur beurlaubt ist, zwei weitere von politischer Berichterstattung ausgeschlossen sind. Der WDR-Redakteur G. Bahrs steht ebenfalls unter Druck, weil er den Märchen des Innenministers Schnoor von der friedlichen Polizei und den angreifenden Demonstranten längere Zeit widersprochen hat. Als Sofortmaßnahme wird die Info-Gruppe der Besetzer noch in dieser Woche eine Pressekonferenz veranstalten.

Die erste Instandsetzung der Fabrik ist schon am Samstagabend abgeschlossen und 600 Leute ziehen ein ordentliches Fest ab. Es kann mehr daraus werden.

Ein Haus im Grünen, viel Geld und Jesus

– Der american way of life für Behinderte –

u.w.Hamburg. Im UNO-Jahr der Behinderten hat nach den vielen Festreden über die ach so vorbildliche Integration Behinderter in der Bundesrepublik eigentlich noch ein richtungsweisender Kinofilm gefehlt. Jetzt ist er da, direkt importiert aus den USA: „Joni". Das Werbeplakat macht einen gespannt: „An den Rollstuhl gebunden und doch völlig frei!"

Spätestens an der Tür zum Kinosaal erhält man die Antwort auf einem Faltblatt in die Hand gedrückt: Jesus Christus hat Joni so frei gemacht. So einfach ist das! Man fühlt sich übertölpelt, denn die Kinokarte steckt schon in der Tasche.

Der Unterzeichner des Blattes macht die Absicht dieser US-Importware dann völlig klar: Es ist Billy Graham, bekannt als Propagandist der reaktionären Reagan-Regierung.

Der Inhalt: Joni, vielversprechende Tochter eines Olympia-Veteranen, bricht sich bei einem Kopfsprung das Genick. Sie überlebt, bleibt aber fast am ganzen Körper gelähmt. Die Härte eines solchen Schicksals, die Verzweiflung und Qual nach der Operation, die Hoffnung, dennoch geheilt zu werden, die mühevolle Arbeit des Trainings im Rehabilitationszentrum werden eindringlich geschildert. Als Joni aus der Rehabilitation entlassen wird, stellt sich eigentlich das größte Problem: Wie soll sie nun leben, hilflos, wie sie ist? Im Film stellt sich das ausschließlich als psychisches Problem, denn Jonis Familie ist aufopferungsvoll und einfühlsam, und das Problem einer behindertengerechten Wohnung, eines geeigneten Autos und des Lebensunterhalts für Behinderte und Pflegeperson löst sich scheinbar von selbst. Joni zieht mit ihrer Schwester auf einen „Bauernhof", der sich als großzügiges Landhaus mit allem Komfort entpuppt. Joni lernt, mit dem Mund zu schreiben und zu malen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Aber die Erfahrung, daß ihren Freund die gemeinsame Zukunft mit einer „unvollständigen" Frau überfordert, und die Abhängigkeit von ihrer Schwester bedrücken sie. Aber da kommt ein junger Mann auf den Plan, der ihr langsam aber sicher beibringt, daß nur Gott die „Scherben eines zerbrochenen Lebens zusammenfügen" kann. Lächelnd, gelöst und hübsch gekleidet rollt Joni jetzt durchs Leben und wird zur bekannten Malerin. Auf ihrer ersten Ausstellung bringt sie die zentrale Aussage des Films über die Lippen. Gegenüber einem ebenfalls behinderten Vietnam-Veteranen erklärt sie: „Ich sitze lieber in diesem Rollstuhl und gehöre Jesus, als daß ich ihm auf meinen Beinen ein Leben lang davonlaufe!" Antwort: „Sie haben mich überzeugt!" – Es verschlägt einem die Sprache.

Seit Jonis Weg von Gott beleuchtet wird, scheint ihr das Glück hold zu sein. Ein Märchenprinz in Form eines dynamischen Sozialarbeiters verliebt sich in sie. Doch so einfach ist das Leben auch nicht, er verläßt sie. Joni ist tief getroffen, aber dieses Leid läßt sie noch fester zu Gott finden und auf einer Großveranstaltung für Jesus predigen.

Der Film beeindruckt trotz seiner Plattheit. Er bringt einem scheinbar die Schwierigkeiten des Behindertendaseins nahe. Die Behinderten selbst werden sich für das Trostpflaster eines liebenden Jesus allerdings bedanken. Joni ist eine Verhöhnung angesichts der Tatsache, daß ein großer Teil der 6 Mill. Behinderten in der BRD noch immer in Heimen und Sondereinrichtungen lebt und die Verwirklichung des „einander verstehen – miteinander leben" an scheinbar so banalen Problemen wie Treppenstufen vor öffentlichen Gebäuden, Mangel an rollstuhlgerechten Wohnungen (von Landhäusern mit allem Komfort ganz zu schweigen) und wochenlangem Warten auf eine Fahrt mit dem Fahrdienst scheitert. Im Jahr der Behinderten streicht beispielsweise der Hamburger Sozialsenator das Anspruchsrecht für den Fahrdienst auf einmal wöchentlich zusammen. An den Rollstuhl gebunden und doch völlig frei – wenigstens einmal in der Woche?

Neue archäologische Funde aus der VR China

Monumentale Grabplastik im Auftrag des ,,Ersten Kaisers von China“

scw. Als im Jahre 1974 die Bauern der Produktionsbrigade Xiyang aus der Volkskommune Yanzhai (Provinz Shaanxi) nach Wasser bohrten, stießen sie auf ein unterirdisches System – ein Kopf in Lebensgröße aus Ton kam zum Vorschein. Das war der Anfang der spektakulärsten archäologischen Ausgrabung dieses Jahrhunderts: man hatte einen Teil der Grabausstattung des ersten chinesischen Kaisers, des Quin Shihuang (259 – 210 v.u.Z.), entdeckt. Nach kurzer Zeit wußten die chinesischen Archäologen, daß eine ganze Armee – entsprechend den damaligen Vorstellungen – zum ,,Schutz“ des Kaisers in Schlachtaufstellung unter die Erde gebracht wurde. Nach vorsichtiger Schätzung handelt es sich um mindestens 7000 lebensgroße, aus Ton gebrannte und ursprünglich bemalte Figuren, Soldaten mit Pferden, Streitwagen und den dazugehörigen Waffen. Erst in den letzten Wochen ist dort ein weiterer spektakulärer Fund gemacht worden: ein aus Bronze gegossener Streitwagen. Aber noch lange nicht sind die Ausgrabungen abgeschlossen, denn die in Stellung gebrachte Armee befindet sich über 1 km vom eigentlichen Grabhügel des Kaisers entfernt; inzwischen erstreckt sich die archäologische Tätigkeit über ein Gebiet von 20000 qm. Etwa 7 Jahre, so vermuten chinesische Archäologen, wird man warten müssen, um gänzliche Klarheit über die gesamte Grabausstattung zu haben.

Der chinesische Historiograph Sima Qian (ca. 145 – 86 v.u.Z.) schilderte die Grabausstattung folgendermaßen: ,,Die Arbeiter gruben durch drei unterirdische Ströme (Wasseradern), die sie abschnitten, indem sie Bronze hineingossen, um die Grabkammer zu errichten. Diese füllten sie mit Modellen von Palästen, Türmen und den hundert Ämtern, ferner mit kostbaren Gefäßen und Steinen sowie wunderbaren Raritäten. Handwerker erhielten den Auftrag, auf Eindringlinge abfeuernde Armbrüste mit mechanischen Selbstauslösern zu installieren. Die verschiedenen Ströme des Landes, der Yangzi und der Gelbe Fluß, und selbst der große Ozean wurden mit Quecksilber nachgeahmt, das eine mechanische Vorrichtung fließend in Bewegung hielt. Oben waren Konstellationen des Firmaments dargestellt und unten das geographische Relief der Erde. Leuchter wurden mit Walfischöl gespeist, um zu gewährleisten, daß sie ohne zu verlöschen für immer brannten ... Schließlich pflanzte man Bäume und säte Gras (auf den Grabhügel), damit er wie ein Berg aussähe.“

Solche Ausführungen chinesischer

streckt sich die archäologische Tätigkeit über ein Gebiet von 20000 qm. Etwa 7 Jahre, so vermuten chinesische Archäologen, wird man warten müssen, um gänzliche Klarheit über die gesamte Grabausstattung zu haben.

Der chinesische Historiograph Sima Qian (ca. 145 – 86 v.u.Z.) schilderte die Grabausstattung folgendermaßen: ,,Die Arbeiter gruben durch drei unterirdische Ströme (Wasseradern), die sie abschnitten, indem sie Bronze hineingossen, um die Grabkammer zu errichten. Diese füllten sie mit Modellen von Palästen, Türmen und den hundert Ämtern, ferner mit kostbaren Gefäßen und Steinen sowie wunderbaren Raritäten. Handwerker erhielten den Auftrag, auf Eindringlinge abfeuernde Armbrüste mit mechanischen Selbstauslösern zu installieren. Die verschiedenen Ströme des Landes, der Yangzi und der Gelbe Fluß, und selbst der große Ozean wurden mit Quecksilber nachgeahmt, das eine mechanische Vorrichtung fließend in Bewegung hielt. Oben waren Konstellationen des Firmaments dargestellt und unten das geographische Relief der Erde. Leuchter wurden mit Walfischöl gespeist, um zu gewährleisten, daß sie ohne zu verlöschen für immer brannten ... Schließlich pflanzte man Bäume und säte Gras (auf den Grabhügel), damit er wie ein Berg aussähe.“

Solche Ausführungen chinesischer

Chronisten galten lange Zeit als Legende, bis im Jahre 1974 überraschend ein Teil Legende Wirklichkeit wurde. Ähnliches scheint sich für die älteste literarisch überlieferte Geschichte Chinas anzubahnen: Neuere archäologische Funde machen die Existenz der bisher zur Mythologie zählenden Xia-Dynastie (ca. 21. – 16. Jh.v.u.Z.) wahrscheinlich.

Die Qin-Dynastie (221 – 206 v.u.Z.) ist aber nicht allein wegen der phantastischen Grabausstattungen des Qin Shihuang bedeutungsvoll. In der nur 15jährigen Regierungsperiode wurden Maßnahmen eingeleitet, die das über zweitausendjährige Kaisertum Chinas prägen sollten. Riesige Bauvorhaben wie Straßen, Paläste, der Beginn des Baus der Großen Mauer, die sich später über eine Strecke von 6000 km hinzog, sowie Kanäle und Flußregulierungen, die teilweise noch in Betrieb sind, wurden verwirklicht. Dies alles war nur möglich durch die Überwindung des aus mehreren Teilstaaten bestehenden Königtums. Aufgrund der territorialen Ausdehung der Herrschaft der Zhoi (ca. 11. Jh.v.) hatte der König zur besseren Verwaltung sein Herrschaftsge-

Ausdehung der Herrschaft der Zhoi (ca. 11. Jh.v.) hatte der König zur besseren Verwaltung sein Herrschaftsge-

biet in kleine Lehen unterteilt, deren Fürsten – gestärkt durch Eroberungen kleinerer Lehen – gegenüber dem König mehr und mehr an Macht gewannen. Aus den übriggebliebenen 7 Lehensstaaten ging der Staat der Qin als Sieger hervor und vollzog die Reichseinigung. Zentralistische Maßnahmen wie die Vereinheitlichung der Maße und Gewichte, der Münzen und der Schrift, sicherten den Zusammenhalt und legten gleichzeitig den Grundstein für die erste große chinesische Blütezeit, die Han-Dynastie (206v. – 220 n.), in der das Papier und Porzellan erfunden wurde, Handwerk, Mathematik, Astronomie, Literatur und Musik einen großen Aufschwung nahmen.

Die ökonomischen Bedingungen dafür vollzogen sich allerdings schon viel früher, etwa im 6. – 5. Jahrhundert v.u.Z., als durch die Verwendung von Eisengeräten und effektiverer Bewässerung in der Landwirtschaft das Mehrprodukt derart gesteigert wurde, daß sich schon nach kurzer Zeit eine neue, nicht in der materiellen Produktion tätige Schicht, die Gelehrten (chin. shi), herausbilden konnte. Viele philosophische Schulen entstanden, wie etwa der

tige Schicht, die Gelehrten (chin. shi), herausbilden konnte. Viele philosophische Schulen entstanden, wie etwa der

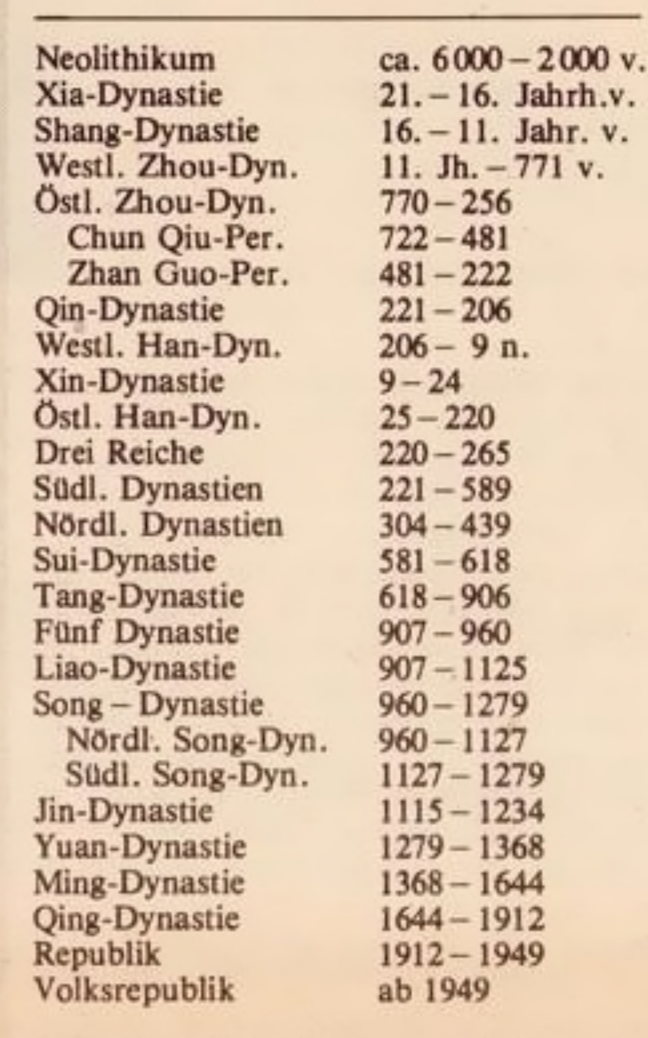
Konfuzianismus, der Daoismus und Legalismus, weshalb diese Zeit auch die Periode der ,,Hundert philosophischen Schulen“ genannt wird. Aus dieser Schicht entwickelte sich das Beamtentum, das die alte Aristokratie nach und nach verdrängte. Ebenfalls in diese Zeit fällt das Entstehen von Privateigentum, kurz darauf der erste Gesetzeskodex im Jahr 513 v.u.Z. Das Handwerk produziert nun nicht mehr ausschließlich für den Luxus der Aristokraten, sondern auch für das Land, das aber noch weitgehend autark bleibt.

Im heutigen China wird die Zeit der Herrschaft des Qin Shihuang im allgemeinen positiv bewertet, weil es gelang, die Voraussetzungen für die folgende Hochkultur zu schaffen. Man sollte aber nicht vergessen, daß die Errungenschaften der Qin-Dynastie auf einem solchen Ausmaß an Zwangsarbeit beruhten, daß zahlreiche Aufstände im ganzen Land das frühzeitige Ende der Dynastie herbeiführten. So sollen nach Berechnungen allein zur Erstellung der Grabausstattung des Qin Shihuang 700000 Zwangsarbeiter 36 Jahre tätig gewesen sein.

Bis Anfang September sind jetzt in Hildesheim und anschließend in Köln neuere archäologische Funde aus der VR China zu sehen. Die ausgestellten Gegenstände umfassen einen Zeitraum von ca. 6000 Jahren. Angefangen mit dem Neolithikum, das durch bemalte Keramik bezeugt ist, über die Bronze-

von ca. 6000 Jahren. Angefangen mit dem Neolithikum, das durch bemalte Keramik bezeugt ist, über die Bronze-

zeit (zahlreiche Sakralgefäße aus Bronze), 4 Originalfiguren der Grabausstattung des Qin Shihuang, buddhistische Kultplastiken, bis hin zur Tang-Dynastie (Wandmalereien und glasierte Tonfiguren), sind über 100 Stücke ausgestellt.



Zeittafel

Neolithikum	ca. 6000 – 2000 v.
Xia-Dynastie	21. – 16. Jahrh.v.
Shang-Dynastie	16. – 11. Jahr. v.
Westl. Zhou-Dyn.	11. Jh. – 771 v.
Östl. Zhou-Dyn.	770 – 256
Chun Qiu-Per.	722 – 481
Zhan Guo-Per.	481 – 222
Qin-Dynastie	221 – 206
Westl. Han-Dyn.	206 – 9 n.
Xin-Dynastie	9 – 24
Östl. Han-Dyn.	25 – 220
Drei Reiche	220 – 265
Südl. Dynastien	221 – 589
Nördl. Dynastien	304 – 439
Sui-Dynastie	581 – 618
Tang-Dynastie	618 – 906
Fünf Dynastie	907 – 960
Liao-Dynastie	907 – 1125
Song – Dynastie	960 – 1279
Nördl. Song-Dyn.	960 – 1127
Südl. Song-Dyn.	1127 – 1279
Jin-Dynastie	1115 – 1234
Yuan-Dynastie	1279 – 1368
Ming-Dynastie	1368 – 1644
Qing-Dynastie	1644 – 1912
Republik	1912 – 1949
Volksrepublik	ab 1949

Westl. Han-Dyn. 206 – 9 n. / Xin-Dynastie 9 – 24 / Östl. Han-Dyn. 25 – 220 / Drei Reiche 220 – 265 / Südl. Dynastien 221 – 589 / Nördl. Dynastien 304 – 439 / Sui-Dynastie 581 – 618 / Tang-Dynastie 618 – 906 / Fünf Dynastie 907 – 960 / Liao-Dynastie 907 – 1125 / Song – Dynastie 960 – 1279 / Nördl. Song-Dyn. 960 – 1127 / Südl. Song-Dyn. 1127 – 1279 / Jin-Dynastie 1115 – 1234 / Yuan-Dynastie 1279 – 1368 / Ming-Dynastie 1368 – 1644 / Qing-Dynastie 1644 – 1912 / Republik 1912 – 1949 / Volksrepublik ab 1949



Eine der 7000 Figuren aus der Grabausstattung des Qin Shihuang. Der gepanzerte Krieger ist aus dunkelgrauem Ton gebrannt, ursprünglich bemalt, Höhe 196 cm. Die Füße und Beine, Köpfe und Arme sind höchstwahrscheinlich in Arbeitsteilung separat hergestellt worden. Die Köpfe sind nachträglich mit feinerem Ton modelliert worden, um den Kriegern einen möglichst individuellen Gesichtsausdruck zu verleihen. Man nimmt heute deshalb an, daß es sich um Originalportraits der damaligen Armee handelt.

Eine der 7000 Figuren aus der Grabausstattung des Qin Shihuang. Der gepanzerte Krieger ist aus dunkelgrauem Ton gebrannt, ursprünglich bemalt, Höhe 196 cm. Die Füße und Beine, Köpfe und Arme sind höchstwahrscheinlich in Arbeitsteilung separat hergestellt worden. Die Köpfe sind nachträglich mit feinerem Ton modelliert worden, um den Kriegern einen möglichst individuellen Gesichtsausdruck zu verleihen. Man nimmt heute deshalb an, daß es sich um Originalportraits der damaligen Armee handelt.

Der iranische Schriftsteller Bozorg-e Alavi ermordet

bew. Den Blutrichtern der Mullahherrschaft im Iran fielen in der vergangenen Woche neben einer ganzen Reihe von Revolutionären und Demokraten auch zwei der bedeutensten iranischen Schriftsteller der Gegenwart zum Opfer. Said Soltanpur (vgl. KVZ 26, S.1) und Buzurg Alawi (Bozorg-e Alavi) sind in Schnellverfahren nach den Demonstrationen gegen die Absetzung Bani-Sadrs als ,,Konterrevolutionäre“ festgenommen und sofort hingerichtet worden. Beide Schriftsteller hatten schon unter dem Schahregime in den iranischen Gefängnissen gesessen und waren konsequente Kämpfer gegen die Unterdrückung und Ausbeutung des iranischen Volkes gewesen.

Buzurg Alawi zählte zu der älteren Generation der modernen iranischen Schriftsteller und gilt als einer der Schöpfer der modernen iranischen Prosa. Er wurde 1904 geboren und studierte in seiner Jugend u.a. in Berlin. Danach war er Lehrer in einer Industrieschule in Teheran. Zur Zeit der Diktatur Reza Schahs, des Vaters des 1979 gestürzten Schahs, organisierte sich Alawi in der sozialistischen Gruppe des Dr. Erani. 1937 wurde die Gruppe verhaftet und Alawi mit 52 Genossen wegen ,,kommunistischer Umtriebe“ ins Gefängnis geworfen. Erst mit dem Einmarsch der Alliierten Truppen und der von ihnen verkündeten Amnesty für politische Gefangene kamen sie 1941 aus dem Gefängnis frei. In seinen ,,Blättern aus dem Gefängnis“ und der autobiographischen Erzählung ,,53 Menschen“ schilderte er die Leiden und Folter während der Gefängnishaft.

Seine späteren Kurzgeschichten und Erzählungen waren geprägt von der Parteinahme des Künstlers für den Kampf des Volkes gegen Unterdrückung, Hunger und Entrechtung. In der Novelle ,,Ihre Augen“ formulierte er als Aufgabe der im Ausland studierenden Intellektuellen und Künstler: ,,Geh nach Iran! Das Volk lebt im Elend und braucht Hilfe, daß du auf tausend verschiedenen Wegen ihm nützlich sein kannst. Um ein Künstler zu sein, muß man menschlich sein. Du hast keine Vorstellung, unter welchen Bedingungen deine Landsleute leben. Geh in den Iran und werde menschlich.“ Alawi hatte sich dieses Prinzip zu eigen gemacht und unterstützte den Kampf des iranischen Volkes. Nach dem Sturz von Mossadegh mußte er aber 1953 das Land verlassen, da ihm als einem der bekanntesten Schriftsteller des Volkes sofort wieder die Gefängnishaft oder der Tod drohte. Er ging nach Ostberlin und war bis zu seiner Rückkehr in die Islamische Republik Professor für Iranistik. Aus

dem Einmarsch der Alliierten Truppen und der von ihnen verkündeten Amnesty für politische Gefangene kamen sie 1941 aus dem Gefängnis frei. In seinen ,,Blättern aus dem Gefängnis“ und der autobiographischen Erzählung ,,53 Menschen“ schilderte er die Leiden und Folter während der Gefängnishaft.

Seine späteren Kurzgeschichten und Erzählungen waren geprägt von der Parteinahme des Künstlers für den Kampf des Volkes gegen Unterdrückung, Hunger und Entrechtung. In der Novelle ,,Ihre Augen“ formulierte er als Aufgabe der im Ausland studierenden Intellektuellen und Künstler: ,,Geh nach Iran! Das Volk lebt im Elend und braucht Hilfe, daß du auf tausend verschiedenen Wegen ihm nützlich sein kannst. Um ein Künstler zu sein, muß man menschlich sein. Du hast keine Vorstellung, unter welchen Bedingungen deine Landsleute leben. Geh in den Iran und werde menschlich.“ Alawi hatte sich dieses Prinzip zu eigen gemacht und unterstützte den Kampf des iranischen Volkes. Nach dem Sturz von Mossadegh mußte er aber 1953 das Land verlassen, da ihm als einem der bekanntesten Schriftsteller des Volkes sofort wieder die Gefängnishaft oder der Tod drohte. Er ging nach Ostberlin und war bis zu seiner Rückkehr in die Islamische Republik Professor für Iranistik. Aus

dem Exil unterstützte er mit seinen revolutionären Erzählungen, in denen er die Schah-Diktatur angriff, den Kampf gegen das Schah-Regime und unterstützte mit seinen ins Deutsche übersetzten Erzählungen die Solidarität mit diesem Kampf.

Fernsehvorschau:

,,Barfuß durch die Hölle“

Diese siebenteilige japanische Fernsehserie – die vor vierzehn Jahren im Fernsehen zum ersten Mal gezeigt wurde und überdurchschnittliche Einschaltquoten erreichte – hat zum Thema die Auswirkungen des Krieges mit seiner ganzen Brutalität auf das Individuum. Der Film beginnt mit der Lage in einem Gefangenenlager der Japaner während des 2. Weltkrieges in der Mandschurei (heute Nordostchina), in dem die Mandschuren Schwerstarbeit unter ständiger Schikane verrichten müssen. Ein japanischer Soldat, selbst Aufseher – im Zivilleben Ingenieur – ist entsetzt über die unmenschliche Behandlung der Gefangenen und versucht Besserungen zu erreichen ... Das ist der Beginn einer ‚Leidensgeschichte‘, die durch verschiedene Etappen des Krieges führt und einem moralischen Aufschrei gegen den Krieg und seine Folgen darstellt. Nach Erinnerung von der Erstaufführung zeichnet der Film sich weniger durch die Aufhellung der politischen Hintergründe, sondern mehr durch Realismus bei der direkten Kriegsschilderung aus.

Samstag, 4.7., 23.10 Uhr im ZDF

,,Die verlorene Zeit“

Ist ein schweizerisch-französischer Spielfilm von 1979, der die Beziehung zwischen einem Großvater und seinen Enkelkindern erzählt. Der Uhrmacher, der in einer Industriestadt des schweizerischen Jura lebt, ist alter Sozialist und für ihn ist die ,,Unruhe“ in der Uhr gleichsam die gesunde Unruhe in der Welt, die von den sozialistischen Ideen ausgeht. Seine Einstellung zum Leben erweist sich auch nach seinem Tode als bedeutend für die Entwicklung der Enkelkinder.

Montag, 6.7., 23.00 Uhr im ARD

5 nach 10: ,,Drogensucht“

Nach der Verabschiedung des Betäubungsmittelgesetzes, das erst jüngst eine neue Festlegung über die Höchststrafen geschaffen hat und bei dem Straffreiheit nur bei Verurteilung bis zu 2 Jahren bei gleichzeitiger Bereiterklärung zur Durchführung einer Therapie möglich ist, soll in dieser Sendung nun eine Diskussion über Therapie und Therapieaussichten für Drogenabhängige stattfinden.

Dienstag, 7.7., 22.05 Uhr im ZDF